

Magistratsdirektion

Magistratsdirektion

Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation (MDS)

Die Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation ist eine aus vier Personen bestehende Stabsstelle, deren Leitung sich der Magistratsdirektor selbst vorbehalten hat. Sie wurde im Rahmen der Neuorganisation der Magistratsdirektion im Juli 2001 eingerichtet. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind die Assistenz des Magistratsdirektors insbesondere im Bereich seiner internationalen Beziehungen, internen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Wahrnehmung strategischer Aufgaben der Weiterentwicklung des Magistrats in seinem unmittelbaren Auftrag.

Die Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren bereits große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um eine klassische öffentliche Verwaltung zu einem modernen, effizienten und kundenorientierten Dienstleistungskonzern weiterzuentwickeln. Ein wichtiger Faktor dieses umfassenden Modernisierungsprozesses ist die Kommunikation nach innen und außen. Intern wird eine Kommunikationskultur angestrebt, in der notwendige Informationen rasch und transparent zur Verfügung stehen. Die Diskussionskultur soll gefördert werden. Die modernen Informationstechnologien spielen dabei eine Schlüsselrolle. So informiert der Magistratsdirektor seit 2001 auf den Intranet-Seiten der Stabsstelle für Strategie und Kommunikation nicht nur über seine grundlegenden Ziele und Überlegungen sowie über aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen, sondern steht auch ohne hierarchische Hürden per E-Mail für den informellen Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung. In der externen Kommunikation wurden die Bemühungen verstärkt, den Magistrat als kundenorientierten Dienstleistungskonzern zu positionieren und den Prozess der Verwaltungsmodernisierung

auch öffentlich darzustellen. Neben den traditionellen Medien kommt dabei dem Internet und allen Formen des eGovernments besondere Bedeutung zu.

Die rasche Veränderung der ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen – wie Globalisierung, europäische Integration, neue Informationstechnologien – stellt nicht nur die Wiener Stadtverwaltung vor große Aufgaben. Auch andere europäische Städte sind mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert. Die Kommunikation zwischen solchen Städten, die Vertretung gemeinsamer Interessen in der Europäischen Union, Erfahrungsaustausch, Beratung und Wissenstransfer zwischen den Verwaltungen machen deshalb Sinn. Der Wiener Magistratsdirektor hat in diesem Zusammenhang die Initiative zum Aufbau eines unbürokratischen, informell und rasch funktionierenden Netzwerks der Verwaltungsspitzen einer Reihe großer europäischer Städte ergriffen. Dieser Plattform sollen Städte aus verschiedenen Regionen der Europäischen Union, aber auch aus den künftigen EU-Staaten angehören. Diese Wiener Initiative ist international auf großes Interesse gestoßen. 2001 wurden bereits Arbeitstreffen mit Magistratsdirektoren aus Städten wie Paris, Dublin, Prag, Brunn, Budapest, Krakau und Laibach organisiert.

Magistratsdirektion – Präsidialabteilung (MDP)

Im Jahr 2001 sind der Präsidialabteilung des Bürgermeisters 9.109 Geschäftsstücke zugegangen.

Das **Repräsentationsreferat** hatte im Berichtszeitraum 459 gesellschaftliche Veranstaltungen, 15 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 136 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 459 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 90.736 Gästen besucht, von denen 29.469 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anlässlich des 10th International Congress for Human Genetics (1.200 Teilnehmer), des Vienna City Marathons (7.000 Teilnehmer), des Life Balls 2001 (3.800 Teilnehmer), des 104. Concordia Balls (1.800 Teilnehmer), des Galaabends – Fußballermeisterschaft 2008 Österreich/Schweiz (750 Teilnehmer), des 17th International Congress of Nutrition 2001 (1.300 Teilnehmer), des Kleingartenpreises 2001 (1.230 Teilnehmer), des Großstadtsymposiums zur Festveranstaltung „Bemüht euch um das Wohl der Stadt“ (1.090 Teilnehmer), der Eröffnung der Viennale 2001 (800 Teilnehmer) und der Ehrung Österreichischer StaatsmeisterInnen 2000 (1.000 Teilnehmer).

Magistratsdirektion – Verfassungsdienst und Rechtsmittelangelegenheiten (MD-VfR)

In der MD-VfR fielen im Jahr 2001 insgesamt 15.372 Geschäftsstücke an.

Entsprechend dem spezifischen Aufgabenbereich der MD-VfR lag im Berichtsjahr 2001 ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit auf dem Gebiet des



Am 21. Juni 2001 gab Bürgermeister Dr. Michael Häupl für die bilateralen Botschafter Wiens einen Empfang im Rathaus.

Legistischen Dienstes sowie der rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration. In diesem Zusammenhang waren 402 Gesetzes- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 93 Landesgesetzen, 36 Verordnungen der Landesregierung, 6 Verordnungen des Landeshauptmanns sowie 20 Verordnungen des Magistrats einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Des Weiteren wurde die Kundmachung von 67 Gesetzen, 65 Verordnungen und 13 Kundmachungen im Landesgesetzblatt veranlasst.

Im Zuge der Rechtsdatenpflege und der **Betreuung des Wiener Rechtsinformationssystems (WRI)** nimmt die MD-VfR alle in diesem Zusammenhang anfallenden manipulativen Aufgaben wahr. Der Informationsdienst WRI steht allen Rechtssuchenden über Internet (<http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/index.htm>) zur Verfügung. 236 E-Mail-Anfragen von Privatpersonen zeigen, dass die MD-VfR auch als direkter Ansprechpartner für alle BürgerInnen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Im Berichtsjahr 2001 wurde die gesamte Rechtsabfrage in ein neues Layout gebracht, um die Bedienung für den Benutzer zu erleichtern. Neben der laufenden Aktualisierung der **Wiener Rechtsvorschriften-sammlung (WRS)**, die seit dem Jahr 2001 auch Dokumente im PDF-Format anbietet, wurden auch die im Vorjahr kundgemachten Landesgesetzblätter und die Entwürfe zu den Landesgesetzen in das System aufgenommen. Des Weiteren wurde die Loseblatt-Sammlung der Wiener Rechtsvorschriften durch eine Nachtragslieferung ergänzt.

Die zahlreichen Aktivitäten der Bundesregierung zur Umsetzung des Regierungsprogramms führten auch im Berichtsjahr auf vielen Gebieten zu **grundlegenden** und vor allem **umfangreichen Änderungen der bisherigen Rechtslage**, die auf Grund der vielen Verknüpfungen mit anderen Rechtsmaterien einen umfassenden Rechtsstoff bildeten, der auch unter Bedachtnahme auf die Interessen Wiens einer genauen Prüfung unterzogen werden musste. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der Entwurf des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002, der Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, des Abgaben-Rechtsmittel-Reformgesetzes 2001, der Novellierung des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes, der Novellierung des ORF-Gesetzes, der Novellierung des Privatfernsehgesetzes, der Novellierung der Straßenverkehrsordnung, des E-Commerce-Gesetzes, des 2. Euro-Justiz-Begleitgesetzes und des Gesetzes über die Einrichtung und Organisation des Bundeskriminalamtes zu erwähnen. Hervorzuheben wäre auch der sensible und für die Weiterentwicklung des Wiener Dienstrechts relevante Entwurf des Objektivierungsgesetzes, das sachliche und neutrale Personalentscheidungen im Einflussbereich des Bundes gewährleisten soll. In diesem Zusammenhang ist auch noch der Entwurf des Objektivierungs-Begleitgesetzes und des Gesetzes über den unabhängigen Dienstrechts- und Objektivierungskontrollsenat zu erwähnen.

Im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** wird der Entwurf der Verordnung des Landeshauptmanns über die Pflicht zur Abfuhr von spezifiziertem Risikomaterial und die hierfür zu entrichtenden

Im Jahr 2001 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein:

23. Januar 2001	I.M. König Abdullah II und Königin Rania des Haschemitischen Königreiches von Jordanien
21. Februar 2001	S.E. Stjepan Mesić, Staatspräsident der Republik Kroatien
19. Juni 2001	S.E. Jean-Claude Juncker, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg
13. Juli 2001	S.E. Otmar Hasler, Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein
7. November 2001	S.E. Milan Kučan, Präsident der Republik Slowenien
20. November 2001	Seine Heiligkeit Karekin II., Oberster Patriarch und Katholikos aller Armenier
21. November 2001	S.E. Aleksander Kwasniewski, Präsident der Republik Polen
30. November 2001	S.E. Habib Ben Yahia, Außenminister der Republik Tunesien



Foto: Blauensteiner / media wien

Der Premierminister des Großherzogtums Luxemburg Jean-Claude Juncker trug sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein.

Im Jahr 2001 kamen folgende Bürgermeister und hochrangige Gäste zu Besuch:

22. bis 24. Februar 2001	Herr Freddy Thielemans, Bürgermeister von Brüssel
13. März 2001	Herr Juan Fageda Aubert, Bürgermeister von Palma de Mallorca
5. Juni 2001	Herr Dipl.-Ing. Jiří Paroubek, Vizebürgermeister von Prag und Frau Dr. Petra Buzkova, Vizepräsidentin des tschechischen Abgeordnetenhauses
17. bis 22. Juni 2001	Herr Dr. Ghassam Laham, Bürgermeister von Damaskus
21. Juni 2001	Frau Radmila Hrustanovic, Bürgermeisterin von Belgrad
2. Juli 2001	Bürgermeister der EU-Beitrittskandidatenländer und Herr Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, anlässlich der Konferenz der Bürgermeister der EU-Beitrittskandidatenländer
15. Oktober 2001	Enrique Baron Crespo, Vorsitzender der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament
29. Oktober bis 1. November 2001	Herr Anatolij Petrow, stellvertretender Oberbürgermeister von Moskau
4. bis 7. November 2001	Herr Wladimir Platonow, Präsident der Moskauer Stadtduma
21. November 2001	Herr Dr. h.c. Peter Müller, Ministerpräsident von Saarland
6. bis 7. Dezember 2001	Herr Prof. Aldo Fumagalli, Bürgermeister von Varese
10. bis 13. Dezember 2001	Herr Ron Huldai, Bürgermeister von Tel Aviv

Magistratsdirektion

Im Jahr 2001 standen folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm:

3. Mai 2001	Rom: Eröffnung der Konferenz „Hunger und Unterentwicklung in der Welt“
17. Mai 2001	Zagreb: Einladung von Herrn Bürgermeister Milan Bandić
21. bis 22. Mai 2001	Brüssel: Teilnahme am Kohäsionsforum auf Einladung von Herrn Kommissar Michel Barnier und Einladung „5 Jahre Wien-Haus Brüssel“
14. bis 15. Juni 2001	Stockholm/Göteborg: RGRE Exekutivbüro
10. September 2001	Liechtenstein: Einladung von Fürst Hans-Adam II von und zu Liechtenstein
18. bis 19. September 2001	Paris: Einladung von Herrn Bürgermeister Bertrand Delanoë
11. bis 12. Oktober 2001	Brüssel: RGRE Hauptausschuss
20. bis 21. Oktober 2001	Warschau: Wien-Gala, Wien-Präsentation
26. bis 27. November 2001	Budapest: Wohnbauseminar gemeinsam mit Herrn amtsführendem Stadtrat Werner Faymann
28. bis 29. November 2001	Berlin: Übergabe der Wiener Weihnachtsbäume an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit
10. Dezember 2001	Luxemburg: Einladung von Herrn Bürgermeister Paul Helminger

Im Jahr 2001 wurden folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen vorbereitet und durchgeführt:

21. Jänner 2001	Eröffnung der Messe „Jeder für Jeden“
3. Februar 2001	Eröffnung der Wiener Männergesundheitsstage 2001
26. Februar 2001	Eröffnung der 2. Internationalen Fachtagung „Sicheres Wien“
11. Mai 2001	Eröffnung der Wiener Festwochen
9. Juni 2001	Eröffnung des 22. Österreichischen Blasmusikfests
16. Juni 2001	Eröffnung des Life Balls 2001
16. Juni 2001	Enthüllung des Vivaldi-Denkmal
22. Juni 2001	Eröffnung des 104. Concordia-Balls
28. August 2001	Eröffnung von 40 Jahre International Police Association –Wien
28. August 2001	Eröffnung der Wanderausstellung der Internationalen Organisation für Migration (IOM)
26. September 2001	Eröffnung des Stadt- und Landesarchivs – Gasometer D, Guglgasse 14, 1110 Wien
12. Oktober 2001	Eröffnung des 20-jährigen Bestandsjubiläums des Vereins „Frauen beraten Frauen“
7. November 2001	Benennung der „Otto-Herschmann-Gasse“ in Wien 11., Guglgasse/Eytinggasse
26. November 2001	Benennung des „Herbert-Böhm-Hofs“ in Wien 11., Studenygasse 7-14
26. November 2001	Eröffnung der 54. Österreichischen Buchwoche

Im Jahr 2001 fand in der Volkshalle des Wiener Rathauses nachstehende Ausstellung statt:

17. November bis 24. Dezember	Weihnachtsausstellung „Adventzauber 2001“ (264.900 Besucher)
-------------------------------	--

Entgelte, der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmanns über die Gewerbeausübung in Gastgärten im Jahr 2001 und der Entwurf einer Änderung der Sperrzeitenverordnung 1998 hervorgehoben.

Weiters sind aus dem **Bereich der Landesgesetzgebung** der Entwurf des Wiener Jugendschutzgesetzes 2002, des Wiener Schischulgesetzes, der Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes, der Novellierung des

Wiener Sozialhilfegesetzes, des Gesetzes über die Zuweisung von Bediensteten der Gemeinde Wien an die Anstalt „Museen der Stadt Wien“ (Wiener Museen-Zuweisungsgesetz) und der Novellierung des Wiener Aufzugsgesetzes zu erwähnen. Weitere wichtige Novellen betrafen das Baurecht, das Dienstrecht, das Krankenanstaltengesetz, das Sozialrecht, das Jagd- und Fischereirecht sowie das Tierschutz- und Tierhaltegesetz.

Im Landesbereich sind von den generellen Vollzugsakten der Entwurf der Verordnung über die Gesundheitsüberwachung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Entwürfe von Verordnungen nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz sowie Entwürfe von Verordnungen im Zusammenhang mit Fiaker- und Pferdewagenunternehmen anzuführen.

Zur Stärkung der Rechte der Minderheitsfraktionen, Straffung der Sitzungsabläufe und Berücksichtigung der praktischen Erfordernisse der parlamentarischen Praxis wurden die Geschäftsordnung des Landtags, des Gemeinderats, der Ausschüsse und Kommissionen des Gemeinderats sowie der Bezirksvertretungen neu erlassen.

In der **Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien** wurde zur Steigerung der Effektivität der Erfüllung der Aufgaben der Magistratsdienststellen die Pflicht der DienststellenleiterInnen verankert, neben der bereits bisher praktizierten nachprüfenden Kontrolle auch planende und begleitende Controlling-Maßnahmen zu setzen, um allfälligen Fehlentwicklungen rechtzeitig gegensteuern zu können.

Weiters wurde in der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien die **Rechtsgrundlage für den Abschluss von Leistungskontrakten** zwischen den Magistratsdienststellen und der politischen Ebene sowie der Evaluierung dieser Kontrakte festgelegt. Leistungskontrakte in der staatlichen Verwaltung sind Vorschläge der Dienststellen für Leistungsaufträge unter Verwendung der Begriffe des „New Public Management“. Durch die Genehmigung durch den amtsführenden Stadtrat und den Magistratsdirektor werden sie zu verbindlichen Weisungen. Ein Leistungskontrakt kann durch Weisung jederzeit geändert werden. Weisungen in Einzelangelegenheiten sind daher nicht ausgeschlossen.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich der MD-VfR lag in der **Vorbereitung und Herausgabe von Erlässen**. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt neun Erlässe herausgegeben. Hervorzuheben wäre die Ausarbeitung des Erlasses betreffend der Prüfung des EU-Bezugs von Entwürfen zu bundes- und landesrechtlichen Vorschriften.

Weiters wurde auf Initiative der MD-VfR und im Einvernehmen mit der Magistratsdirektions-Verwaltungsakademie im Berichtsjahr 2001 ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm für JuristInnen der Stadt Wien auf dem Gebiet der Legistik erfolgreich weitergeführt. In diesen **Legistikseminaren** werden rechtssetzungstechnische Grundsätze für eine verständliche Rechtssprache

vermittelt, sowie wichtige europarechtliche und verfassungsrechtliche Grundsätze und die Gesetzesfolgekosten behandelt.

Im Jahr 2001 wurden auch einige **referatsinterne Projekte** gestartet, die im Wesentlichen administrative Erleichterungen bewirken sollen. Hervorzuheben wären hier die Entwicklung einer elektronischen Sitzungsunterlage für die Abgabenberufungskommission und die Umstellung auf das Protokollierungssystem ELAK. Letztgenanntes EDV-System soll mit dem Ziel der elektronischen Weiterverarbeitung von einlangenden Schriftstücken eingesetzt werden.

Der MD-VfR obliegt auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, Abgabenberufungskommission, des Berufungssenats, des Landesagrarsenats und der Bauordnungskommission. Ein Mitglied der MD-VfR gehört dem Vergabekontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied bzw. Ersatzmitglied an. Im Berichtsjahr oblag der MD-VfR auch die **juristische Betreuung der Landtagspräsidentin**. Zur Wahrung dieser Aufgabe gehörte unter anderem die Teilnahme an zwei Landtagspräsidentenkonferenzen und zwei Landtagsdirektorenkonferenzen. Die Dienststelle war auch an der Vorbereitung von vier Landeshauptmännerkonferenzen und drei Landesamtsdirektorenkonferenzen beteiligt.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 970 Geschäftsfälle an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MD-VfR unter Einbindung der befassen Fachdienststellen erledigt. Bei den rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration fielen 462 Geschäftsstücke an. Auch im Jahr 2001 wurden wieder Beiträge für zwei Bezirksamtsleiter-Besprechungen selbst vorbereitet und auch Beiträge anderer Dienststellen vor ihrer Einbringung in die Bezirksamtsleiter-Besprechungen überprüft.

Im Rahmen der **Bauordnungskommission** fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwändige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge. In **Bauangelegenheiten** waren 527 Rechtsmittelsachen, darunter 11 Verfügungen (Auforderungen zur Erstattung von Gegenschritten usw.) des Verfassungsgerichtshofs und 39 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofs sowie 7 Devolutionsanträge, zu bearbeiten. Weiters waren 63 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen.

An **sonstigen Rechtsmittelsachen** (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) fielen 911, darunter 137 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofs und 291 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofs sowie 9 Devolutionsanträge an. Überdies waren 548 Akten des Berufungssenats, darunter 3 Akten der MD-VfR, zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen. 2.247 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schrift-

sätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden überprüft.

Im Übrigen wurden Angehörige der MD-VfR zu Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer und in Bundesministerien herangezogen, hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren in verschiedenen Prüfungskommissionen sowie als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig. Die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane wurden von Angehörigen der MD-VfR besorgt.

Die Sitzungen der Berufsorgane (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) wurden von der MD-VfR vorbereitet.



Foto: Blauensteiner / media wien

Senatsrat Dr. Peter Pollak erhielt als neuer Leiter des Verfassungs- und Rechtsmittelbüros der Magistratsdirektion anlässlich seiner Amtseinführung von Magistratsdirektor Dr. Theimer das Bestellungsdekret.

Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrecht (MDZ)

Im abgelaufenen Verwaltungsjahr sind in der Dienststelle für Zivil- und Strafrecht nachstehende organisatorische Veränderungen eingetreten:

- Ab 1. April 2001 wurden alle neu anfallenden Prozesse vor den Zivilgerichten, sowie Anwaltsbestellungen in zivilgerichtlichen Verfahren durch den Wiener Krankenanstaltenverbund Bereich Recht, bzw. durch das Rechtsbüro des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien wahrgenommen.
- Mit 1. Juli 2001 wurden alle Liegenschaftstransaktionen und Baurechtsabwicklungen inklusive Grundbucheingaben an die MA 69 überbunden.

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrecht hat 2001 zu 71 Gesetzesentwürfen - vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien - vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben. Breiten Raum nahmen auch die Begutachtungen von EU-Richtlinien ein. Im Bereich der Disziplinaranwaltschaft wurden 17 Disziplinarsachen be-

arbeitet. In 57 Fällen haben Mitarbeiter der MDZ in Sitzungen der Vergabekommissionen die Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens überwacht.

Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrats durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 517 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten, wobei Vergabeangelegenheiten einen weiteren Schwerpunkt bildeten. Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 377 Klagssachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mussten. Darüber hinaus mussten 171 Mahnklagen und Besitzstörungsklagen eingebracht werden. In 12 Verlassenschaftssachen wurde vor Gericht bzw. Notaren für die Stadt Wien eingeschritten.

224 Gerichtsverfahren konnten im Jahr 2001 abgeschlossen werden, wobei 195 Prozesse gewonnen werden konnten und nur 29 verloren gingen. Der Gesamtstreitwert betrug EUR 4.180.285,29, wobei solcherart EUR 3,53 Mio. „erstritten“ wurden. Dies entspricht einer Quote von 87,1 % gewonnener zu 12,9 % verlorener Prozesse. Ferner waren 539 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, zirka 300 sonstige Exekutionen (davon 88 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozesssachen) und 705 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 783 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten.

Im Aufgabenbereich der Beurkundung, grundbuchstechnischen Abwicklung und Realisierung von Liegenschaftstransaktionen waren im Zeitraum vom 1. Jänner 2001 bis 30. Juni 2001 370 Verträge, 609 Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen auszufertigen und zu verbüchern. Es waren überdies 96 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide zu verbüchern bzw. Grundbuchsordnungen herzustellen sowie 215 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich zu machen. Schließlich waren noch 294 Rechtshilfeersuchen und 256 sonstige Geschäftstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften etc.) zu bearbeiten.

Magistratsdirektion – Bereichsleiter für Bürgerservice und für die Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien (MD-BLD)

Anträge – Anfragen

Im Sinne der Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen wurden im Jahr 2001 der Bereichsleitung Dezentralisierung 217 Anträge und 23 Anfragen der Bezirke zur Weiterbearbeitung bzw. Erledigung durch die jeweils zuständige Fachdienststelle übermittelt.

Budgetäre Betreuung von Haushaltsmitteln

Im Zusammenhang mit der Herstellung von Hauptstraßen in den einzelnen Bezirken wurden entsprechende Zuweisungen für überregionale Maßnahmen, die in den Bereich der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft sowie ab März 2001 in den Bereich der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr fallen, verwaltet und die hierfür erforderlichen Anträge dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Genehmigung der Kostenersätze vorgelegt. Die Zuweisungen betrafen auch zusätzlich Maßnahmen im Zusammenhang mit der Herstellung, dem Ausbau bzw. der Umgestaltung von Straßenbereichen. Die gesamten Zuwendungen betragen für das Jahr 2001 rund EUR 7,509 Mio.

Informationen an die Bezirke und von den Bezirken

Im Jahr 2001 wurden zehn Jour fixe-Besprechungen mit den vom Magistratsdirektor nominierten BezirkskoordinatorInnen abgehalten. Bei diesen fand ein entsprechender Erfahrungs- bzw. Informationsaustausch zwischen den BezirkskoordinatorInnen und der Bereichsleitung statt. So wurden in diesem Zusammenhang auch maßgebende Informationen einerseits an die Bezirke bzw. andererseits allfällige Wünsche der Bezirke an die BezirkskoordinatorInnen zur weiteren Bearbeitung übertragen. VertreterInnen städtischer Dienststellen haben unter anderem ihre fachlichen Erfahrungen in Angelegenheiten, die auch Agenden der Dezentralisierung berühren, zur Diskussion gestellt. Den BezirkskoordinatorInnen wurden die in den diversen Medien erschienenen bezirksbezogenen Artikel zur Information und allfälligen Bearbeitung zur Verfügung gestellt.

Verwaltungsvereinfachung: diverse EDV-Anwendungen

In den Büros der BezirksvorsteherInnen wurde das Programm „E-KESCH“ installiert, das für die Verwaltung der Verfügungsmittel der BezirksvorsteherInnen zu verwenden ist. Abgesehen davon wird „E-KESCH“ auch für die Aufzeichnungen der Daten im Zusammenhang mit der „Gewährung von Hilfen in besonderen Fällen durch BezirksvorsteherInnen“ herangezogen.

Informationsveranstaltungen

Auch im Jahr 2001 wurden für neue BezirkskoordinatorInnen, für neue BüroleiterInnen der Bezirksvorstellungen und für BezirksmandatarInnen Informationsveranstaltungen und Einschulungen im Zusammenhang mit den Aufgaben der Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien durchgeführt.

Allfälliges

Infolge der im Frühjahr 2001 in Wien abgehaltenen Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen wurde u. a. auch den neu nominierten BezirkspolitikerInnen Informationsmaterial über die Aufgaben der Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien in Form einer handlichen z-Card zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde das Organisationshandbuch

der Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien aktualisiert und in Form einer Ringmappe und einer CD-ROM herausgegeben. Auch dieses Informationsmaterial wurde je nach Bedarfsanmeldung den BezirkspolitikerInnen und anderen InteressentInnen übermittelt.

Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke (MD-PWS)

Personalstandesmäßige Angaben

Mit Stichtag 31. Dezember 2001 betrug der Personalstand der Magistratsdirektion - Personalstelle Wiener Stadtwerke inklusive KarenzurlauberInnen und Präsenzdienner 13.819 Beschäftigte, davon 1.758 Frauen, wobei der Wienstrom GmbH 3.600, der Wiengas GmbH 1.153, der Bestattung Wien GmbH 427, der Wiener Linien GmbH & Co KG 8.485 sowie der Wiener Stadtwerke Holding AG 154 Bedienstete zugewiesen waren. Die Zahl der Pensionsparteien belief sich am 31. Dezember 2001 auf 12.207. Im Jahr 2001 betrug die Anzahl der Versehrtenrenten nach dem UFG 148. In 27 Fällen bestand ein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerpension nach diesem Gesetz.

Am 31. Dezember 2001 wurden im Rahmen des Konzerns insgesamt 257 Lehrlinge beschäftigt. Weiters sind per 31. Dezember 2001 1.287 Personen direkt bei den Gesellschaften des Konzerns beschäftigt.

63 Bedienstete des Schemas II/IV, sowie 44 Bedienstete des Schemas I/III waren teilzeitbeschäftigt. Im Berichtsjahr betrug die Anzahl der Ruhestandsvertretungen 436. Das Pensionsantrittsdurchschnittsalter betrug 2001 etwa 57,4 Jahre (Schema I: 56,7; Schema II: 58,4 Jahre). Im Berichtsjahr wurden außerdem rund 290 Förderungen (Beförderungen, außerordentliche Stufenvorrückungen, Titelverleihungen) bearbeitet.

Allgemeines

Nach Ablauf einer zweijährigen Übergangsphase werden ab 1. Juli 2001 die MitarbeiterInnen nicht mehr zur Stadt Wien sondern direkt zu den Gesellschaften aufgenommen. Die **Kollektivvertragsverhandlungen** konnten rechtzeitig abgeschlossen werden, so dass die Anwendbarkeit auf die neuen MitarbeiterInnen gewährleistet war.

Im Rahmen des Projekts „**Unternehmenskultur**“ wurden allgemeine Projektinformationen im Wege der Mitarbeiterzeitung der Wiener Stadtwerke verlaublich. Weiters wurden Informationsveranstaltungen für die Geschäftsführungen, Hauptabteilungs- und AbteilungsleiterInnen abgehalten sowie daran anknüpfend Einzelgespräche geführt. Ebenso fanden mehrere Gesprächsrunden mit der Personalvertretung statt. Die Ergebnisse hieraus mündeten in die Planung einer konzernweiten Fragebogenaktion zum Themenkreis „**Unternehmenskultur**“.

Ein weiteres zentrales Projekt ist die **Entwicklung einer neuen Leistungsbewertung** unter Einbindung von Zielvereinbarungen und Portfolios mit exakt umschriebenen Bewertungsabstufungen für einzelne zu bewertende Merkmale.

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Bereich **Eltern-Karenz** wurden die erforderlichen Maßnahmen, die sich vor allem durch die Neuregelung des Anspruchs auf Kinderbetreuungsgeld und die Möglichkeit der Beschäftigung während einer Eltern-Karenz ergeben haben, umgesetzt.

Verrechnung der Gehälter und Pensionen

Die Euro-Umstellung wurde mit der Änderung der Währung von Schilling auf Euro unter Wahrung der doppelten Preisauszeichnung durchgeführt.

Mit der Kundmachung des Kollektivvertrages „**Wiener Stadtwerke**“ wurden zahlreiche Änderungen in verschiedenen Verrechnungsprogrammen, sowie die Eröffnung und Definition von neuen Nebengebühren- und Verrechnungskennzahlen notwendig. In Durchführung des Budgetbegleitgesetzes wurde die Übernahme, Auszahlung und Refundierung der Bezüge für zu Wahl und Volkszählung bereitgestellte Bedienstete ermöglicht.

Die sozialversicherungsmäßige Umstellung von Vertragsbediensteten von GKK auf BVA und in weiterer Folge auf KFA war abzuwickeln.

2001 wurden monatlich rund 12.185 Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern die Pensionsbezüge angewiesen. In 2.094 Fällen wurden Fremdpensionen (jene nach ASVG, GSVG, BSVG bzw. PG 1965) mit den gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezügen gemeinsam versteuert und ausbezahlt. 1.125 Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger erhielten ein Pflegegeld.

Bereich Personalentwicklung und -förderung

An den insgesamt 782 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen des Schulungszentrums haben nahezu 5.560 Personen teilgenommen.

Das **Schulungsangebot** umfasste die Bereiche EDV, Corporate Akustik, EnergieberaterInnenausbildung, EU, Sprachen, Fachschulungen, Informationsveranstaltungen und insbesondere Seminare zu Managementtechnik und Persönlichkeitsentwicklung. Zusätzlich zu dem Angebot der konzernübergreifenden Schulungen wurden diverse Fachkurse für spezifische Berufsgruppen einzelner Unternehmensbereiche angeboten. Neu in das Angebot wurden die Seminare „Churn Management“, „Denkleistungen – Die wahren Möglichkeiten sind im Kopf“, „Erfolgreiches Erstellen eines Business Plans“ sowie „Qualitätsbewusstsein versus Fremdkontrolle“ aufgenommen. Als Großprojekte wurden „Die neue Rechtschreibung“, „Marketing-Schulung für die Konzernrevision“ sowie „Teamarbeit und Entwicklung“ organisiert und durchgeführt.

Im Jahr 2001 wurden je ein Vorbereitungskurs für die Dienstprüfung für Fachbeamte des technischen Dienstes sowie für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes abgehalten. Weiters wurden zwei Vorbereitungskurse für die Dienstprüfung für Kanzlei-bedienstete organisiert.

Dem Bereich Schulung und Ausbildung obliegt weiters die **Betreuung der Lehrlinge**.

Am 31. Dezember 2001 wurden im Rahmen der Wiener Stadtwerke insgesamt 257 Lehrlinge beschäftigt, davon noch 39 Lehrlinge bei der MD-PWS. Die Ausbildung erfolgt in den Berufen Bürokaufmann/frau, BetriebsschlosserIn, ChemielabortechnikerIn, ElektronikerIn, ElektromechanikerIn für Starkstrom, Sanitär- und KlimatechnikerIn, Gas-, Wasser- und HeizungsinstallateurIn, KFZ-MechanikerIn, KFZ-TechnikerIn, MaschinenbautechnikerIn, KommunikationstechnikerIn – NachrichtenelektronikerIn, ElektroenergietechnikerIn, StarkstrommonteurIn, Technische ZeichnerIn.

Magistratsdirektion – Restitutionsangelegenheiten (MDR)

Die MDR führt ihre Arbeit in enger Kooperation mit internationalen Organisationen (wie z. B. der Claims Conference), den für die Restitution zuständigen Stellen des Bundes, der Historikerkommission, der Israelitischen Kultusgemeinde und anderen Organisationen (z. B. Hakoah) durch. Auf diese Weise wurden mehrere im Washingtoner Abkommen vom 17. Jänner 2001 vorgesehene Fragen einer Lösung näher gebracht. Gelöst werden konnte der Gesamtkomplex von Kompensationszahlungen der österreichischen Bundesländer an die Israelitische Kultusgemeinde für zerstörtes oder verloren gegangenes Eigentum (Vertragsunterzeichnung am 12. Juni 2002).

Auch die Rückgabe der ehemaligen Sportstätte von „Hakoah“ konnte einer entscheidenden Klärung zugeführt werden. Die Renovierung jüdischer Friedhöfe und eine Wiederherstellung des Währinger Friedhofs wurde magistratsintern und in Kooperation mit der Kultusgemeinde, dem Verein Schalom und anderen Organisationen organisatorisch vorbereitet. Überdies wirkt die MDR an anderen Restitutionsfragen, etwa im Bereich der bildenden Kunst, mit. In letzter Zeit konnte in enger Kooperation mit der Österreichischen Historikerkommission eine Durchsicht aller Liegenschaften, die in den Jahren 1938 bis 1945 an die Stadt Wien gekommen und später restituiert worden sind, in die Wege geleitet werden. Die MDR nahm an der Initiative zur Bestattung der Opfer des „Spiegelgrunds“ und der Gestaltung einer Ausstellung teil und wirkt auch wesentlich an dem inhaltlichen Klärungsprozess um ein „Haus der Geschichte“ oder ein „Shoah-Zentrum“ mit. Erleichtert wird die Hilfe der MDR durch eine intensive und hervorragende Kooperationsbereitschaft anderer Dienststellen.

Magistratsdirektion – Allgemeine Angelegenheiten (MDA)

Im Zuge der Neustrukturierung der Magistratsdirektion wurde das Büro des Magistratsdirektors ab 1. Juli 2001 in die **Stabsstelle Allgemeine Angelegenheiten (MDA)** umgewandelt, die nunmehr sowohl im Geschäftsbereich Strategie und Recht zur direkten Unterstützung des Herrn Magistratsdirektors tätig ist als auch in dem von Herrn Magistratsdirektor-Stellvertreter Dr. Pillmeier geführten Geschäftsbereich Koordination.

Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 78 Erlässe der Magistrats-

direktion und 9 Erlässe der MDA herausgegeben. Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.192 Geschäftsfälle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors bzw. der MDA einer Erledigung zugeführt oder an die befassen Fachdienststellen zur direkten Erledigung weitergeleitet.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors bzw. der MDA hatte insgesamt 5.602 (2000: 6.313) Geschäftsstücke zu protokollieren. Die Verringerung ist vor allem auf den Wegfall der Förderangelegenheiten bei den Geschäften der MDA zurückzuführen.

Geschäftsbereich Strategie und Recht

Im Verwaltungsjahr 2001 wurden 207 an den Herrn Bürgermeister und Landeshauptmann bzw. an die amtsführenden StadträtInnen gerichtete **parlamentarische Initiativen** bearbeitet und an deren Beantwortung mitgewirkt. Von diesen wurden vier Initiativen als dringlich eingebracht.

Im Berichtsjahr wurde mit Stichtag 31. Dezember 2001 die **Dienstaufsicht** über 132 leitende Bedienstete, wovon 65 im rechtskundigen Dienst standen, geführt. Es erfolgten elf Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen, und es gab eine Neuaufnahme sowie einen Karenzurlaub im öffentlichen Interesse. Sechs Bedienstete sind ausgeschieden.

Ferner waren Ausschreibungen für die Besetzung von 10 Dienstposten durchzuführen. Drei Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß § 11a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien (GOM) sind neu bestellt worden und bei drei derartigen Bediensteten erfolgten Änderungen der Bestellungen. Es endeten sowohl die Bestellungen von zwei Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM als auch die Bestellung von einem Projektbeauftragten.

Geschäftsbereich Koordination

Durch die Aufteilung der allgemeinen Sammelansätze 0101 und 0102 für Amtsaufwand und Personalaufwand im Voranschlag für das Jahr 2002 ergab sich für die MDA als neue Aufgabe die Koordination des Budgets der „Geschäftsgruppe 0“ (Stabsstellen der MD, MBÄ, Büros der Bezirksvorsteher, Unabhängiger Verwaltungssenat Wien, Kontrollamt, Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter etc.). Im Berichtsjahr waren die Erstellung des Voranschlags für 2002 zu koordinieren und die Grundlagen für den Budgetvollzug zu schaffen (Referatskredite, Zeichnungsberechtigungen etc.).

Vom Rechnungshof wurden der Stadt Wien im Jahr 2001 14 Berichte übermittelt, für die Beschlüsse des Stadtsenats bzw. des Gemeinderats betreffend Stellungnahme und getroffene Maßnahmen bzw. Kenntnisnahme herbeigeführt wurden.

Bedingt durch die **Umwandlung des Wiener Krankenanstaltenverbundes in eine Unternehmung** ab 1. Jänner 2002 wurden die erforderlichen Begleitregelungen mit Erlass verfügt. Eine weitere

organisatorische Maßnahme, bezüglich der die erlassmäßige Grundlage geschaffen wurde, war die Zusammenführung des technischen und des juristischen Permanenzdienstes zu dem in der Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion angesiedelten Permanenzdienst der Magistratsdirektion.

Im Jahr 2001 wurden zwei ordentliche und zwei außerordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen, weiters zwei ordentliche und vier außerordentliche Landeshauptmännerkonferenzen abgehalten und entsprechend von der MD - Büro des Magistratsdirektors bzw. ab 1. Juli 2001 von der MDA vorbereitet. Ebenso wurde eine Magistratsdirektorenkonferenz organisiert.

Weiters wurden zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen abgehalten, in denen neben grundsätzlichen Rechtsfragen insbesondere die Entwicklungen auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung und des e-Government (eVienna) in den magistratischen Bezirksämtern weiter verfolgt wurden. Die von der Magistratsdirektion gebildeten Arbeitsgruppen der Bezirksamtsleiter „EDV“, „Kontraktmanagement und Controlling“ und „Baumschutz“ berichteten jeweils über den Stand ihrer Tätigkeiten. Weitere Schwerpunkte waren die Themen „Dauer der Grundausbildung von Juristen in den magistratischen Bezirksämtern“ und die Einführung der „Gewerbebeanmeldung online“ als Pilotprojekt.

Die **Erlass-Bereinigung** wurde durch die Herausgabe eines zusammenfassenden aktualisierten Erlasses betreffend die Gebarung mit Fahrscheinen (Fahrkarten, Tickets) fortgesetzt. Eine weitere Neufassung betraf die **Haushaltsordnung für den Magistrat der Stadt Wien** (HO 2001), die eine wesentliche Vereinfachung des Haushaltswesens mit sich brachte. Auf Grund dessen konnte die Vorschrift zur Sicherung der ordnungsgemäßen Buchführung für den Magistrat der Stadt Wien (Buchführungsvorschrift - BV) aufgehoben werden.

Die Reorganisation der Magistratsdirektion ab 1. Juli 2001 bedingte eine Neufassung des Erlasses betreffend die **Besorgung der Geschäfte des Magistratsdirektors**. Im Zusammenhang damit wurde nach einer Änderung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien (GOM) eine Einschränkung der Vorlage von Geschäftsstücken zur Vidende an den Magistratsdirektor verfügt.

Erwähnenswert sind schließlich auch die Erlässe, mit welchen Änderungen im betrieblichen Vorschlagswesen der Stadt Wien (BVW) und bei der Bereitstellung der für die Geschäfte der BezirksvorsteherInnen erforderlichen Mittel vorgenommen wurden.

Das Projekt „Bereinigung der Bezirksamtsleiter-Besprechungsprotokolle 1945 bis 1998“ wurde durch Erlass der Magistratsdirektion, mit dem die Protokolle aus den Jahren 1945 bis 1969 mit 1. Februar 2001 zur Gänze aufgehoben und die in einer Liste angeführten 255 Punkte aus 59 Protokollen der Jahre 1970 bis 1998 als weiter geltend festgestellt wurden, abgeschlossen.

Das **Erlass-Sammelsystem** der Magistratsdirektion

wurde um die Sachgebiete „Festlegung gemäß § 9 Abs. 2 des Statuts der Unternehmung „Wiener Krankenanstaltenverbund““ sowie „Festlegung gemäß § 9 Abs. 2 des Statuts der Unternehmung „Stadt Wien - Wiener Wohnen““, mit welchen der Magistratsdirektor Aufgaben des inneren Dienstes an den Generaldirektor bzw. an die Direktorin der Unternehmung überträgt, ergänzt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich des **Vergabewesens**. Im Berichtsjahr konnten die umfangreichen und arbeitsintensiven Vorarbeiten für die Neufassung der „Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien“ sowie der „Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Dienststellen der Stadt Wien“ zum Abschluss gebracht werden. Mit der Herausgabe der diesbezüglichen Erlässe ist Anfang 2002 zu rechnen.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung von Vergabeverfahren ist die vom Verein „Auftragnehmerkataster Österreich (ANKÖ)“ geführte automationsunterstützte **Sammlung von Unternehmerdaten** zu erwähnen. Diese Sammlung, in der auch Unternehmerdaten des bisherigen Auftragnehmerkatasters der Stadt Wien evident gehalten werden, stellt ein Hilfsmittel für den öffentlichen Auftraggeber bei der Bewertung der Eignung von Bewerbern, Bietern und deren Subunternehmern in Vergabeverfahren dar. Die darin enthaltenen Daten müssen nämlich vom Unternehmer im jeweiligen Vergabeverfahren nicht neuerlich belegt werden. Mit Erlass der Magistratsdirektion vom 6. Februar 2001, MD-1694-6/2000, wurde die Inanspruchnahme des ANKÖ durch Dienststellen der Stadt Wien geregelt. In diesem Erlass wird außerdem die Evidenz der Auftragserteilungen (Bestellungen) ab einer Wertgrenze des 0,1fachen des Basiswertes nach § 88 Abs. 1 lit. 3 WStV je Vergabe angeordnet.

Als Controllingstelle für die MBÄ hat die MDA an der Ausarbeitung eines Kontraktmusters für die MBÄ mitgewirkt.

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

Der **Gemeinderat** trat zu zehn öffentlichen und sieben nicht öffentlichen, der **Landtag** zu sechs öffentlichen Sitzungen zusammen.

Der **Stadtsenat** hielt 17, die **Landesregierung** 17, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss zwei, das Immunitätskollegium drei und der Unvereinbarkeitsausschuss drei Sitzungen ab.

Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 700, der Landtag 64, der Stadtsenat 1.009, die Landesregierung 499, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss sechs, das Immunitätskollegium sechs und der Unvereinbarkeitsausschuss sieben Geschäftsstücke.

Der **Stenografische Dienst** der Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat erstellte im Berichtsjahr zu den Sitzungen des Gemeinderats zehn veröffentlichte und sieben nicht veröffentlichte und zu den Sitzungen des Landtags sechs veröffentlichte Wörtliche Protokolle. Im gleichen Umfang verfasste der Stenografische Dienst die

Magistratsdirektion

Beschlussprotokolle zu den Sitzungen des Gemeinderats, des Landtags, des Stadtsenats und der Landesregierung.

Mit Beginn des Jahres 2001 wurde gehörlosen BürgerInnen durch den Einsatz von qualifizierten **Gebärdensprachdolmetschern** die Verfolgung von Fragestunden, Aktuellen Stunden und Debattenbeiträgen im Gemeinderat und Landtag ermöglicht.

Die Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat hat die umfangreichen Vorarbeiten für das magistratsweit zum Einsatz kommende Projekt „**ELAK**“ – **Elektronischer Akt**“ mit der dafür erforderlichen Testphase abgeschlossen. Die Nutzung dieses elektronischen Mediums wurde mit Beginn des Jahres 2002 gestartet.

Die Ausweitung der Datenbank im Internet (Politik/Verwaltung) konnte nach In-Kraft-Treten der Änderung der Wiener Stadtverfassung durch Aufnahme der Wörtlichen Protokolle der Sitzungen des Gemeinderats und des Landtags verwirklicht werden.

Für die Mitglieder des Gemeinderats/Landtags, des Stadtsenats/der Landesregierung und für die Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter wurde eine **Homepage** eingerichtet, in der alle aktuellen sitzungsrelevanten Unterlagen, wie Sitzungseinladung, Tagesordnung mit den dazugehörigen Beilagen, Fragestunde und eingelangte Anfragen und Anträge elektronisch abrufbar sind. Zur Vervollständigung dieser Website wurde ein umfangreiches Archiv eingerichtet.

Die Änderung der Wiener Stadtverfassung hat die Einrichtung von Untersuchungskommissionen des Wiener Gemeinderats bzw. Untersuchungsausschüssen des Wiener Landtags ermöglicht. Um einen ordnungsgemäßen Ablauf solcher Sitzungen zu gewährleisten, wurde veranlasst, multifunktionale Räumlichkeiten zu schaffen, die auch den politischen Fraktionen bzw. zur Abhaltung von Ausschusssitzungen in weiterer Folge zur Verfügung stehen.

Ehrenzeichenkanzlei

Die Ehrenzeichenkanzlei hat im Jahre 2001 563 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes und der Stadt Wien sowie Bundesauszeichnungen oder die Verleihung von Berufstiteln betrafen. Die 218 überreichten Stadt- bzw. Landesauszeichnungen sind aus nebenstehender Tabelle ersichtlich. Über Ersuchen von Bundesdienststellen wurden sichtbare Auszeichnungen der Republik Österreich, sowie Verleihungsdekrete von Berufstiteln, wie z. B. Medizinalräte, Regierungsräte, Hofräte, etc. ausgefolgt. Insgesamt fanden 102 Überreichungen im feierlichen Rahmen, zum überwiegenden Teil mit Musik und Bewirtung, statt.

Überdies wurden 2.366 Hochzeitsjubiläare geehrt und mit Ehrengaben im Gesamtwert von EUR 798.311,08 bedacht. 4.005 Geburtstagsjubilare wurden ebenso durch die Stadt Wien geehrt und erhielten Ehrengaben im Gesamtwert von EUR 961.025,56. Eine detaillierte Aufstellung darüber ist der Tabelle „Geehrte Jubilare“ zu entnehmen.

Im Bereich **Geburtstags- und Hochzeitsjubiläen** erfolgte im Mai 2001 die **Umstellung auf eine EDV-Applikation**, die es den Bezirksvorstehungen mittels Intranet ermöglicht, Geburtstage und Hochzeitsjubiläen rasch und effizient zu erfassen. Weiters werden in diesem Zusammenhang sämtliche Dekrete vom Referat Ehrungen gedruckt und die Auszahlung der Anerkennungsgaben erfolgt nunmehr bargeldlos an die jeweiligen Bezirksvorstehungen.

Förderangelegenheiten

Im Rahmen der bis 30. Juni 2001 zu den Aufgaben des Büro des Magistratsdirektors zählenden Förderangelegenheiten wurden bis zu diesem Zeitpunkt – teils vom Büro selbst, teils von LeiterInnen bestimmter Dienststellen – 1.556 Bedienstete mit **Remunerationen** bedacht. Weiters wurden neben MitarbeiterInnen, denen auf Grund ihrer ausgezeichneten Dienstleistung außerordentliche Vorrückungen in die jeweils nächsthöhere Gehaltsstufe gewährt worden sind, im ersten Halbjahr 2001 252 Bedienstete in die jeweils nächsthöhere Dienstklasse befördert. Insgesamt hat das Büro des Magistratsdirek-

Auszeichnungen der Stadt und des Landes Wien im Jahr 2001

Stadtauszeichnungen:

Ehrenbürger der Stadt Wien	1
Bürger der Stadt Wien	0
Ehrenring der Stadt Wien	2
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold	7
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber	2
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien	1
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold	2
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Silber	3
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Bronze	0
Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien	1
Gesamt	19

Landesauszeichnungen:

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern	0
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	6
Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	7
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	43
Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	37
Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien	65
Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien	26
Rettungsmedaille des Landes Wien	3
Einsatzmedaille des Landes Wien	10
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Silber	0
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Bronze	2
Gesamt	199

Insgesamt vergebene Stadt- und Landesauszeichnungen 218

Geehrte Jubilare im Jahr 2001

Hochzeitsjubilare:		Geburtstagsjubilare:	
Goldene Hochzeit	1.944 Paare	90. Geburtstage	2.993
Diamantene Hochzeit	332 Paare	95. Geburtstage	835
Eiserne Hochzeit	65 Paare	100. Geburtstage	177
Steinerne Hochzeit	15 Paare	Insgesamt	4.005
Gnaden Hochzeit	8 Paare		
Juwelen Hochzeit	2 Paare		
Insgesamt	2.366 Paare		

tors in diesem Zeitraum etwa 520 Förderungen vorbereitet, die entsprechenden Bescheide erstellt und die Dateneingaben in das Besoldungssystem vorgenommen.

Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MD-KS)

Der MD - Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen sind die Leitstelle des rechtskundigen Permanenzdienstes (bis 30. September 2001), die Dezernate Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit; Sofortmaßnahmen; Fahrservice; humanitäre Hilfsmaßnahmen im Inland sowie Katastrophenhilfe im Ausland (bis 30. Juni 2001) zugeteilt. Mit Stichtag 31. Dezember 2001 waren in der MD-KS insgesamt 32 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Rechtskundiger Permanenzdienst

Im Jahr 2001 (1. Jänner 2001 – 30. September 2001) lagen die inhaltlichen Schwerpunkte der Anforderungen des rechtskundigen Permanenzdienstes (RKPD) in den Bereichen Veranstaltungswesen, Jugendwohlfahrtswesen und Gewerberecht. Insgesamt waren 76 Anforderungen des RKPD zu verzeichnen, von denen 68 von den diensthabenden PermanenzjuristInnen telefonisch erledigt wurden. In 8 Fällen war ein Einsatz vor Ort erforderlich.

Von der Leitstelle des RKPD wurden in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion des Krankenanstaltenverbundes der Stadt Wien zwei Informationsveranstaltungen zum Thema „Rechtsprobleme aus dem Gesundheitsbereich“ abgehalten. Zahlreiche Informationen für die Informationsübersichtsmappe sowie Rundschreiben der Leitstelle an die PermanenzjuristInnen wurden vorgenommen.

Der Personalstand am 1. Jänner 2001 betrug 61 und mit 30. September 2001 waren 45 PermanenzjuristInnen im Stand des rechtskundigen Permanenzdienstes. Im Laufe des Jahres 2001 sind somit insgesamt 16 KollegInnen ausgeschieden.

Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit

Die Arbeit des Dezernates Zivilschutz, Krisenmanagement und Sicherheit im Jahr 2001 war, abgesehen von den Ereignissen des 11. September 2001 in New York, geprägt durch die Vorbereitungen für die Vergrößerung der Zahl der sogenannten **Einsatzleitstellenmitarbeiter** und der Neuaufnahme von Teammitgliedern für die **Akutbetreuung Wien**.

Das im Jahr 2000 begonnene Projekt der Einrichtung eines **Informationstelefons im Falle von Großschadensereignissen** zur Information der Bevölkerung vor allem im Hinblick auf den Verbleib von Angehörigen, die vom Ereignis betroffen waren, wurden im Jahr 2001 praktisch abgeschlossen und es wurden auch die entsprechenden Schulungen der für die Besetzung dieses Informationstelefons vorgesehenen MitarbeiterInnen durchgeführt. Da auch die technischen Voraussetzungen (EDV-Ausstattung, Telekommunikationseinrichtungen, etc.) realisiert werden konnten, steht das System für den Ernstfall jederzeit zur Verfügung.

Einen weiteren Schwerpunkt der Dezernatsarbeit bildete die Durchführung einer breit angelegten **Dekontaminationsübung** im Oktober 2001, bei der - ausgehend von der Annahme eines Verkehrsunfalls, bei dem radioaktives Material frei wird - die Abläufe der Dekontamination vor Ort bzw. auch die Einrichtungen der in der Desinfektionsanstalt der MA 15 eingerichteten DEKO-Straße geübt wurden. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit der eingesetzten Einsatzorganisationen praktisch reibungslos funktionierte und die bestehende Organisation der DEKO-Straße im Bereich der Desinfektionsanstalt im Wesentlichen den Anforderungen entspricht. Die Übung brachte jedoch auch Erkenntnisse darüber, wie kleinere Verbesserungen in den Abläufen hier eine noch effizientere Dekontamination bewirken könnten. Mit der Umsetzung der Verbesserungen wurde noch im November 2001 begonnen.

Der gelenkte Absturz der Raumstation MIR brachte für das Dezernat ebenfalls die Möglichkeit der Überprüfung der dafür vorgesehenen Ablaufpläne, da ein möglicher Einsatz vorbereitet wurde. Letztlich war aber europäisches Gebiet vom Absturz der Raumstation nicht betroffen. Es erwies sich, dass die im diesbezüglichen Einsatzplan des **Krisenmanagements** vorgesehenen Maßnahmen (zumindest für den in diesem Anlassfall überprüfbar Teil der Kommunikation) zielführend sind.

Das bisher als Pilotprojekt geführte System der **Psycho-sozialen Akutbetreuung von Opfern und deren Angehörigen** konnte im Jahr 2001 zu einer bestehenden Einrichtung gemacht werden. So funktionierte der im Gefolge der Ereignisse des 11. September 2001 in New York erforderlich werdende Einsatz der Akutbetreuung Wien mit der Betreuung jener Flugpassagiere, deren Maschinen zum Zeitpunkt der Anschläge auf dem Weg nach New York waren und umkehren mussten, äußerst professionell und fand breite Anerkennung sowohl bei den Betreuten als auch bei den verschiedenen Einsatzdienststellen. Als weitere Einsätze der Akutbetreuung seien hier nur beispielhaft die Betreuung jener Personen angeführt, die während des Brandes der Sofiensäle evakuiert werden mussten.

Weiters nahmen die Mitglieder der Akutbetreuung Wien an einer breit angelegten Übung der Niederösterreichischen Bergrettung teil, die durch einen Explosionsunfall leider zum Realeinsatz wurde und wo die Akutbetreuer im weiteren Ablauf einen realen Einsatz durchführen mussten.

Zur Fortführung des Systems Akutbetreuung Wien wurden im Jahr 2001 50 weitere Teammitglieder, die im Jahr 2002 die entsprechende Ausbildung erhalten werden, aufgenommen. Im Zusammenhang damit wurden gemeinsam mit Steiermark und Vorarlberg auf Grund der bestehenden Erfahrungen gemeinsame Ausbildungsrichtlinien ausgearbeitet.

Auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit mit den Hauptstädten der Nachbarstaaten konnte anlässlich eines Besuches einer Delegation aus Prag ein **Übereinkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes** unterzeichnet werden. Ein gleiches Über-

einkommen wurde anlässlich des Besuches einer Delegation aus Laibach vorbereitet. An der früher erwähnten Dekontaminationsübung nahmen Kollegen aus dem Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes der Stadt Budapest als Beobachter teil.

Wie in den Vorjahren wurden auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Vorträge auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements gehalten, wie beispielsweise Vorträge für die Landesverteidigungsakademie, die Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres sowie die Pädagogische Akademie des Bundes. Vom Dezernat Zivilschutz, Krisenmanagement und Sicherheit wurde überdies auf Ersuchen der MA 70 auch der landesspezifische Teil der im Ärztesgesetz vorgesehenen Ausbildung für leitende Notärzte erarbeitet und durchgeführt.

Im Jahr 2001 wurde begonnen, eine Vereinheitlichung der Sicherheitsmaßnahmen in den Kassenstellen des Magistrats herbeizuführen. Dazu wurde ein entsprechender Fragebogen gemeinsam mit der MA 68 - Wache Rathaus ausgearbeitet, der im Jahr 2002 ausgesendet werden soll. Damit soll die Informationsgrundlage für die erforderlichen Maßnahmen geschaffen werden. Mit einem Abschluss des Projektes wird Ende 2002 gerechnet.

Sofortmaßnahmen

- Im Fall der **illegalen Ablagerung** von mehreren Tonnen **Feuerwerkskörper** auf dem Gelände des Wiener Nordbahnhofs war wegen Gefahr im Verzug sofortige Maßnahmen zu setzen. Ebenso war eine umfangreiche Koordinierung einzelner Dienststellen notwendig.
- Eine mit intensiver Vorarbeit verbundene Aktion war die Überprüfung eines Gewerbebetriebs aus dem Bereich des Mietwagen- und Taxigewerbes in Bezug auf Konsensmäßigkeit und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.
- Wie in den vergangenen Jahren wurden auch heuer unter Federführung des Dezernates Sofortmaßnahmen ab Beginn der Sommersaison im Bereich der Copa Cagrana gemeinsam mit der MA 22, der MA 36 sowie des MBA 22 wöchentliche **Lärmmessungen** und Kontrollen der Lokale durchgeführt.
- Bei insgesamt 31 Wohnungsbränden sowie Gasexplosionen wurde vollste Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die von Obdachlosigkeit bedrohten Personen zunächst in Ersatzunterkünften untergebracht. In weiterer Folge konnten Prekariatswohnungen bereitgestellt oder die Anordnung von behördlichen Verfügungen beschleunigt und koordiniert werden. In 12 Fällen musste mit notstandspolizeilichen Maßnahmen vorgegangen werden.
- In Wien Favoriten wurden schwerpunktmäßige Lokalüberprüfungen durchgeführt.
- Weiters erfolgten Kontrollen der Clubbing- und Veranstaltungsszene in Bezug auf Fassungsraumüberschreitungen sowie der Auflagen des Wiener Veranstaltungsgesetzes.
- Die tragischen Ereignisse vom 11. September 2001 in New York zeigten auch für die Wiener Stadtverwaltung Auswirkungen. So wurden spezielle Sicherungsmaßnahmen im Bereich von jüdischen Einrichtungen durchgeführt.
- Im Umweltbereich bewährte sich die magistratsübergreifende Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen beim Problem „Geruchsbelästigung über Wien mit unbekanntem Entstehungsherd“ im Oktober 2001.
- Die Schwerpunktaktionen mit dem Arbeitstitel **„Rathausmänner unterwegs“** wurden auch im Jahr 2001 im Sinne einer bürgernahen Serviceeinrichtung erfolgreich fortgeführt. Hierbei wurde jeweils das gesamte Straßennetz eines Bezirks innerhalb eines Tages mit bis zu drei Teams abgefahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufgespürt. Eine Gesamtstatistik ist in den Tabellen „MD-KS Straßenschäden“ und „MD-KS Abschleppstatistik“ ersichtlich.
- Von den insgesamt 1.947 Fällen des Dezernates Sofortmaßnahmen fielen 920 Fälle auf das neu geschaffene Protokoll „Zentrales Beschwerdemanagement“. In der Kfz-Datei fielen 66 Fälle, in der Straßenschadensdatei fielen 961 Fälle an.
- Wie in den vorherigen Jahren wurden mit den diversen Redaktionen der Tageszeitungen aber auch der elektronischen Medien reger Kontakt gehalten und allenfalls entsprechende Aussendungen vorgenommen. Im Oktober 2001 wurde die Dienststelle MD-KS neu im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert. Die bewährte **Sofortmaßnahmen-Hotline**, Tel. 4000-75222, die zur Kontaktaufnahme außerhalb der Dienstzeiten des Dezernates vorgesehen ist, sowie der email-Dienst des Dezernates wurden gut in Anspruch genommen.
- Im Jahr 2001 wurde der elektronische Akten-Workflow im Dezernat Sofortmaßnahmen im Rahmen des Zentralen Beschwerdemanagements der Stadt Wien (ZBM) voll umgesetzt. Begonnen wurde auch, die Straßenschadensdatei und die KFZ-Datei im ZBM zu integrieren. Im ZBM wird nicht nur der interne Workflow der MD-KS papierlos abgewickelt, sondern auch abteilungsübergreifend über alle ZBM-Teilnehmer elektronisch dargestellt. Als Ziel ist die Vernetzung des gesamten Magistrates auf der neu geschaffenen Basis ZBM definiert.
- Neuerungen auf dem Technologiesektor in Bezug auf Kommunikation und Computerebene werden durch die EDV & Technik ebenfalls laufend beobachtet, geprüft und getestet. Hauptaugenmerk war hier die Datenübertragung mittels GPRS-Handys bzw. die Blue-Tooth-Technologie.

Fahrerservice

Neben der Beistellung von Dienstkraftwagen für Funktionsträger der Stadt Wien (Bürgermeister, VizebürgermeisterIn, LandtagspräsidentIn, StadträtInnen, Magistratsdirektor, BezirksvorsteherInnen, Kontrollamtsdirektor, Stadtschulratspräsidentin) und für alle städtischen Dienststellen wurden 2001 auch 410 Dienstaxis beauftragt und abgerechnet. Das Dezernat Fahrerservice führte auch Fahrten außerhalb Wiens und Österreichs durch. Hier können besonders die Beförderungsfahrten nach Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Deutschland und Italien genannt werden.

Neben der Verrechnung und Personalführung von 50

Kraftwagenlenkern und 17 Werkstättenmitarbeitern werden vom Fahrservice noch Budgetmittel in der Höhe von EUR 3.125.367,90 für den eigenen Bereich verwaltet. Diese Mittel beinhalten die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten für die Betreuung von 120 Fahrzeugen des eigenen Bereichs und 124 Fahrzeugen der Magistratsabteilungen 11, 15, 22, 23, 29, 41, 45, 47, 49 und des Krankenanstaltenverbands sowie die Anschaffung von Ersatzfahrzeugen und Betriebseinrichtungen für das Dezernat Fahrservice.

Der Pannendienst des Dezernats verzeichnete 47 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrats. Weiters werden auch 87 Dienstfahräder betreut.

Seit 1991 veranstaltet das Dezernat Fahrservice **Fahrtechnik-Sicherheitslehrgänge** für die eigenen Mitarbeiter. In diesen Kursen werden die Lenker auf die verschiedenartigsten Situationen des täglichen Straßenverkehrs trainiert bzw. geschult. Auch werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrzeuggesetzes bekannt gegeben. Im Jahr 2001 wurden 50 Lenker weitergebildet.

Da Dienstkraftfahrzeuge, welche als Kombinationskraftwagen zugelassen sind, gemäß § 3 Abs. 1 lit. a des Parkometersgesetzes von der Entrichtung der Kurzparkgebühr ausgenommen sind, stellt das Dezernat Fahrservice für all diese Dienstwagen der Stadt Wien Kurzparkzonen-Befreiungsschilder aus.

Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Jahr 2001

Im Zeitraum vom 1. Jänner bis 30. Juni 2001 wurden nachstehende Projekte gefördert:

- Albanien:** Apparative Ausstattung für ein Krankenhaus
Seit 1993 ist ein Hilfsverein im Krankenhaus Fier mit Umbau-, Sanierungs- und Einrichtungsarbeiten tätig. Die Stadt Wien unterstützte neuerlich die Anschaffung von dringend benötigten Spitalgeräten mit EUR 36.336,42.
- Bulgarien:** Häuser für Romasiedlung
Eine humanitäre Organisation, die in Kjustendil im Rahmen eines Sozialprojekts 10 Blockhäuser samt Gemüsegarten für die ärmsten Familien errichtete, erhielt einen finanziellen Zuschuss in der Höhe von EUR 29.069,13.
- El Salvador:** Aufbau von Häusern
Nach einem verheerenden Erdbeben mit dramatischen Folgen für die Bevölkerung finanzierte die Stadt Wien den Bau von 67 Häusern samt sanitären Einrichtungen in Zaragoza. Die Kosten dafür betragen EUR 29.069,13.
- Jugoslawien:** Verbesserung der Wasserversorgung
In Fortsetzung der Aktion „Wien hilft Belgrad“ wurde ein Beitrag zur Sanierung des veralteten und bereits zu Problemen bei der Trinkwasserversorgung führenden Wasserleitungsnetzes in Belgrad geleistet und technische

MD-KS Straßenschäden-Arbeitsstatistik vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2001

Bezirk	Fahrzeuge	Verkehrszeichen	Straßenschäden	Aufgrabungen	Baustofflagerung	Verunreinigungen	Gebrechen	Gesamt
1		10	7	3	11	4	14	49
6		1				1	1	3
7		8			21		3	32
8		2					1	3
9		3			1		3	7
14	6	10	19			2	30	67
15	1	13	3				5	22
16	1	5					1	7
17		2	11			6	34	53
18		5	3		1	1	3	13
19	6	18	14				22	60
West gesamt	14	77	57	3	34	14	117	316
3		14	3		3	1	7	28
4		5	7			9	9	30
5		6	7	1	20	3	2	39
10		46	14		29	20	37	146
11		6	2				2	10
12		22	4		10	8	22	66
13	7	9	9		1	6	38	70
23		5	2		2	1	7	17
Süd gesamt	7	113	48	1	65	48	124	406
2		19	7		18	3	27	74
20		10	7		7	6	10	40
21		14	17		19	7	37	94
22		13	6			2	10	31
Nordost gesamt	0	56	37	0	44	18	84	239
Wien gesamt	21	246	142	4	143	80	325	961

MD-KS Abschleppstatistik vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2001

Bezirk	1	2	10	12	14	15	16	17	20	21	22	Gesamt
Kfz	4	6	18	3	2	1	2	4	7	14	5	66

- Palästina:** Unterstützung für ein Spital
Als Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zu Nablus finanzierte Wien den Kauf von dringend benötigtem ärztlichen Bedarf in der Höhe von EUR 21.801,85 für das örtliche Spital und unterstützte damit den dreimonatigen Einsatz eines österreichischen Arztes im Spital in Nablus.

Magistratsdirektion – Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI)

Das Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP Wien) ist das größte und engagierteste Umweltprogramm der Stadt Wien. Seine Umsetzung soll die Emissionen an Kohlendioxid und anderer treibhaus-

relevanter Gase bis ins Jahr 2010 in bisher nie da gewesener Größenordnung reduzieren. Da Klimaschutz eine Materie ist, die nahezu alle Geschäftsgruppen des Magistrats, sowie viele Dienststellen der Wiener Stadtverwaltung betrifft, wurde für die Koordinierung und Aktivierung der Umsetzungsmaßnahmen geschäftsgruppenübergreifend eine neue Dienststelle in der Magistratsdirektion eingerichtet – die Magistratsdirektion - Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI). Ihr Aufgabenbereich wird im Erlass MD-1315-1/01 geregelt. Zu den **wichtigsten Aufgaben** zählen die

- Aktivierung, Planung und Koordination der im Klimaschutzprogramm der Stadt Wien (KliP Wien) beschlossenen Umsetzungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen
- Vertretung der klimaschutzrelevanten Aspekte in diversen Gremien in Wien
- Einbeziehung der Bezirke in die Umsetzung der Maßnahmenprogramme
- Öffentlichkeitsarbeit, Information und Bewusstseinsbildung innerhalb und außerhalb des Magistrats
- Evaluierung, regelmäßige Dokumentation und Erfolgskontrolle der Umsetzungsmaßnahmen. Die Evaluierung soll erstmals 2002/2003 erfolgen und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Die Tätigkeiten der MD-Klimaschutzkoordinationsstelle im Jahr 2001 gliederten sich in folgende Schwerpunkte:

- Aufbau der Klimaschutzkoordinationsstelle
- Rechercharbeiten hinsichtlich des Status quo
- Erarbeitung eines Umsetzungsplans der Maßnahmenprogramme des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien – KliP Wien
- Einrichtung einer Klimaschutz-Strategiegruppe
- Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung
- Vorarbeiten für die KliP-Evaluierung
- Sonstiges

Die Amtseinführung von Frau Mag. DDr. Christine Föhler-Norek als Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien erfolgte am 2. November 2000. Zu ihren vordringlichsten Aufgaben zählte der

Aufbau der Klimaschutzkoordinationsstelle

Diese besteht aus einer Stabstelle, der MD-KLI und einem Expertennetzwerk zu den klimarelevanten Bereichen Energie, Beschaffung und Mobilität. Der MD-KLI wurden per 1. Jänner 2001 insgesamt 5 Dienstposten bewilligt: den der Dienststellenleiterin, 3 Posten für ReferentInnen und ein Posten für eine Kanzleikraft. Nachdem alle Bewerbungsverfahren abgeschlossen waren, ist die Dienststelle seit 1. Oktober 2001 voll besetzt. Im vergangenen Jahr wurden Räumlichkeiten im Amtshaus Wien 19, Muthgasse 62-64 zur Verfügung gestellt.

Fachlich unterstützt wird die MD-KLI von einem **Expertennetzwerk** in den drei klimarelevanten Bereichen. Die ExpertInnen kommen aus den Dienststellen des Magistrats, des Krankenanstaltenverbundes, der Wiener Stadtwerke, der Wiener Umwelthanwaltschaft, von Wiener Wohnen, sowie aus

dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds. Sie verbleiben in den einzelnen Dienststellen, arbeiten an der Umsetzung des KliP Wien jedoch intensiv mit. Um den Informationsfluss zwischen den ExpertenInnen zu unterstützen, wurde eine gemeinsame **EDV-Plattform** eingerichtet, auf den alle ExpertInnen lesenden Zugriff haben. Diese beinhaltet neben konkreten Projektinhalten und Informationen über Umsetzungsmaßnahmen auch allgemeine Hintergrundinformationen.

Rechercharbeiten hinsichtlich des Status quo

Das KliP Wien in seiner derzeitigen Fassung war im Jahr 1998 vorgelegen. Bis ins Jahr 2001, in dem die MD-KLI ihre Arbeit aufnahm, war die Zeit für den Klimaschutz nicht stehen geblieben. So manche Maßnahme, die dort noch als Forderung enthalten ist, war 2001 bereits umgesetzt oder in Angriff genommen worden. Die erste Aufgabe der Klimaschutzkoordinationsstelle bestand daher darin, den konkreten Umsetzungsstand zu recherchieren. Die Ergebnisse bildeten die Basis für die Erstellung eines KliP-Umsetzungsplans.

Umsetzungsplan der Maßnahmenprogramme des KliP Wien

Im Herbst 2001 wurde von allen ExpertInnen auf einem moderierten Workshop der **Umsetzungsplan für das KliP Wien** erstellt. Das KliP Wien besteht aus insgesamt 36 Maßnahmenprogrammen, die eine Vielzahl von umzusetzenden Einzelmaßnahmen enthalten. Viele davon sind bereits erfolgreich im Laufen. Dazu zählen z. B. der Ausbau der Fernwärme, die Einführung von Umweltmanagementsystemen in städtischen Einrichtungen (PUMA), die thermisch-energetische Wohnhaussanierung, der Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, Initiativen zur Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie von CarSharing und CarPooling, die Anhebung des Biobioanteils in städtischen Einrichtungen und die Ökologisierung des Wiener Beschaffungswesens (ÖkoKauf Wien). Zahlreiche neue Projekte müssen aber erst gestartet werden, für die auf diesem Workshop auch die ersten konkreten Arbeitsschritte mit Verantwortlichkeiten und Terminen festgelegt wurden.

Errichtung einer Klimaschutz-Strategiegruppe

Für die optimale Umsetzung des Klimaschutzprogramms ist eine gute Kooperation zwischen der Verwaltungs- und der politischen Ebene von besonderer Bedeutung. Um diese zu gewährleisten, wurde eine „**Strategiegruppe**“ geschaffen. Sie besteht aus VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, sowie KlimaschutzexpertInnen aus dem Magistrat und der Energieverwertungsagentur. Geleitet wird sie von der Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien. Die Strategiegruppe hat im Dezember 2001 ihre konstituierende Sitzung abgehalten. Ihr kommt die wichtige Funktion einer Kommunikationsdrehscheibe zwischen den mit der Koordination der KliP-Umsetzung betrauten VerwaltungsmitarbeiterInnen und der politischen Ebene zu.

Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung

Um die Umsetzungsprogramme und Ziele des Klimaschutzprogramms den MitarbeiterInnen der Wiener Stadtverwaltung und den BürgerInnen Wiens näher zu bringen, wurde im vergangenen Jahr mit einer intensiven **Öffentlichkeitsarbeit** seitens der MD-KLI begonnen. Zu den wichtigsten Schwerpunkten zählen die Einführung eines neuen Logos, eine eigene Publikationsserie für die BürgerInnen Wiens im Form monatlicher Klimatipps, Fachbeiträge in Printmedien, Vorträge und Podiumsdiskussionen, Interviews in Radio und Fernsehen und die Mitwirkung in öffentlichkeitswirksamen Arbeitsgruppen zu Umsetzungsmaßnahmen des Klimaschutzprogramms („Bewegung findet Stadt - Umweltfreundlich mobil“, Ökologisierung der Veranstaltungen). Zur Information der MitarbeiterInnen des Magistrats wurde mit der Erstellung eines Intranetauftritts begonnen.

Vorarbeiten für die KliP - Evaluierung

Eine wichtige Aufgabe, vor der die Klimaschutzkoordinationsstelle schon bald stehen wird, ist die Evaluierung des Klimaschutzprogramms insgesamt, als auch der einzelnen Maßnahmenprogramme. Aus diesem Grund hat die MD-KLI die Abteilung für Wirtschaft und Umwelt an der Wirtschaftsuniversität Wien, die u. a. auf die Evaluierung von Umweltprogrammen spezialisiert ist, mit der Erstellung einer Studie „Screening der Rahmenbedingungen für die Erstellung einer Treibhausgasbilanz des KliP“ beauftragt. Darauf basierend soll im Laufe des Jahres 2002 ein **Evaluierungskonzept für das KliP** erstellt werden.

Sonstiges

Im Jahr 2001 arbeitete die MD-KLI weiters zu zahlreichen klimaschutzrelevanten Rechtsnormenentwürfen Stellungnahmen aus, koordinierte geschäftsgruppenübergreifende Arbeitsgruppen und vertrat die Stadt Wien in verschiedenen Gremien. Nicht zuletzt arbeitete sie an zahlreichen Umsetzungsprojekten selbst intensiv mit.

Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten (MD-PM)

Die MD-Personalmanagement und Förderangelegenheiten hatte am 31. Dezember 2001 die Dienstaufsicht über:

- 331 Rechtskundige Bedienstete
- 209 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes
 - 10 Bedienstete des höheren Archivdienstes
 - 18 Bedienstete des höheren Bibliotheksdienstes
 - 19 Bedienstete des höheren Dienstes in den Museen
- 557 Bedienstete des höheren technischen Dienstes
 - 20 Bedienstete des höheren Forstdienstes
 - 54 PsychologInnen der MA 11, MA 12 und MA 57
 - 7 ÄrztInnen
 - 2 TierärztInnen
- 2.363 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes
 - 778 Fachbedienstete des technischen Dienstes
 - 12 SozialpädagogInnen
 - 668 SozialarbeiterInnen

131 Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung

- 3.695 Kanzleibedienstete
- 1.355 Betriebsbedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, WerkmeisterInnen
- 661 AmtsgehilfInnen
- 7.961 Sondervertragsbedienstete (RedakteurInnen), Gesundheits- und Krankenschwestern/ Gesundheits- und Krankenpfleger (MA 47), AufseherInnen, KraftwagenlenkerInnen, FacharbeiterInnen, ArbeiterInnen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für die Kurzparkzonen usw.

18.851 Bedienstete insgesamt

Im Jahr 2001 wurden nach erfolgter Eignungsfeststellung 24 rechtskundige Bedienstete, 21 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, 24 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 63 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes, 26 WerkmeisterInnen, 2 Bedienstete des technischen Dienstes sowie 34 Kanzleibedienstete **in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen**. Zur Abdeckung des Gesamtbedarfs an Kanzleibediensteten wurden zusätzlich 140 ausgebildete Bürokaufmanns/frau-Lehrlinge in den Kanzleidienst übernommen.

Im Rahmen der „**IAESTE Firmenmesse**“ an der **Technischen Universität Wien**, die im April und im Oktober 2001 stattfand, wurde die Stadt Wien durch MitarbeiterInnen der MD-PM vertreten. Neben der Vorstellung des von der Stadt Wien eingeschlagenen Wegs der Verwaltungsmodernisierung im Sinne des New Public Managements, diente die Teilnahme an dieser Messe auch dazu, einen Erstkontakt mit StudentInnen bzw. AbsolventInnen bestimmter technischer Studienrichtungen herzustellen. Es ist zu erwarten, dass sich diese gezielte Personalmarketingmaßnahme positiv auf die BewerberInnenzahl auswirken wird.

Die 1998 begonnene Dezentralisierung von Einzelpersonalangelegenheiten im Dienstaufsichtsbereich der MD-PM wurde auf Grund der gewonnenen positiven Erfahrungen ausgeweitet. Weiters wurde im Jahr 2001 im Zuge der Erhöhung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Dienststellen im Personalmanagement sowie zur Beschleunigung von Verwaltungsabläufen die Ermächtigungen der Dienststellen zur Wahrnehmung der operativen Dienstaufsicht über bestimmte Bedienstetengruppen ausgeweitet. Derzeit wird die **operative Dienstaufsicht** für 10.235 Bedienstete von den Dienststellen wahrgenommen.

Im Berichtsjahr wurden über die **Projektleitstelle für Personaltransferierungen** im Zusammenhang mit Strukturveränderungen die entsprechenden Personalmaßnahmen bei den Organisationsänderungen in der MA 2 und MA 3 sowie in der MA 35 gesetzt.

Das im Jahr 2000 speziell für Frauen veranstaltete EDV-Praktikum, an dem 12 Mitarbeiterinnen teilnahmen, wurde 2001 im Rahmen einer Befragung durch die MD-PM evaluiert. Angesichts der von der Mehrheit der Praktikantinnen zum Ausdruck gebrachten nutzbringenden Verwertbarkeit ihrer erworbenen

Kenntnisse für die berufliche Weiterentwicklung ist beabsichtigt, diese Maßnahme auch in Zukunft fortzusetzen.

Auch die **Führungskräftenachwuchsausbildung** wurde im Jahr 2001 mit dem Beginn von zwei weiteren Lehrgängen erfolgreich weitergeführt. Insgesamt laufen derzeit 5 Lehrgänge, wobei der 1. Lehrgang im Jänner 2002 mit einem Hearing abschließt. Das Hearing wird in Form einer Präsentation durch jede/n TeilnehmerIn in Anwesenheit höchster leitender Bediensteter der Magistratsdirektion erfolgen. Die Inhalte des modulartig aufgebauten Lehrgangs sowie die ergänzenden Bildungsangebote entsprechen den hohen Anforderungen, die an Führungskräfte bei der Stadt Wien gestellt werden, wobei auch verstärkt auf zukünftige Aufgabenschwerpunkte, wie z. B. Change Management, eingegangen wird. Die Aufteilung zwischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die in den vergangenen Jahren – unter Vermittlung des Vereins „Passerelle“ – an einer externen Personalentwicklungsmaßnahme teilgenommen haben, stellt sich insgesamt sehr positiv dar. Der Frauenanteil im Vergleich zur Gesamtzahl aller Entsendeten lag bei 46 %. Im Jahr 2001 konnten sechs MitarbeiterInnen für die Dauer von ca. sechs Monaten die **betriebliche Praxis in der Privatwirtschaft** kennen lernen.

Ab dem Jahr 2001 wurde mit der **flächendeckenden Einführung der MitarbeiterInnenorientierungsgespräche (MOG)** in weiteren Dienststellen bzw. Dienststellenbereichen begonnen (unter anderem in der gesamten Magistratsdirektion, in den Magistratsabteilungen 6, 15, 20, 41, 48, 63 und 68 sowie in der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen). Es ist beabsichtigt, auch im Jahr 2002 die Flächendeckung des MOG zu erhöhen und dieses Führungsinstrument in weiteren Dienststellen einzusetzen. Zur Information stehen der von der seinerzeitigen Arbeitsgruppe erarbeitete Leitfaden für das MOG sowie ein Folder zum MOG zur Verfügung. Die Inhalte dieser Informationen sind auch über die Homepage der MD-PM abrufbar.

Mit dem Ziel, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu verbessern, kam in der MD-PM im Jahr 2001 ein **flexibleres Arbeitszeitmodell** zum Einsatz. Im Rahmen dieses Modells wurde die Rahmenzeit erweitert und die Kernzeit wesentlich verkürzt, so dass die Flexibilität der Bediensteten, insbesondere im Falle einer Doppelbelastung von Beruf und Familie, enorm gesteigert werden konnte.

Bedingt durch die im März 2001 statt gefundenen Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen war die Aufnahme von 116 Aushilfsbediensteten erforderlich. Für die Bearbeitung der Anträge auf Auszahlung eines Heizkostenzuschusses wurden für die MA 12 30 Aushilfsbedienstete, sowie für die MA 62 – Wohnsitzdezernat 16 Aushilfsbedienstete aufgenommen. Für Arbeiten im Rahmen der **Großzählung 2001** waren in den magistratischen Bezirksämtern 226 und in der MA 66 eine Aushilfsbedienstete beschäftigt.

In den Sommermonaten 2001 hatten insgesamt 199 SchülerInnen bzw. StudentInnen die Gelegenheit,

berufliche Erfahrungen im Rahmen eines **Ferialpraktikums** zu sammeln.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, behinderten Menschen bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. 25 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der **Sonderaktion für Behinderte** aufgenommen werden. Ende 2001 waren 698 Behinderte im Rahmen dieser Aktion beschäftigt.

Die Koordination des seit 2000 zum Einsatz gelangten VIPER-Systems (Verwaltung Integrierter Personaldaten) auf dezentraler Ebene hinsichtlich Erweiterungs- und Änderungswünschen, Schulungen und Erstellung eines Schulungskonzepts wurde fortgeführt. Zur Wahrnehmung der Vorschriften des Datenschutzes bzw. der Einhaltung der PC-Betriebsordnung erfolgte die Festlegung der Zugriffsmöglichkeit in den einzelnen Bereichen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen. In diesem Zusammenhang wurden Erweiterungs- und Änderungsmeldungen bei der VIPER - Datenschutzmeldung für das Datenverarbeitungsregister sowie beim WIPIS - Organisationskonzept vorgenommen.

Die seit 2000 bestehende Homepage der MD-PM entwickelte sich zu einem Webinformationsservice. Sowohl interessierte Bedienstete als auch mit Personalagenden befasste MitarbeiterInnen erhalten hier umfassende Informationen.

Im Zuge der Umsetzung des Strategieplans der Wiener Stadtverwaltung wurden seitens der MD-PM für diverse Maßnahmen im Personalwesen Vorschläge ausgearbeitet und deren Umsetzung initiiert.

Magistratsdirektion – Berufliche Gesundheitsförderung (MD-BG)

Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2001

Koordination, Kontrolle und Evaluierung

Es erfolgte die Koordination und begleitende Kontrolle der Einrichtung der Präventivdienste sowie die Durchführung der Evaluierung nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998. Von der MD-BG wurde konkrete Hilfestellung hinsichtlich der Evaluierungsnotwendigkeiten einzelner Arbeitsstätten gegeben. Allgemeine, übergeordnete Fragen der Umsetzung wurden laufend geklärt. Darüber hinaus wurde die Evaluierung hinsichtlich Brandschutz laufend betreut. Vierteljährlich wurden Berichte über den Fortschritt der Evaluierung erstattet.

Sicherheitsvertrauenspersonen

Der Wirkungsbereich der Sicherheitsvertrauenspersonen wurde in Abstimmung mit der Personalvertretung eingeschränkt. Gemäß § 78 Absatz 1 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 wurden in

den Vorjahren Sicherheitsvertrauenspersonen für die Dienststellen des Magistrats bestellt. Die durch den Dienststellenbegriff des § 4 Wiener Personalvertretungsgesetz grundsätzlich vorgegebenen Wirkungsbereiche (Zuständigkeit jeder Sicherheitsvertrauensperson für die gesamte Dienststelle) wurden in mehreren Dienststellen aus Gründen der Zweckmäßigkeit zwischen den Sicherheitsvertrauenspersonen der Dienststelle aufgeteilt (Einschränkung der Wirkungsbereiche). Dafür waren seitens der MD-BG umfangreiche Abstimmungen mit den Dienststellen, den Sicherheitsvertrauenspersonen und der Personalvertretung erforderlich.

Regelmäßiger Informationsaustausch der Präventivdienste

Für ArbeitsmedizinerInnen und Sicherheitsfachkräfte wurden Koordinationsitzungen regelmäßig in Abständen von zwei Monaten durchgeführt.

Erhöhung der Akzeptanz bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen

Zu diesem Zweck wurden die persönlichen Kontaktnahmen mit den DienststellenleiterInnen weitergeführt und zur Abklärung aktueller Fragen bzw. im Rahmen der von der MD-BG angebotenen Hilfestellungen in mehreren Dienststellen Besuche durchgeführt.

Supervision

Von der MD-BG wird als Soforthilfe in Krisensituationen Supervision für alle Dienststellen angeboten. Im Jahr 2001 konnte diese Hilfestellung für 67 Bedienstete in 43 Sitzungen von 4 SupervisorInnen geleistet werden. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen stellt sich Gruppensupervision als wichtige Maßnahme zum Schutz der Gesundheit von Bediensteten gemäß § 3 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998, LGBl. Nr. 49/1998 dar.

Gesundheitsförderung

Im Rahmen der Managementforen wurde im Jahr 2001 ein Leitprojekt „Gesundheitsförderung“ geschaffen. Dieses besteht aus den 4 Teilprojekten „Suchtprävention“, „Impulse wie Gesundheitszirkel und Ideenwettbewerbe“, „Sponsoring und KFA“ sowie „Betriebspsychologischer Dienst“. Die Gesamtkoordination sowie die Leitung von 2 Teilprojekten wird von der MD-BG wahrgenommen.

Krankenstandsevaluierung

Auf Grund eines im Jahr 1999 erstellten Konzepts zur Krankenstandsevaluierung erfolgten in einigen Dienststellen Gespräche mit der Personalvertretung und den DienststellenleiterInnen und die Erstellung eines darauf aufbauenden Berichts. Für die bessere Vergleichbarkeit der Abwesenheitszahlen der Krankenstandsstatistik (Dienststellenranking) wurden die Dienststellen des Magistrats in mehrere Gruppen zusammengefasst.

Ausbau einer einschlägigen Judikatensammlung, einer Fachbibliothek sowie eines Archivs medialer Informationsträger

Sowohl die Sammlung themenbezogener Videokassetten als auch die Bibliothek wurden erweitert. Die Sammlungen dienen einerseits der grundsätzlichen Information zum Thema Bedienstetenschutz und andererseits der Bearbeitung von konkreten Einzelaufgaben zu diesem Thema. Weiters wurde der Aufbau einer Aufsatzsammlung aus juristischen und technischen Fachzeitschriften zum Thema ArbeitnehmerInnen- und Bedienstetenschutz fortgeführt. Auch Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts als auch des Obersten Gerichtshofs werden – soweit diese für den ArbeitnehmerInnen- bzw. Bedienstetenschutz relevant sind – gesammelt.

Arbeitszeitrichtlinie

Die Umsetzung der Richtlinie 93/104/EG des Rats vom 23. November 1993 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung in der Fassung der Richtlinie 2000/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 22. Juni 2000 wurde mit einer magistratsweiten umfangreichen Fragebogenaktion evaluiert. Darauf aufbauend wurden mit mehreren Dienststellen Besprechungen abgehalten, um die Einhaltung der Richtlinie (z. B. Beachtung von Ruhezeiten etc.) zu gewährleisten.

Diverse Koordinationstätigkeiten

- Es wurden Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sowie Fragen des ArbeitnehmerInnen- und Bedienstetenschutzes abgegeben.
- Im Bereich der Stadt Wien erfolgte regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit dem unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, der MA 23 und der Personalvertretung.
- Koordination von Maßnahmen zur Abwendung von sommerlicher Hitzebelastung in verschiedenen Amtsgebäuden.
- Mitarbeit in einem Arbeitskreis zur Überarbeitung der Dienstbekleidungsordnung.
- Koordination der Neuausschreibung der Evaluierung nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 insbesondere im Hinblick auf Vertragsdauer und Losgrößen.
- Leitung eines Arbeitskreises betreffend die Berücksichtigung von bedienstetenschutzrechtlichen Erfordernissen bei Neu-, Zu- und Umbauten sowie Anmietungen und Ausstattung von Arbeitsstätten für Bedienstete der Gemeinde Wien.
- Koordination von Begehungen, bei denen der Stand des Brandschutzes in Arbeitsstätten der Gemeinde Wien erhoben wird und daraus abgeleiteter Maßnahmen.
- Einberufung eines Arbeitskreises, in welchem Grundlagen für die Durchführung von Impfungen für Bedienstete der Stadt Wien erarbeitet werden sowie Anberaumung mehrerer diesbezüglicher Sitzungen.
- Die kommissionellen Begehungen verschiedener Amtshäuser wurden fortgeführt. Dabei sollen Erkenntnisse für die Schaffung von generellen Normen betreffend die bauliche Beschaffenheit von Arbeitsstätten zur Umsetzung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes 1998 gewonnen werden.
- Die Aktionen „Gesunde Ernährung“ und „Gesundheitsberatung“ für Bedienstete der Gemeinde Wien vor Ort an den Arbeitsstätten wurden initiiert.

Magistratsdirektion – Interne Revision und Personalressourcensteuerung (MD-IR)

Im Zuge der Neugliederung der Magistratsdirektion in Geschäftsbereiche mit 1. Juli 2001 wurde aus dem Referat „Verwaltungsrevision“ die Stabsstelle „Interne Revision und Personalressourcensteuerung“. Neben dem neuen Namen wurde auch die Führung eines Logos im Corporate Design der Stadt Wien ermöglicht.

Interne Revision

Revisionen des Dienstbetriebs erfolgten in den Magistratsabteilungen 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 11A, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 21B, 22, 23, 24, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 53, 56, 57, 59, 61, 65, 67, 68 und 70, in magistratischen Bezirksämtern, im Wiener Krankenanstaltenverbund sowie in der Unternehmung Wiener Wohnen.

Die **Personalrevision** prüfte Personalbedarf, Auslastung und Gebarung von Zulagen. Insgesamt wurden rund 30 Revisionen in Projektform durchgeführt. Hinzu kamen kurzfristige Einschauten im Zusammenhang mit Personalangelegenheiten sowie Analysen zu Personalfragen.

Die **Kaufmännische Revision** prüfte den Stand der Euro-Umstellung, die Einbringung von Außenständen, die wirtschaftliche Gebarung im Schulbereich, ein Controlling-Referat, die periodengerechte Leistungsverrechnung, die Zuordnung von Ausgaben auf der Haushaltspost 728. Insgesamt wurden sieben Prüfprojekte verwirklicht und weitere Revisionsprojekte, wie die SAP R/3-Wirtschaftlichkeitsprüfung, unterstützt.

Die Einführung von SAP R/3 im Magistrat (Wirtschaftlichkeits- und Systemprüfung) war ebenso Prüfgegenstand der **EDV-Revision** wie die Migrationsplanung von Windows 2000. Außerdem wurden Einkaufspolitik, Lizenzverwaltung und Eigenentwicklung von Software einer Einschau unterzogen sowie Berechtigungskonzepte geprüft. Bezüglich Datensicherheit erfolgte ein Follow-up und die Teilnahme an Lenkungsgruppen betreffend IT-Security. Im Berichtszeitraum wurden sechs, teilweise dienststellenübergreifende Projekte realisiert und die Evaluierung der Zuerkennung von EDV-Zulagen unterstützt.

Die **Technische Revision (Baurevision)** führte Systemprüfungen bei der Vergabe von Bauleistungen, der Koordination von Bauvorhaben sowie der Tätigkeit der Baubehörden durch. Ebenso erfolgten begleitende Revisionen von Bauprojekten. Dabei wurden 28 Prüfprojekte realisiert.

Die **Rechtliche Revision** prüfte technische Dienststellen, die auch hoheitlich tätig waren, die behördliche Tätigkeit der magistratischen Bezirksämter sowie die Schlichtungsstellen in Mietrechtsangelegenheiten. Sie unterstützte dienststellenübergreifend andere Revisionen bei Rechtsfragen und wirkte an Sonderprojekten mit. Es wurden 21 Gesetzes- und Erlassentwürfe begutachtet, fünf Anfra-

gen von Gemeinderäten beantwortet und vier Verbesserungsvorschläge bearbeitet.

Im Berichtszeitraum wurden 123 **Dienstaufsichtsbeschwerden** bearbeitet. Zum Teil konnten Missverständnisse oder Kommunikationsprobleme zwischen Kunden der Stadtverwaltung und einzelnen Dienststellen ausgeräumt werden. In wenigen Fällen war es erforderlich, koordinierende Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschwerdeführern schneller zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die **Volksanwaltschaft** brachte dem Landeshauptmann bzw. dem Bürgermeister 268 Beschwerden zur Kenntnis. Die MD-IR überprüfte diese Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft Berichte zur Verfügung. In den meisten Fällen konnten die Beschwerden mit der Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. In wenigen Fällen kam den Beschwerden Berechtigung zu. In einem Fall erfolgte eine Empfehlung der Volksanwaltschaft. Der Tätigkeitsbericht der Volksanwaltschaft für den Bereich des Landes Wien für das Jahr 2000 (22. Bericht) wurde nach Stellungnahme der zuständigen Landesregierungsmitglieder in den Ausschüssen und am 22. November 2001 im Wiener Landtag beraten. Vertreter der MD-IR waren jeweils anwesend. Mit den 2001 neu bestellten Volksanwälten wurden erste Gespräche geführt. Seitens der Volksanwaltschaft wurde die gute Zusammenarbeit mit dem Land Wien hervorgehoben.

Personalressourcensteuerung

Auf Grund von Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit 1. Juli 2001 (Umstrukturierung der Magistratsdirektion, Zusammenführung der MA 2 und MA 3, Übernahme der Verrechnung der städtischen Pflegeheime durch die MA 47) und per 1. Jänner 2002 (Zusammenführung der MA 21 A, B, C auf zwei Dienststellen, Übernahme des Bereichs Telekommunikation durch die MA 14) waren neue Dienstpostenpläne festzulegen. Außerdem erfolgte die Vorbereitung der Übertragung von Personalaufgaben an die mit 1. Jänner 2002 eingerichtete Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund.

Insgesamt langten 960 Anträge auf **Schaffung bzw. Bewertung von Dienstposten** ein. Erforderliche Personalressourcen, insbesondere im Hinblick auf die Übernahme des Meldewesens und die Einführung der Allgemeinen Wohnbeihilfe sowie für den Bereich der Kindertagesheime, die neue Hauptbücherei und zwei weitere Gesundheits- und Sozialzentren, konnten durch Reduktionen in anderen Bereichen des Magistrats kompensiert werden. Im Zusammenhang mit den 1998 stattgefundenen umfassenden Organisationsanalysen im Magistrat erfolgte eine Fortführung der Evaluierung der personellen Einsparungspotenziale.

Zum Aktualisieren aller Daten im **Dienstpostenplan** wurden Neuaufnahmen, Abgänge, und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter mittels elektronischer Kenntnisnahmen sowohl im neuen (WIPIS) als auch im alten Dienstpostenplan (BDP) vorgemerkt. Ebenso wurde die Neuorganisation

der Magistratsdirektion im Dienstpostenplan berücksichtigt. Der Voranschlag 2002 wurde erstmalig mit Hilfe des WIPIS-Dienstpostenplans erstellt, ebenso der Nachweis über das ständige Personal für den Rechnungsabschluss 2000. Die mit ACCESS vorgenommenen Auswertungen von WIPIS-Daten wurden adaptiert. Informationen über den WIPIS- und VIPER-Dienstpostenplan wurden ebenso wie das WIPIS Handbuch auf der Homepage der MD-IR zur Verfügung gestellt. Weiters wurde der neue WIPIS-Dienstpostenplan in Präsentationen vorgestellt.

Von den 1.382 in der MD-IR eingebrachten Anträgen auf Genehmigung von **Dienstreisen** wurden 57 Anträge storniert und 1.325 Anträge genehmigt. Die im Vergleich zum Vorjahr geringere Anzahl an eingebrachten Dienstreiseanträgen ergab sich auf Grund der Dezentralisierungsmaßnahmen bei der Genehmigung von Dienstreisen. Im Dezember 2001 wurde für die Genehmigung von Dienstreisen die Möglichkeit der **elektronischen Antragstellung** an die MD-IR eingerichtet. In elf Dienststellen wurde eine Prüfung der Dienstreisegebarung durchgeführt. Insbesondere wurden die Organisation des Dienstreisewesens, die wirtschaftliche Vorgangsweise bei der Genehmigung, die Wissensweitergabe sowie die vorhandenen Dokumentationen, mit besonderem Augenmerk auf die elektronische Datenverarbeitung, einer Überprüfung unterzogen.

479 Anträge auf Gewährung von **Sonderurlaub** mit Bezügen wurden eingebracht und elektronisch viertelt. Die Erledigungen erfolgten durch die MA 2.

Im Jahr 2001 waren im Referat **Überstundensteuerung** insgesamt 3.291 Anträge auf Zuerkennung von einzelverrechneten bzw. pauschalierten Mehrleistungsvergütungen zu entscheiden. Den hoheitlich verrechneten Dienststellen wurde neben den Jahresstundenkontingenten ein betragsmäßiger Rahmen vorgegeben. Informationen betreffend Überstundenvergütungen wurden auch im Intranet zur Verfügung gestellt. Von der MD-IR wurde die budgetäre Entwicklung der Ausgaben auf der Post 565 überwacht und den DienststellenleiterInnen monatlich Controllinginformationen zur Verfügung gestellt. In zahlreichen Gesprächen mit Personalverantwortlichen wurde Hilfestellung hinsichtlich der Hochrechnung des Verbrauchs geboten. In insgesamt 67 Besprechungen und Erhebungen vor Ort wurden die Einhaltung der wirtschaftlichen und sparsamen Überstundengebarung sowie die Verrechnung von Nebengebühren gemäß Nebengebührenkatalog einer Überprüfung unterzogen. Die Überstundenaufzeichnungen und die Vor- und Nachteile neuer Arbeitszeitmodelle wurden geprüft.

Im Bereich **Nebengebühren** waren 286 Anträge auf Zuerkennung von Außendienstzulagen, 53 Anträge auf Zuerkennung von Telefonpauschalvergütungen sowie 1.343 Sonderzulaganträge zu prüfen und der MA 2 zur Auszahlung an die Bediensteten weiterzuleiten. Hinsichtlich der Kassierzulagen waren im Berichtsjahr 899 Kassen im Bereich der Stadt Wien mit Ausnahme des Krankenanstaltenverbundes, den verschiedenen Gefahrenklassen zuzuordnen und die Auszahlung der Kassenzulagen an jene MitarbeiterInnen, die mit der Annahme und Leistung von Bar-

zahlungen betraut sind, zu veranlassen. An der Evaluierung des Nebengebührenkatalogs wurde mitgewirkt.

Im Berichtsjahr waren 278 Anträge auf Zuerkennung oder Neufestsetzung von **Kilometergeld** auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen. Den Dienststellen der Hoheitsverwaltung wurden im Rahmen des zur Verfügung stehenden Kilometergeldbudgets Kontingente zugeteilt und ihnen pro Quartal schriftliche Informationen über den Kilometergeldverbrauch zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden einigen Dienststellen für nicht von vornherein quantifizierbare Dienstfahrten Rahmengenenehmigungen erteilt. Die Jahresabrechnungen 2001 der 1.516 Kilometergeldbezieher mussten geprüft und bei Übergrößen der Einbehalt durch die MA 2 veranlasst werden.

Die Einhaltung der im Nebengebührenkatalog enthaltenen unterschiedlichen Anspruchsvoraussetzungen sowie einzelne Zuerkennungen von Nebengebühren wurden vor Ort erhoben. Der durchgeführte Vergleich über die Anspruchsvoraussetzungen beim Bezug der Prozesszulage führte zu einer Anpassung des Nebengebührenkatalogs. Die Auslastung der MitarbeiterInnen während des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden wurde stichprobenartig geprüft.

Für die von der MA 62 organisierten Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen am 25. März 2001 hatte die **Personalsicherstellung** zu erfolgen. Dazu war es erforderlich, 6.469 MitarbeiterInnen zum Wahleinsatz heranzuziehen. Für die von der MA 66 organisierte Großzählung 2001 wurden im Zeitraum 1. bis 31. Mai 2001 9.320 MitarbeiterInnen eingesetzt. Weiters fand im Zeitraum 6. bis 13. November 2001 das Volksbegehren „Bildungsoffensive und Studiengebühren“ statt. Hiefür wurden 245 MitarbeiterInnen eingesetzt. Über die notwendigen Personalsicherstellungsmaßnahmen wurde im Wege des Intranets informiert.

Für das Wiener **Antikorruptionsprojekt** wurden Vorarbeiten in Form eines Projekthandbuchs geleistet.

MitarbeiterInnen der MD-IR wirkten im Auftrag der Magistratsdirektion - Personalmanagement und Förderangelegenheiten an Personalauswahlverfahren (Bewerbungsgespräche, Hearings) mit. Das Pilotprojekt „Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung mit SAP R/3“ wurde aus Dienststellensicht evaluiert und fortgeführt. Die im Vorjahr unter <http://www.intern.magwien.gv.at/mir/> eingerichtete Homepage wurde wesentlich erweitert.

Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA)

An den ca. 1.948 **Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen** der Verwaltungsakademie haben rund 21.626 MitarbeiterInnen teilgenommen.

Die **Newcomer-Schulung** ist Teil der Grundausbildung und erfasst alle neu aufgenommenen MitarbeiterInnen der Verwendungsgruppen A bis D sowie Bedienstete, die in eine andere Verwendungs-

gruppe überstellt wurden. In sieben Modulen im Gesamtausmaß von 57 Stunden wurden 414 neu eingetretene MitarbeiterInnen im Sinne des **New Public Management** über allgemein relevante Wissensbereiche des Konzerns Magistrat Wien informiert. Um die Newcomer-Schulung ziel- und bedarfsorientierter gestalten zu können, wurde im Jahr 2001 eine **Evaluierung** durchgeführt. Dabei wurden Schulungsinhalte neu abgestimmt sowie der Personenkreis der ausgelernten Bürokauffrau-/Bürokaufmannslehrlinge aus der Zielgruppe herausgenommen.

Sieben MitarbeiterInnen der Verwendungsgruppe A und B, die ihre Dienstprüfung mit Auszeichnung bestanden haben, nahmen an einem schriftlichen **Wettbewerb** zu den Themen „Stabilisierung der Personalkosten“ und „Frontoffice – eine flächendeckende Zukunftsoffensive oder durch den Trend zum eGovernment bereits überholt?“ teil.

Im Zuge einer Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit 1. Juli 2001 wurden die Agenden des **Lehrlingsreferats** sowie die Obsorge für die unentgeltlich tätigen **PraktikantInnen** auf die Magistratsabteilung 2 übertragen.

An den Veranstaltungen der **fachlichen Grundausbildung**, die für BerufsanfängerInnen und neu versetzte MitarbeiterInnen gedacht ist, haben 2.641 Bedienstete teilgenommen. 19 MitarbeiterInnen besuchten die fachliche Grundausbildung für neu eingetretene rechtskundige Bedienstete. Die neu eingerichtete fachliche Grundausbildung für WirtschaftsakademikerInnen hatte im Jahr 2001 neun TeilnehmerInnen.

Im Jahr 2001 wurde als Ergebnis der Arbeit des Managementforums Personal im Sinne der Verwaltungsmodernisierung mit Projekten zur **Reform der Dienstprüfungskurse und der Dienstprüfungen** für den Kanzleidienst, den Fachverwaltungsdienst, den höheren Verwaltungsdienst und den rechtskundigen Dienst begonnen. Im Zuge dieser Projekte sollen die Anforderungen, die an die Bediensteten der Stadt Wien bei der Dienstprüfung gestellt werden, an die Erfordernisse einer modernen Verwaltung angepasst und in ein neues Ausbildungssystem gebracht werden.

Im Bereich der **Fort- und Weiterbildung** der städtischen MitarbeiterInnen sind vor allem die Vorträge, Kurse und Seminare, die in der Veranstaltungsbroschüre angeboten werden – wie etwa die Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung, die Einführung des MitarbeiterInnenorientierungsgesprächs, die Bekämpfung der Korruption, der Umgang mit ausländischen MitbürgerInnen, die Schulung der Ausbildungsbeauftragten und die große Zahl der Veranstaltungen für eine Neuorientierung der Öffentlichkeitsarbeit – besonders hervorzuheben.

Im Rahmen des **Sprachunterrichts** haben 400 MitarbeiterInnen an 45 Veranstaltungen (Workshops, Kursen) teilgenommen. Neben dienststellenspezifischen Kursen und den „Brush up Your English“-Seminaren wurden für die TeilnehmerInnen an der Führungskräftenachwuchsausbildung der Wiener

Stadtverwaltung spezielle Englisch-Intensivseminare abgehalten sowie auch die Französischkurse intensiviert. Weiters wurden im Rahmen eines Auswahlverfahrens zur Aufnahme neuer MitarbeiterInnen der Stadt Wien etwa 100 JuristInnen einem mündlichen Einzeltest über ihre Kenntnisse der englischen Sprache unterzogen.

In 16 allgemein ausgeschriebenen **frauenspezifischen Seminaren** wurden Karriereplanung, Kommunikationsverhalten, Konfliktlösungsstrategien und Führungsstil, Stressbewältigung, Selbstbehauptung und Kreativität trainiert. Der Bedarf an diesen frauenspezifischen Schulungen zeigte sich nicht zuletzt wieder durch die zahlreichen Zusatztermine, die auf Grund des großen Interesses an diesen Vorträgen anberaumt werden mussten.

Aus der Teilnahme von 33 Personen am Seminar **„Beruflicher Wiedereinstieg“** lässt sich erkennen, dass diese Veranstaltung als wichtige unterstützende Maßnahme der Stadt Wien zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie angesehen wird.

Im Jahr 2001 wurde von der Verwaltungsakademie unter der Bezeichnung **„VIVA – Die virtuelle Verwaltungsakademie“** ein magistratsweites **eLearning-Pilotprojekt** begonnen. In diesem Projekt sollen Einsatzmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für die Einführung von modernen Informations- und Kommunikationsmedien für die Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen der Stadt Wien in einem Feldversuch erforscht werden. Das zur Gänze in der Verwaltungsakademie programmierte multimediale **Lernprogramm „Die Stadt Wien und der Euro“** erreichte dabei im Zeitraum von Oktober bis Dezember des Jahres 2001 über 7.000 MitarbeiterInnen der Wiener Stadtverwaltung auf über 6.000 Rechnern und bot eine breitflächig wirkende Ausbildung zum Themenkreis der Währungsumstellung auf den Euro. Das Programm bleibt bis zum Ende der dualen Währungsphase online.

Die zur Einführung von **Controlling** im Magistrat der Stadt Wien entwickelte Ausbildungsstrategie wurde im Jahr 2001 fortgesetzt. Die dazu angebotene freiwillige schriftliche Prüfung zur Erlangung des Controllerdiploms für den Magistrat der Stadt Wien wurde von 13 MitarbeiterInnen erfolgreich absolviert.

Die von der MD-Verwaltungsakademie gestaltete und organisierte **Führungskräftenachwuchsausbildung** für AkademikerInnen wurde 2001 von zwei weiteren Gruppen von MitarbeiterInnen begonnen. Nach Qualifizierung über ein zweitägiges Förder-Assessment-Center erhielten die TeilnehmerInnen eine fundierte Ausbildung im Bereich der so genannten „soft skills“, wie Soziale Kompetenz, Präsentationstechniken, Selbstkompetenz, Umgang mit Medien, als auch der „hard facts“. Dazu gehören die Grundlagen des New Public Managements, ergebnisorientierter Planung und Steuerung sowie ein betriebswirtschaftliches Grundwissen.

Der Lehrgang, der mit einem Hearing abschließt, soll ein Reservoir künftiger Führungskräfte für die Stadt

Wien in Form eines **Führungskräftenachwuchspools** schaffen.

Magistratsdirektion – Verwaltungsorganisation (MD-VO)

Organisation

Die **Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung** ist einerseits mit der Umsetzung des Strategieplans Verwaltungsmodernisierung betraut, andererseits managt sie darüber hinaus auch spezielle Reformprojekte, die dem Trend zur Weiterentwicklung des Magistrats in Richtung eines kundInnenorientierten Dienstleistungskonzerns mit zeitgemäßen Strukturen entsprechen. Nun einige Beispiele für diese Tätigkeiten im Jahr 2001:

Newways – Start in eine greifbare Verwaltungszukunft

Nach genau einem Jahr intensiver Aufbereitung präsentierten die fünf **Managementforen Verwaltungsmodernisierung** ein umfassendes strategisches Konzept für einen zukunftstauglichen Dienstleistungskonzern Wiener Magistrat: Dieser **Strategieplan** Verwaltungsmodernisierung zielt darauf ab, die Leistungen der Stadtverwaltung innerhalb der nächsten drei Jahre durch schrittweise Anpassung der Abläufe und Strukturen an geänderte Rahmenbedingungen für unsere KundInnen noch attraktiver zu gestalten.

Dazu bedarf es vor allem der Weiterentwicklung unserer Unternehmenskultur in Richtung mehr KundInnenorientierung, des Einsatzes geeigneter Managementinstrumente und der Erweiterung des Angebots an Internet-Dienstleistungen (eGovernment). Mehr als 250 MitarbeiterInnen aus 50 Dienststellen verfolgen die **Umsetzung** dieser ehrgeizigen **Reformvorhaben in 39 Leitprojekten**. Die Planung und Steuerung des gesamten Projektfortschritts wird von der **Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung** koordiniert. Mit dem ersten magistratsweiten Intranet-Chat, dem weitere virtuelle Fragestunden folgten, wurde ein breit gefächertes Diskussionsprozess eröffnet, der für die Umsetzung dieser Verwaltungsreform neue wichtige Impulse bringt.

Neue Wege ging die Projektgruppe in diesem Jahr z. B. auch mit der Einführung eines ABC der Verwaltungsmodernisierung auf Intranetbasis: Dieses „Hauslexikon“ bietet den mehr als 12.000 PC-BenutzerInnen im Magistrat einfache Erläuterungen zu aktuellen Begriffen aus dem Themenbereich Verwaltungsmodernisierung an. Das **Reform-ABC** wurde über Anregung vieler MitarbeiterInnen mehrfach ergänzt und ist, wie die Zugriffszahl beweist, ein recht gefragter Arbeitsbehelf.

Im Herbst konnten wir unser Angebot zur Information und Kommunikation über den permanenten Prozess Verwaltungsmodernisierung durch eine weitere Facette ergänzen: Es gibt nun die im Zweimonatsrhythmus erscheinende **online-Zeitung newways**, in der alle interessierten MitarbeiterInnen zu aktuellen Reformvorhaben und -entwicklungen im Magistrat ihre Meinung offen einbringen und sich

auch kritisch dazu äußern können, wie sie Veränderungen am Arbeitsplatz erleben.

Darüber hinaus war es uns ein besonderes Anliegen, den laufenden Prozess Verwaltungsmodernisierung auch an InteressentInnen außerhalb des Magistrats zu kommunizieren. Wir förderten besonders den **Erfahrungsaustausch mit StudentInnen und BerufskollegInnen im In- und Ausland** zu einzelnen Themenfeldern des so genannten Neuen Steuerungsmodells. Im Frühsommer konnten wir in Abstimmung mit einer deutschen Fachhochschule für Verwaltung einer Studentin auch erstmals anbieten, ein mehrwöchiges Praktikum auf Basis der Gegenseitigkeit im Wiener Magistrat zu absolvieren.

Der Erfolg eines unternehmerischen Engagements im **Internet** steht und fällt mit dem eigenen Webauftritt. Wir führen innovative Dienstleistungen durch, um Webauftritte profitabel zu machen: Analyse und Optimierung von Internetauftritten aus Nutzersicht, Analyse und Optimierung der Geschäftsprozesse, eCommerce- und eGovernment-Evaluationen und beratungen, Integration weiterer Kommunikations- und Transaktionslinien (Chats, Mailinglists et al.).

Das von uns geführte Projekt der **Ausgliederung der Museen** der Stadt Wien wurde umgesetzt. Die wesentlichen Fragen der legislativen Grundlagen (beispielsweise das Wiener Museumsgesetz und die Wiener Museumsordnung), der Sicherstellung der Finanzierung und der erforderlichen organisatorischen Anpassungen wurden gemeinsam mit den betroffenen Fachabteilungen gelöst und so die Überführung der bisher als Magistratsabteilung geführten Museen in eine wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts zum 31. Dezember 2001 sichergestellt.

Für die Einrichtung eines **Call-Centers** in der Wiener Stadtverwaltung wurde eine Studie für die erste Ausbaustufe an die „ARGE Call Center Magistrat Wien“ in Auftrag gegeben.

Folgende Teilaspekte der Errichtung eines Call Centers wurden intensiv fachlich bearbeitet und für weiter gehende Beauftragungen vorbereitet:

- Call Center allgemein (hier wurde als Betreiberform „Outsourcing“ angedacht)
- Vermittlung (Weiterführung durch den Magistrat und Zentralisierung)
- Telefontechnik (Sicherstellung der derzeitigen Funktionen) und
- Informationstechnologie (Schaffung bzw. Adaptierung von Informationsmedien auf Basis der im Magistrat vorhandenen Lösungsansätze).

Unsere **Geschäftsstelle für Qualitäts- und Wissensmanagement; KGSt-Angelegenheiten** stellt allen interessierten MitarbeiterInnen neueste Gutachten und Berichte des Verbandes für kommunales Management (KGSt) zu den verschiedenen Themen der Verwaltungsmodernisierung zur Verfügung, im Jahr 2001 vor allem Informationen über das Arbeiten mit Kennzahlen, das kommunale Wissensmanagement und über das Management der Bauordnung. Weiters wurden wichtige Beiträge zur Verwaltungsreform aus anderen Quellen (Bertels-

mann Stiftung, Deutscher Städtetag usw.) den betroffenen Dienststellen nahe gebracht.

Der **Fachausschuss für Rahmenschriftstücke** setzte die erfolgreiche Arbeit an der Umstellung von Allgemeinen Drucksorten auf Allgemeine Rahmenschriftstücke fort, so dass die meisten Formulare über EDV abrufbar sind. Bei der jährlichen Überprüfung der Allgemeinen Rahmenschriftstücke und Drucksorten wurden in einem ersten Schritt ca. 160, die bisher zentral gestaltet und verwaltet wurden, im Einvernehmen mit den betroffenen Fachdienststellen (vor allem: MA 6, MA 12 und MA 61) in deren ausschließliche Verantwortung übertragen. Gleichzeitig konnten etwa 50 Allgemeine Drucksorten, die nicht mehr benötigt werden, aufgelassen werden.

Verwaltung

Dezernat Allgemeines

1. Geschäftseinteilung

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 27. April 2001 wurden acht Verwaltungsgruppen neu geschaffen, für welche Gemeinderatsausschüsse eingerichtet wurden. Die MD-VO hat dafür den Antrag auf Anpassung der Geschäftsgruppeneinteilung vorbereitet. Zudem wurden im Jahr 2001 die Vorbereitungen zu einer Teiländerung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien mit dem Schwerpunkt „Neuorganisation der Magistratsdirektion“ mit Wirksamkeit 1. Juli 2001 und einer Gesamtänderung aus Anlass der Ausgliederung der Museen der Stadt Wien sowie der Zusammenfassung der bisher drei Planungsabteilungen zu zwei Dienststellen mit Wirksamkeit 1. Jänner 2002 getroffen.

2. Koordinationsaufgaben und Zuständigkeitsfestlegungen

Von der MD-VO wurde eine Ausschreibung für Beratungsleistungen zur Untersuchung der **Leistungsangebote der Stadt Wien für Senioren** (Leistungszeitraum 2002) vorbereitet. Weiters wurde unter Projektleitung der MD-VO eine externe Organisationsuntersuchung der MA 43 durchgeführt. Aus Anlass des Verwaltungsreformgesetzes 2001 hat die MD-VO die organisatorischen Auswirkungen geprüft; zudem wurden Überlegungen über die Eingliederung des **Passwesens** angestellt. Ein interkommunaler Vergleich städtischer Hauptbibliotheken, betreut von der MD-VO, sollte wichtige Rückschlüsse für das Betriebskonzept der MA 13 für die neue **Hauptbibliothek** ermöglichen. Aus Anlass der **Integration der Sprach- und Datenkommunikation** wurden mit den Magistratsabteilungen 14 und 23 etliche Gespräche geführt. Das zur Sicherung der Qualität von Öffentlichen Leistungen für alle Verwaltungseinheiten der EU entwickelte Selbstbewertungssystem **Common Assessment Framework (CAF)** wurde den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien vorgestellt sowie vorbereitende Maßnahmen zur möglichst zahl- und erfolgreichen Teilnahme am **6. Speyerer Qualitätswettbewerb** gesetzt. Koordinierend betreute die MD-VO eine Vielzahl an weiteren Themen, z. B. die Organisation und Durch-

führung des Überwachungsprogramms gemäß § 7 Fuchs-Tollwutbekämpfungsverordnung, die Vorgangsweise zur Identifizierung von Zucht- und Nutzequiden, die Erledigung von Verlängerungsanträgen betreffend Parkkarten sowie die neue Ablauforganisation im Zusammenhang mit der Gewährung der Allgemeinen Wohnbeihilfe durch die MA 50.

3. Allgemeines

Die MD VO hat im Jahr 2001 wieder zahlreiche bundes- bzw. landesgesetzliche Bestimmungen aus organisatorischer Sicht begutachtet. Weiters wurden für Anträge von Bezirksvertretungen Antwortentwürfe vorbereitet und Genehmigungen zur Errichtung, Verlegung und Auflassung von Dienststellen nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien sowie von Organisationsänderungen, z. B. für Bereiche der MA 12, erteilt.

4. Erlässe

Die MD-VO hat zahlreiche Erlässe nach Art. IV der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien vorbereitet, unter anderem aus Anlass der Verlagerung der Telefonvermittlung von der MA 23 zur MA 55, der Übertragung von Aufgaben der MA 49 auf die Magistratsdirektion Stadtbaudirektion und Änderungen in den Geschäften des Magistratsdirektors.

5. Verbesserungsvorschläge

Im Rahmen des **Betrieblichen Vorschlagswesens** (BVW) langten 299 Anregungen zentral in der Geschäftsstelle des BVW und 147 direkt in den Dienststellen ein. Insgesamt konnten 92 Vorschläge abschließend positiv bewertet werden. Die Summe der dabei zuerkannten Prämien betrug EUR 28.320. Allein in jenen 17 Fällen, in denen ein Nutzen exakt berechnet werden konnte, beträgt die Nettoeinsparung im ersten Jahr der Anwendung rund EUR 364.600. 255 Vorschläge erwiesen sich als nicht zweckmäßig umsetzbar. Zur Bewerbung des BVW wurde neben anderen Werbemaßnahmen auch eine neue Broschüre aufgelegt.

Dezernat für Amtsraumlenkung

Organisatorische und strukturelle Änderungen innerhalb des Magistrats der Stadt Wien erfordern eine ständige Anpassung der räumlichen Gegebenheiten. Diese Anforderungen werden durch laufende **raumorganisatorische Maßnahmen** erfüllt.

Schwerpunkt der Tätigkeiten im Berichtszeitraum war die Erstellung von Raumkonzepten, die Durchführung von Übersiedlungen, die Zuweisung von Amtsräumen und die Organisation von Neubau- und Adaptierungsprojekten.

- Die Übernahme des Meldewesens durch die magistratischen Bezirksämter erforderte zahlreiche räumliche Änderungen in nahezu allen Bezirksamtsgebäuden. Für die Zentrale des Meldewesens wurde ein neuer Standort in Wien 7., Wimbergergasse 14-16 für die MA 62 eingerichtet.
- Auf Grund der Neuorganisation im Bereich der MA 12 wurden im Jahr 2001 die Sozialzentren

für den 12., 13. und 23. Bezirk (in Wien 12., Arndtstraße 65), für den 16., 17. und 18. Bezirk (in Wien 16., Spetterbrücke 4) und für den 21. Bezirk (in Wien 21., Freytaggasse 27) in Betrieb genommen. Die Raumprogramme von vier weiteren Standorten wurden erstellt und deren Umsetzung in Auftrag gegeben.

- Im Einvernehmen mit der MA 25 wurden zusätzliche Standorte für die Gebietsbetreuung „Neu“ im 5., 11. und 22. Bezirk eingerichtet.
- Im Rathaus wurden umfangreiche Raumkonzepte nach Absiedlung der MA 8 für die Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr, die Magistratsdirektion-Verfassungsdienst und Rechtsmittelangelegenheiten, die MA 9 sowie den Grünen Klub erstellt.
- Weiters war die Ausarbeitung neuer Raumkonzepte im Zusammenhang mit der Einrichtung von Frontoffices in den Bezirksamtsgebäuden des 12., 16. und 17. Bezirkes, für die Zentrale der MA 12 in Wien 1., Schottenring 22-24 sowie für die künftige Unterbringung der MA 65 und der Kurzparkzonenüberwachungsgruppe der MA 67 zu erstellen.

Es wurde eine größere Anzahl von **Übersiedlungen** durchgeführt (wie z. B. die MA 8, die Landesfahrzeugprüfstelle der MA 46, den Frauennotruf der MA 57 sowie mehrere Außenstellen der Magistratsabteilungen 12 und 37).

Als Folge der Raumkonzepte und Übersiedlungen wurden im Jahr 2001 insgesamt 36 Dienststellen **zusätzliche Räumlichkeiten** zur Verfügung gestellt. Um bei den in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen, bzw. um notwendige **bauliche Verbesserungen** herbeizuführen, musste die Durchführung von **größeren Adaptierungsarbeiten** in mehreren Amtsgebäuden veranlasst werden.

Für die Gebietsgruppe West der MA 37 wurde in Wien 16., Spetterbrücke 4 ein neuer Standort errichtet und in Betrieb genommen. Die Gebietsgruppe Süd wurde im Neubauprojekt 10., Favoritenstraße 211 eingeplant. In Wien 3., Modocenterstraße 14 wurden Räumlichkeiten für die Zentralbuchhaltung und Buchhaltungsabteilung 15 der MA 6 angemietet und adaptiert.

Neuorganisation des Beschaffungswesens

Im Verwaltungsjahr konnten die im Rahmen des Managementforums Beschaffung diskutierten zukünftigen Schwerpunktsetzungen unter Einbindung betroffener Dienststellen durch Festlegung von vier strategischen Hauptzielen abgeschlossen werden. Mit der neuen Haushaltsordnung wird ab 2002 dabei z. B. das Ziel einer Dezentralisierung der Bedarfsverantwortung („selbst bedecken und selbst verantworten, was und wie viel man verbrauchen kann“) weitgehend umgesetzt sein. Das Ziel einer verstärkten Nutzung von EDV-Technik konnte durch entsprechende Beschleunigungen der internen Bestellvorgänge weiter umgesetzt werden. Mit Pilotprojekten wurden darüber hinaus Schritte für die EDV-mäßige Vernetzung der Beschaffungsabläufe auch gegen-

über den Bietern (elektronisches Herunterladen von Ausschreibungsunterlagen mit dem Ziel eines späteren elektronischen Anbietens bis hin zur elektronischen Zahlungsabwicklung) gesetzt. Der eingeleiteten Diskussion über eine Neuformulierung des Vergaberechts in Österreich kommt dabei hinsichtlich der zu schaffenden rechtlichen Rahmenbedingungen für einen verstärkten elektronischen Einsatz eine Schlüsselbedeutung zu. Die Verstärkung ökologischer Aspekte im Beschaffungswesen bildete einen weiteren Schwerpunkt.

Eingliederung des Meldewesens

Im Verwaltungsjahr wurde die Eingliederung des Meldewesens in den Magistrat der Stadt Wien mit großen Anstrengungen der beteiligten Dienststellen betrieben. Es wurden in den magistratischen Bezirksämtern 121 und in der Zentrale der MA 62 43 EDV-Arbeitsplätze eingerichtet. Weiters wurde das Meldearchiv auf elektronischen Datenträgern (8.000.000 Meldezettel) in eine eigene Softwarelösung übernommen. Die Verdatung der Meldezettel ab 17. Mai 2001 für die Polizei (insgesamt ca. 200.000 Stück) und die **Unterstützung der Volkszählung** wurden erfolgreich durchgeführt.

Magistratsdirektion – Betriebswirtschaft und Controlling (MD-BC)

Modelle und Konzepte

Das Kontraktsystem an sich wurde gegenüber 2001 nicht verändert. Zur einfacheren Handhabung dienen Formularanpassungen, Normierungen und ergänzende Erläuterungen.

KundInnenzufriedenheitserhebung

Die in der MD-BC durchgeführte KundInnenzufriedenheitserhebung ergab eine durchschnittliche Gesamtzufriedenheit von 73 %. Dies entspräche im Rahmen eines Schulnotensystems der Note 2. Aus den Detailauswertungen war ein Weiterentwicklungsbedarf hinsichtlich Klarheit von Strukturen und Abläufen zu erkennen, sowie eine vertiefte Klärung von Erfolgsfaktoren bzw. Hindernissen für Controlling im Magistrat und/oder der eigenen Dienststelle.

Controlling-Wissensdatenbank

Es wurde eine Controlling-Wissensdatenbank in Wien intern im Rahmen der Homepage der MD-BC veröffentlicht, die einen Überblick über die Controlling-Aktivitäten im Magistrat für alle MitarbeiterInnen zur Verfügung stellt, um den Erfahrungsaustausch zu unterstützen.

Information, Akzeptanzmanagement, allgemeine Beratung

Die MD-BC hat vier **Controllingtage** mit insgesamt 353 TeilnehmerInnen abgehalten. Die Evaluation der Veranstaltung ergab eine durchschnittliche Zufriedenheit der TeilnehmerInnen mit den gebotenen Inhalten von 67 %. Es fanden drei **Controlling-Lehrgänge** in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen

Controller Institut statt, die von 63 TeilnehmerInnen absolviert wurden. Vier **Controlling-Kompakt-Lehrgänge**, ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Controller Institut, wurden von 71 TeilnehmerInnen besucht. Die Veranstaltungsreihe **Controlling-Werkstatt** wurde neu ins Leben gerufen, um gemeinsam mit den Controlling-Stellen das Kontraktsystem praxisnah anzupassen.

Vorträge und Workshops

Die MD-BC hat mit eigenen ReferentInnen 24 Controlling-Informationsveranstaltungen für 502 TeilnehmerInnen abgehalten. In der Evaluation wurde eine durchschnittliche Zustimmung der TeilnehmerInnen zu den vermittelten Inhalten von 89 % gemessen. Weiters wurden vier Workshops für 90 TeilnehmerInnen veranstaltet, mit denen die TeilnehmerInnen im Durchschnitt zu 80 % zufrieden waren.

Projekte

Kontraktprojekte

Im Jahr 2001 sind nachfolgende Dienststellen in das Kontraktsystem einbezogen worden:

- MA 4 – Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben
- MA 21A – Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West
- MA 22 – Umweltschutz
- MA 25 – Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung
- MA 31 – Wasserwerke
- MA 32 – Haustechnik
- MA 40 – Technische Grundstücksangelegenheiten
- MA 42 – Stadtgartenamt

Sonstige Projekte

In fünf Dienststellen wurden Beratungsprojekte zu den Themen Kostenrechnung und KundInnenbefragung durchgeführt. Die Museen der Stadt Wien wurden im Rahmen ihrer Ausgliederung beim Aufbau eines Controlling unterstützt. Im Rahmen systemorganisatorischer Maßnahmen wurde an diversen Arbeitsgruppen zur Verbesserung von Controllingrahmenbedingungen teilgenommen.

Magistratsdirektion – EDV- und Informationsangelegenheiten (MDI)

Besondere Schwerpunkte lagen im Jahr 2001 auf folgenden strategischen Projekten:

- Electronic Government – eVienna
- Strategisches Controlling
- TeleCities
- Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- Euro-Währungsumstellung
- Gesundheitsverbund Wien – Gesundheitsnetz Donaustadt
- „Wiener Ärzte ans Netz“
- Telearbeit

Electronic Government - eVienna

Im Jänner 2001 wurde das Electronic-Government-Schirmprojekt „eVienna“ gestartet. Bei diesem Projekt liegt ein besonderer Schwerpunkt darauf, den Kunden der Wiener Stadtverwaltung möglichst umfassend interaktive Verwaltungsdienstleistungen anzubieten. Durch dieses Schirmprojekt, welches 3 Jahre lang bis Ende 2003 läuft, sollen die Realisierungsschritte der einzelnen Aktivitäten koordiniert und ihre Effektivität erhöht werden.

Im Mittelpunkt der strategischen Ausrichtung von eVienna stehen:

- Bürgerorientierung
- Unterstützung der Wirtschaft
- Verwaltungsvereinfachung

Dabei soll den BürgerInnen die Möglichkeit geboten werden, auch über das Internet Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Electronic Government (eGovernment) ist ein explizierter Wunsch der BürgerInnen, der für die Förderung des Wirtschaftsstandortes Wien unerlässlich ist. Die Chancen von eGovernment liegen darin, dass

- den BürgerInnen einfach und bequem moderne und kompetente Dienstleistungen angeboten werden,
- den BürgerInnen das Gefühl gegeben wird, nicht nur sehr gut verwaltet zu werden, sondern auch informiert und eingebunden zu sein,
- sich die Stadt Wien der Wirtschaft als professionelle Partnerin präsentiert, mit der die notwendigen Aktivitäten rasch und aufwandschonend abgewickelt werden können,
- es die Wirtschaft als Vorteil empfindet, in dieser Stadt ihren Standort zu haben.

Da bei „eVienna“ ein Lebens- und Problemlagenkonzept zu Grunde liegt, orientiert sich das Leistungsangebot an den Nachfragemustern der BürgerInnen. Durch die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie können die Angebote verschiedener Leistungsanbieter einer bestimmten Problemlage (etwa: Umzug, Ansiedlung eines Unternehmens) als Paket angeboten werden, ohne dass der Bürger merkt, dass sich unterschiedliche öffentliche und private Dienstleister mit der Erledigung seines Auftrags oder seiner Nachfrage befassen und ohne dass viele Wege zu verschiedenen Leistungsanbietern anfallen. In der Konsequenz erlaubt dies auch ein Verändern der Rollen, welche die Verwaltung bei der Erstellung von Leistungen spielen muss. Sie muss nicht alles selbst tun, sondern viel eher die Kooperation verschiedenster Akteure initiieren, fördern und bewerkstelligen. Im Rahmen dieses Schirmprojekts wurden im Jahr 2001 folgende sieben Projekte realisiert:

Bibliothekssystem – Verlängerungen, Vormerkungen

Es wurde ein Onlinekatalog mit Medienkonto im Internet eingerichtet und mittels Leseausweisnummer und einem Passwort wird der Katalogzugriff, die Vormerkung der Medien und die Verlängerung der Ausleihfrist ermöglicht. Die BürgerInnen

können über das Internet in den Bibliothekskatalog Einsicht nehmen, eine Vormerkung durchführen lassen und auch eine Verlängerung der Ausleihfrist erwirken. Damit erspart sich der Bürger die telefonische oder persönliche Vorsprache bei den Bibliotheken und ist auch nicht an deren Öffnungszeiten gebunden.

Gewerberegister – An- und Ummeldung

Gewerbe-Neuanmeldungen und Gewerbe-Ansuchen (bei bewilligungspflichtigen Gewerben) bzw. Änderungsmeldungen zu einem bestehenden Gewerbe konnten bisher im Rahmen eines Pilotprojekts im 1. und 8. Bezirk über das Internet abgewickelt werden. Nunmehr ist dies in ganz Wien möglich.

Bei Änderungsmeldungen erspart sich der Antragsteller jeglichen Behördenweg. Da die Eingabe automatisch an die richtige Stelle geleitet wird, entfällt die zeitaufwändige Suche nach dem zuständigen Amt. Bei Neuanmeldungen wurde die Anzahl der notwendigen persönlichen Vorsprachen auf eine Einzige reduziert, die derzeit aus rechtlichen Gründen noch erforderlich ist. Ein Änderungsvorschlag zur Gesetzesnovelle wurde bereits eingebracht. Der Antragsteller kann darüber hinaus elektronisch den Erledigungsstatus abfragen und sich dadurch persönliche Anfragen ersparen.

Ausländergrunderwerb – Antragstellung und Statusabfrage

Die Anträge auf Grunderwerb für Ausländer können via Internet in elektronischer Form eingebracht werden. Unterlagen wie Grundbuchauszug, Plan des Objekts, Kaufvertrag, Reisepass, zusätzliche Begründungen können in eingescannter Form elektronisch übermittelt werden, womit auch die Frage der Übermittlung von in Papierform vorliegenden Unterlagen gelöst ist. Die verwaltungsinterne Abwicklung erfolgt voll elektronisch. Der Antragsteller erhält bei Antragseinreichung automatisch einen Ordnungsbegriff, mit dem er eine Akteneinsicht über das Internet durchführen kann. Die Bescheiderstellung erfolgt elektronisch.

Durch die elektronische Übermittlung des Antrags ist der Antragsteller nicht mehr an Öffnungszeiten gebunden und es entstehen keine Wartezeiten bei der Behörde. Auch kann er sich über den Erledigungsstatus seines Aktes elektronisch informieren. Eine Download-Möglichkeit des Bescheids ist für die Weiterverarbeitung von Vorteil.

Jugendlichenberatung Online

Im Internet ist eine Webseite mit der Möglichkeit eingerichtet, mit PsychologInnen der MAG ELF per eMail anonym oder mit Preisgabe der Identität in Kontakt zu treten. Jugendliche können sich mit Sorgen (Auseinandersetzung mit den Eltern, Leistungsstress, Schwierigkeiten in der Partnerschaft, Sexualität/Schwangerschaft, Kontaktprobleme und vieles Andere mehr) per eMail an die Talkbox der MAG ELF wenden. PsychologInnen nehmen die Anliegen auf und beantworten sie so rasch wie möglich. Herkömmliche Beratungseinrichtungen werden von den

meisten „Teens“ als uncool taxiert und daher nicht aufgesucht. Fragen, die sie bewegen, werden häufig als peinlich empfunden und daher im direkten Kontakt nicht gestellt, sondern eher verleugnet. Die Talkbox holt Teens dort ab, wo sie sich aufhalten – und das ist das Internet.

Bill Presentment – Elektronisches Bezahlen

Ziel dieses Projekts ist es, den Kunden der Stadt Wien Rechnungen bzw. Zahlscheine elektronisch zu übermitteln. Die Stadt Wien bedient sich dabei eines Services der Postsparkasse: bezahlen.at. Dieses Service ist unabhängig von der Hausbank des Kunden zu nutzen. Die Kunden der Stadt Wien ersparen sich die Wege zur Bank oder zur Stadtkasse und können elektronisch ihre Zahlungsverbindlichkeiten, wie z. B. die Bezahlung eines Kindertagesheimplatzes, erledigen.

Invalidenzone (Behindertenzone) – Antrag

Für die Antragstellung zur Einrichtung von Behindertenzonen sind Upload-Formulare ins Internet gestellt, die ausgefüllt direkt an die zuständige Fachdienststelle übermittelt werden können. Privatpersonen können einen Antrag für eine Halteverbotszone entweder beim Wohnsitz oder beim Arbeitsplatz über das Internet stellen. Firmen, Behörden, Institutionen etc. können Halteverbotszonen beantragen, um damit die Erreichbarkeit der Einrichtung für stark gehbehinderte Personen zu erleichtern. Gleiches gilt für eigene MitarbeiterInnen. Damit ersparen sich die AntragstellerInnen den – mitunter sehr mühsamen – Weg zur Behörde.

Wohnungsansuchen und Mietermitteilungen

Unter den wien.at-Seiten wurde ein Upload-Formular eingerichtet, mit dem die Wohnungssuchenden ihre Wohnungsanmeldung direkt über das Internet an die Stadt Wien – Wiener Wohnen senden können. Damit wird den BürgerInnen die Möglichkeit geboten, sich per Mausklick für eine Gemeindewohnung anzumelden, ohne zu einem Wohnungsberatungszentrum gehen zu müssen. In das Formular sind lediglich die Personaldaten, die Sozialversicherungsnummer und die derzeitige Wohnadresse einzugeben.

Darüber hinaus ist ebenso ein Upload-Formular eingerichtet, wodurch Mitteilungen der MieterInnen mittels Internet an die Stadt Wien – Wiener Wohnen gesendet werden können. MieterInnen von Gemeindewohnungen, von gemieteten Geschäftslokalen der Stadt Wien, etc. können Probleme, Anliegen und Störungen im Zusammenhang mit jenen Objekten, die von Wiener Wohnen verwaltet werden, bequem und rasch per Mausklick über das Internet an die zuständige Stelle schriftlich melden, ohne die zuständige Stelle ausfindig machen zu müssen und Öffnungszeiten zu berücksichtigen.

Strategisches Controlling

Die Einführung des strategischen Controllings im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) soll – insbesondere im Umfeld der verstärkten Dezentralisierung und erhöhten Eigen-

verantwortlichkeit der Dienststellen— eine verbesserte Steuerung der Wirksamkeit des ICT-Einsatzes in den Dienststellen ermöglichen. Komplexität und Umfang der ICT-Anwendungen in der Stadt Wien erfordern dabei den Einsatz (auch wissenschaftlich) fundierter strategischer Methoden. Die klassischen Formen des Berichtswesens (z. B. Finanzkennzahlen, quantitative Kapazitätsplanung) alleine sind für die Steuerung dieses strategisch relevanten Bereichs nicht mehr ausreichend. Für die äußerst stark technologiegeprägten, innovativen Querschnittsaufgaben des ICT-Bereichs ist eine darüber hinausgehende umfassende Darstellung der Gesamtwirksamkeit des ICT-Einsatzes erforderlich. Weiters soll das strategische ICT-Controlling die strategische Steuerung der operativen ICT-Abteilungen selbst, insbesondere in Hinblick auf Effizienz und Effektivität, unterstützen.

Entsprechend dem Konzept für Balanced-Score-Card (BSC) wurden daher für das strategische ICT-Controlling der Stadt Wien, ICT-Vision und Strategie, konkrete ICT-Ziele sowie Maßnahmen zur Zielerreichung und strategische Indikatoren (Kennzahlen) mit den EDV-Abteilungen (MA 14, KAV-EDV) erarbeitet. Die strategischen Ziele werden gruppiert in den Sichten („Perspektiven“), Finanz, KundInnen, interne ICT-Abteilungsprozesse, MitarbeiterInnen und Innovation betrachtet. Nach einem umfassenden Einsatz dieser BSC als Steuerungsinstrument können Abweichungen von den strategischen ICT-Zielen des Magistrats wesentlich früher erkannt werden und es kann dementsprechend gegengesteuert werden. Damit ist sowohl eine gezieltere Wirksamkeit der ICT-Investitionen als auch eine verbesserte Effizienz des Mitteleinsatzes zu erwarten. Strategische Kennzahlen und Indikatoren für eine BSC sollen zweckmäßigerweise in Jahres- bzw. höchstens in Quartalsintervallen herangezogen werden. Die Implementierung der BSC ist daher ein längerfristig und nachhaltig wirksamer strategischer Prozess.

Im Zusammenwirken mit der Magistratsdirektion-Betriebswirtschaft und Controlling und ausgewählten Fachdienststellen wurden von der MDI Software-Tools für eine rasche Implementierung einer Balanced-Score-Card als Controlling- und Berichtsinstrument auch für das Kontraktmanagement und Qualitätsmanagement ausgetestet und eine entsprechende Ausschreibung mit dem Ziel eines umfassenden Einsatzes im Magistrat ab dem Jahr 2002 vorbereitet.

TeleCities

TeleCities ist ein offenes Netzwerk von europäischen Städten mit dem Ziel der konzertierten urbanen Entwicklung durch Telematik. Die Stadt Wien stellte sich bei der Generalversammlung des EU-Telematik-Netzwerks TeleCities am 10. Dezember 2001 statutengemäß der Bestätigung der Fortführung ihrer Präsidentschaft für das Jahr 2002. Wien wurde einstimmig in der Funktion der Präsidentschaft bestätigt, die weiterhin von Frau Ingrid Götzl, MDI, wahrgenommen wird. Herr Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker ist gemäß der Entscheidung des Herrn Bürgermeisters politischer Repräsentant der Stadt Wien.

In Verfolgung des von der Stadt Wien für die Präsi-

dentschaft gewählten Mottos „Zusammenarbeit und sozialer Zusammenhalt“ und den strategischen Zielen

- Forcierung von eGovernment mit besonderer Betonung einer „Digital Include Society“
- Stärkung von TeleCities als ICT-Repräsentant der Städte gegenüber den Institutionen der EU
- Intensivierung der Kooperation der europäischen Städte unter Forcierung der Zusammenarbeit mit Städten aus den Beitrittswerber-Ländern

konnte TeleCities das Jahr 2001 mit einer sehr positiven Erfolgsbilanz abschließen, die anhand einiger ausgewählter Punkte demonstriert wird:

- Auf Initiative von TeleCities und gefördert von der Europäischen Kommission wurde eine Kooperation mit Elanet und Eris@ begründet (Elanet als das Telematik-Netzwerk von RGRE, dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas, umfasst 42 nationale Verbände mit einer Gesamtzahl von über 100.000 lokalen und regionalen Behörden aus 29 Ländern; Eris@, die European Region Information Society @ssociation, ist ein Verbund, der sich aus 35 europäischen Regionen mit einer Gesamtbevölkerung von insgesamt 75 Mio. Einwohnern zusammensetzt). Ziel dieser Zusammenarbeit ist neben der besseren Nutzung eingesetzter Ressourcen primär die Stärkung der Position der Städte, Gemeinden und Regionen bei Themen der Informationsgesellschaft, weiters eine deutlichere Fokussierung des 6. Rahmenprogramms auf die Bedürfnisse der Städte und Regionen.
- TeleCities wurde von der Europäischen Kommission eingeladen, einen dauerhaften Konsultationsprozess aufzubauen und ständige Beratungsgespräche zu priorisierten Themen der Informationsgesellschaft abzuhalten. Ferner wurde TeleCities von der Kommission in die Vorbereitung des 6. Rahmenprogramms eingebunden.
- Die Stadt Wien war durch Frau Götzl in ihrer Funktion als TeleCities-Präsidentin in die eGovernment-Konferenz „From Policy to Practice“, die von der Europäischen Kommission veranstaltet worden ist, direkt involviert, und zwar sowohl in die inhaltliche Planung und Vorbereitung der Konferenz als auch in die Evaluierung der knapp 300 eingereichten eGovernment-Projekte.
- Mit 6 Projekten in der Finalrunde dieser bislang bedeutsamsten europäischen eGovernment-Konferenz wurde Österreich zum erfolgreichsten Land Europas. Wien war die einzige Stadt, die mit zwei konkreten eGovernment-Geschäftsfällen, dem „Zentralen Bürgeranliegen-Management“ (Magistratsdirektion-Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen und MA 55) und dem „Ausländergrunderwerb“ (MA 20), in die Endrunde vorstoßen konnte. Damit liegt Wien hinsichtlich vorbildhafter eGovernment-Anwendungen an der Spitze Europas.
- Auf eine Intensivierung der Kontakte zu Städten aus den Beitrittswerber-Ländern wurde besonderer Wert gelegt: So sind auf aktives Betreiben der TeleCities-Präsidentin erstmals die

Städte aus den Beitrittswerber-Ländern durch einen Beobachter im Lenkungsgremium von TeleCities repräsentiert. Bei Konferenzen nationaler Städtenetzwerke in Tschechien, Polen, Estland, etc. unterstrich die aktive Mitwirkung der Präsidentin die Bedeutung einer nutzbringenden Zusammenarbeit der Städte sowohl mit TeleCities als auch mit der Stadt Wien. Mit der Stadt Gdansk wurde für das Jahr 2002 eine TeleCities-Konferenz in Gdansk vereinbart, die unter Teilnahme der Europäischen Kommission stattfinden wird. Die Stadt Wien hat beschlossen, dort als offizieller Sponsor in Erscheinung zu treten und damit einen symbolhaften und doch sehr greifbaren Beitrag Wiens auf dem Weg zur EU-Erweiterung zu leisten.

- Als TeleCities-Präsidentin wurde und wird die Stadt Wien immer wieder bei hochrangigen internationalen Veranstaltungen als Sprecherin eingeladen. Beim „Global Forum 2001“ in Neapel unter Patronanz der UNO und der Europäischen Kommission, bei „Digital Cities“ in Japan unter Patronanz der Universität von Kyoto, bei der Konferenz „Internet in the Public Administration (ISSS)“ in Hradec Kralové (Tschechien) und bei der „Annual Conference of the Major Cities of Europe“ in Triest wurde das Electronic-Government-Projekt der Stadt Wien „eVienna“ präsentiert. Bei der 5. Konferenz der „Cities on Internet“ in Zakopane (Polen) wie auch im Rahmen der „Contemporary Solutions in Capital Cities' Governance“-Konferenz in Tallinn (Estland) stellte Wien sowohl das Electronic-Government-Projekt „eVienna“ als auch das TeleCities-Netzwerk „as a stepping stone to eEurope“ vor.

Dadurch konnte Wien seinen Ruf als aktive, lebenswerte Stadt mit einer exzellenten Verwaltung und hochmoderner Infrastruktur weiter ausbauen. Neben den Erfolgen für das Netzwerk TeleCities konnte Wien auch seine, mit der Präsidentschaft verbundenen Ziele realisieren:

- Wesentliche Signale zur Entwicklung der Informationsgesellschaft geben und zu grundsätzlichen Themen direkte Kooperationen mit Entscheidungsträgern anderer Städte eingehen
- die Leistungen der Stadtverwaltung verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stellen und ihre Qualität europaweit demonstrieren
- sich als Stadt mit einer ausgezeichneten technologischen Infrastruktur, sehr gut qualifizierten Fachkräften, einem weiträumigen Verkehrsnetz und hervorragenden sozialen Randbedingungen darstellen.

In der Halbzeit ihrer TeleCities-Präsidentschaft kann daher die Stadt Wien bereits einen deutlichen Nutzen durch den Image-Gewinn als Stadt und die Präsentation als effizienter Wirtschaftsstandort lukrieren.

Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Am 8. November 2000 hat die Landesamtsdirektorenkonferenz eine aus Vertretern aller Länder bestehende Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Wien be-

auftragt, eine länderübergreifende, gemeinsame und abgestimmte Vorgangsweise im Bereich Electronic Government zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe konstituierte sich am 14. Februar 2001 und nahm ihre Tätigkeit auf, wobei eine rechtliche sowie eine technische Unterarbeitsgruppe eingerichtet wurde.

Rechtliche Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe hat Vorschläge zu den Entwürfen einer Verwaltungsverfahrensnovelle 2001 sowie eines Verwaltungsreformgesetzes mit den erforderlichen Regelungen für den elektronischen Akt ausgearbeitet, welchen im Verwaltungsreformgesetz weitgehend Rechnung getragen worden ist. Die Vorschläge betrafen

- die Einrichtung eines Zustellervers im Zustellgesetz 1982
- die Gleichstellung der Beweiskraft eingescannter Beilagen mit Papierunterlagen
- den Entfall der Unterschriften von VerhandlungsleiterInnen und Beteiligten bei elektronischen Niederschriften
- die Ermöglichung der Akteneinsicht übers Internet
- die Zulässigkeit der Übermittlung von schriftlichen Erledigungen im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise, wenn die Partei dieser Übermittlungsart ausdrücklich und unabhängig davon, wie der Antrag eingebracht worden ist, zugestimmt hat.

Der Vorschlag betreffend die „Vermeidung der Einbringung von Anträgen an nicht kundgemachte eMail-Adressen der Behörde“ wurde noch nicht übernommen.

Ferner wurde von der Arbeitsgruppe das Thema Personenidentifikation/Verfahrensidentifikation behandelt, wobei die Notwendigkeit und der Nutzen einer Personenidentifikation sowie die Varianten für die Realisierung in einem Konzept dem Datenschutzrat dargestellt wurde. Weitere Themen der rechtlichen Arbeitsgruppe waren One Stop Government sowie das Projekt Bürgerkarte.

Technische Arbeitsgruppe

In der technischen Arbeitsgruppe „eGovernment“ wurde zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ein allgemein gültiges Kommunikationsprinzip vereinbart, bei der eine Organisation, die über die Datenbestände und Funktionen verfügt, anderen Organisationen den Zugriff auf diese Datenbestände und Funktionen im Rahmen derer Verwaltungstätigkeit auf Grund einer gesetzlichen Regelung ermöglicht. Die Organisation, für die der Zugriff berechtigt wurde, regelt im Innenverhältnis, wer über diesen Zugriff verfügen muss.

Die Länderarbeitsgruppe „eGovernment“ legte der Landeshauptmännerkonferenz einen Bericht über ihre Tätigkeit vor, den diese in ihrer Tagung am 23. Oktober 2001 zustimmend zur Kenntnis nahm. Die Landeshauptmännerkonferenz beauftragte sodann die Arbeitsgruppe, ihre Tätigkeit fortzusetzen, Ab-

stimmungserfordernisse zwischen den Gebietskörperschaften vorzubereiten und nötigenfalls der Landesamtsdirektorenkonferenz zu berichten. Weiters sollen Vorschläge des Berichts an den Bund und an die Gemeindebünde herangetragen werden.

Euro-Umstellung

Im Rahmen des magistratsweiten Euro-Umstellungsprojekts (Euro-Projektleitung: Bereichsdirektor Dr. Nussgruber) koordiniert die MDI in der Arbeitsgruppe EDV die EDV-mäßigen Umstellungsarbeiten der EDV-Abteilungen seit 1997. Nachdem bereits laufend Software-Adaptionen durchgeführt und neue Versionen eingesetzt worden waren, lag 2001 eine wesentliche Aufgabe in der Fertigstellung der bis 31. Dezember 2001 notwendigen Programmänderungen und die Planung des Umstellungsbetriebs im Rechenzentrum für den Jahreswechsel 2001/2002. Bis Jahresende 2001 waren die Arbeiten qualitativ korrekt und termingerecht durchgeführt worden. Die Planung der Umbau-, Rückbau- und Abschlussarbeiten im Jahr 2002 stellte einen weiteren wichtigen Meilenstein in der Euro-Umstellung dar.

Gesundheitsverbund Wien - Gesundheitsnetz Donaustadt

Im Jahr 2001 wurde das Projekt Gesundheitsnetz Donaustadt, mit dem Ziel, Erfahrungen im Bereich der elektronischen Kommunikation zwischen den Spitälern, niedergelassenen Ärzten und sozialen Diensten für einen Wien-weiten Einsatz zu gewinnen, abgeschlossen. Zu den wesentlichen Erfahrungen zählt, dass der Patientenbrief und der Pflegebericht (im Falle einer Nachbetreuung) zum Zeitpunkt der Spitalsentlassung elektronisch vorliegen sollten und dass die Arztbriefe anstatt einer aktiven elektronischen Übermittlung für eine elektronische Abholung durch den befugten niedergelassenen Arzt bereitgestellt werden sollten. Damit wird ermöglicht, dass sich der Patient nicht zum Zeitpunkt seiner Spitalsentlassung für einen bestimmten niedergelassenen Arzt zu entscheiden braucht. Jener Arzt, den der Patient für seine Nachbehandlung aufsucht, kann auf den Patientenbrief elektronisch zugreifen. Der elektronische Pflegebericht sollte vom Spital an die MA 47 (Betreuung zu Hause) weiterhin elektronisch übermittelt werden. Auf Grund dieser Erfahrungen wird ein Roll-out-Konzept für den Wiener Krankenanstaltenverbund erstellt.

„Wiener Ärzte ans Netz“

Das Ziel dieser Initiative zwischen der Wiener Gebietskrankenkasse, der Wiener Ärztekammer und der Stadt Wien ist es, die Erhöhung der EDV-Ausstattung der niedergelassenen Ärzte in Wien im Hinblick auf den Einsatz der Chipkarte, auf die Verschreibeoökonomie der Medikamente und der Abrechnung der Leistungen der niedergelassenen Ärzte zu bewirken. Der Nutzen für die PatientInnen liegt in der Verfügbarkeit der jeweils aktuellen medizinischen Patientendaten für die Behandlung. Im Jahr 2001 wurde zwischen den Beteiligten ein Vertrag unterzeichnet, der die einzelnen Beiträge für das Projekt regelt. Das Projekt soll im Jahr 2002 starten und

solange laufen, bis 1.000 zusätzliche Arztordinationen in der Region Wien über einen Zugang zum Wiener Gesundheitsnetz verfügen, maximal aber zwei Jahre.

Telearbeit

Im Jahr 2001 wurde das Versuchsprojekt „Telearbeit im Magistrat der Stadt Wien“ fortgesetzt, bei dem insgesamt 85 Personen teilnehmen. Ziel des Projekts ist es festzustellen, ob Telearbeit eine mögliche Standardarbeitsform im Magistrat der Stadt Wien werden soll. Die Stadt Wien erwartet sich vom Pilotversuch Antwort auf einige Fragen:

- Kann Telearbeit im Magistrat funktionieren?
- Wenn ja, unter welchen Umständen funktioniert Telearbeit im Magistrat?
- Welchen Nutzen hat die Telearbeit für den Magistrat?

Im Jahr 2001 wurden mehrere Treffen zwischen Projektkoordinatorin, TelearbeiterInnen, Vorgesetzten und der wissenschaftlichen Projektbegleitung der Technischen Universität (TU) Wien organisiert und durchgeführt. Die Vorarbeiten für den Abschlussbericht wurden seitens der Projektkoordination und der TU Wien in Angriff genommen.

Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion (MD-BD)

Im Berichtsjahr erfolgte im Zuge der Neustrukturierung der Magistratsdirektion die **Schaffung des Geschäftsbereichs Bauten und Technik**. Der Stadtbaudirektor ist Leiter dieses Geschäftsbereichs sowie gleichzeitig Leiter der Stadtbaudirektion, einer Stabstelle der Magistratsdirektion. Darüber hinaus wurden in der MD-BD Umstrukturierungen durchgeführt, wobei anstelle der bestehenden 7 Dezernate nunmehr 3 Dezernate eingerichtet und zusätzlich zu den bestehenden Geschäftsstellen die Geschäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung, die Geschäftsstelle Auftragswesen, die Geschäftsstelle Landesforstinspektion und die Leitstelle alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen geschaffen wurden. Zur Sicherstellung der Kooperation und Koordination im technischen Bereich sind weiters 14 Erlässe an die technischen Dienststellen ergangen sowie insgesamt 6 Projektkoordinatoren bestellt worden.

Als Vertreter der Stadt Wien wirkte der Stadtbaudirektor in einem vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bestellten Expertenarbeitskreis zur Generalverkehrsplanung mit, wobei der Abschluss der Arbeiten mit Ende des Berichtsjahres erfolgte.

Weiters ist der Stadtbaudirektor Vertreter Wiens bei den Verhandlungen bezüglich der **Verlängerung der Bundesstraßen** sowie bei Verhandlungen mit der ÖBB. Diesbezügliche Verhandlungen haben zum Abschluss eines Vertrages geführt, der die Lärmschutzmaßnahmen entlang von Bestandsstrecken der ÖBB zum Inhalt hat und es wurde dazu in weiterer Folge ein Lenkungsausschuss unter Vorsitz des Stadtbaudirektors installiert. In diesem Zusammenhang werden für die Stadt Wien relevante Projekte, wie z. B.

Grundstückstransaktionen, Entwicklung des Westbahnhofs, Hauptbahnhof Wien sowie diverse Festlegungen betreffend den Ausbau der Schnellbahnlinien S 7 und S 80 behandelt.

Der Stadtbaudirektor hat des Weiteren an der Landesbaudirektorenkonferenz in Alpbach sowie als Vorsitzender des Fachausschusses für Bauangelegenheiten des Österreichischen Städtebundes an der Frühjahrs- und Herbstsitzung teilgenommen.

Die MD-BD hat im Rahmen des **Kontraktmanagements** beratende und steuernde Funktionen wahrgenommen. Die Gruppe Hochbau und Haustechnik wirkte bei der Erstellung des Leistungskontraktes für die MA 25 mit, leistete wertvolle Basisarbeiten für die künftige Entwicklung des WIM (Wiener Immobilien Management) durch Ausarbeitung bzw. Erstellung eines Leitbildes, Zielsetzungen, Produkt- und Leistungskatalog, Erhebung der Anspruchs- und Interessentengruppen, der Ressourcen etc. und fungierte als Controller betreffend die Kontrakte der Magistratsabteilungen 24 und 39. Die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik wirkte bei der Kontrakterstellung für die Magistratsabteilungen 22 und 42 sowie bei der Weiterentwicklung der Kontrakte der Magistratsabteilungen 36 und 49 mit. Die Gruppe hat auch am Aufbau des Berichtswesens mitgearbeitet und als Controllingstelle die Erfüllung der abgeschlossenen Kontrakte durch die Magistratsabteilungen 36 und 49 überprüft. Die Gruppe Tiefbau und Verkehr hat bei der Aushandlung der Kontrakte für die Magistratsabteilungen 29 und 31 mitgewirkt sowie das Controlling samt dem dazugehörigen Berichtswesen für den Kontrakt 2001 der Magistratsabteilung 29 vorgenommen.

Im Rahmen der in der **Geschäftsstelle Kommissionen des Stadtbaudirektors** eingerichteten **ständigen Projektkommission des Stadtbaudirektors**, die unter Vorsitz des Stadtbaudirektors zusammentritt, wurden u. a. folgende Projekte behandelt:

- Kostenmanagement im Wirkungsbereich der MD-BD, Gruppe Hochbau
- Der Cable Liner – Ergänzendes öffentliches Verkehrsmittel

Darüber hinaus wurde die Abwicklung der Arbeiten und Sitzungen der Fachkommission „Infrastruktur“ und der „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements“ (KOG) koordiniert.

In den Arbeitssitzungen der **Infrastrukturkommission (ISK)** wurden, unter dem Vorsitz des Stadtbaudirektors, unter anderem 34 neue Wohnbauprojekte (2.817 Wohneinheiten (WE)) einer Bewertung, vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur, unterzogen. Damit wurden seit der Konstituierung der ISK 421 Projekte (113.749 WE) behandelt. Mit Stand 4. Jänner 2002 sind davon 182 Bauvorhaben (47.509 WE) fertig gestellt und 54 Projekte (11.420 WE) befinden sich derzeit in der Realisierungsphase.

In den **Arbeitssitzungen der KOG** wurden unter dem Vorsitz des Stadtbaudirektors 399 möglich erschei-

nende Betriebsflächen (1.127,65 ha) einer Bewertung unterzogen. 34 Flächen (73,00 ha), die nicht mehr als Betriebsflächenpotential zur Verfügung standen, wurden aus der Liste der KOG herausgenommen. Somit verblieb ein Betriebsflächenpotential von 365 Flächen (1.054,65 ha). Davon wurden 25 Flächen (55,12 ha) einer betrieblichen Nutzung zugeführt. Bei 38 Flächen (87,21 ha) ist derzeit die Umsetzung im Gange.

Mit Stand 31. Dezember 2001 stehen für eine kurzfristige Umsetzung (5 Jahre) 142 Flächen (341,05 ha), für eine mittelfristige Umsetzung (10 Jahre) 104 Flächen (302,14 ha) und für eine langfristige Umsetzung (mehr als 10 Jahre) 32 Flächen (198,81 ha) als Betriebsflächenpotential zur Verfügung.

Die **Projektleitstelle** befasste sich unter anderem mit der Abwicklung von Bauprojekten in Stadtentwicklungsgebieten mit der Koordination der vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektverantwortlichen und der Mitwirkung bei der Bereitstellung der Ressourcen für die Projektabwicklungen. Daneben wurden verschiedene Sonderprojekte betreut:

- In dem aus Mitteln der Europäischen Kommission im Rahmen des Umweltprogramms „Life“ geförderten Projekt „**RUMBA – Richtlinien für eine umweltfreundliche Baustellenabwicklung**“ sollen in einem kooperativen Verfahren mit den wesentlichen Akteuren der Baubranche Rahmenbedingungen für eine umweltorientierte Baustellenlogistik erstellt werden. Gleichzeitig werden mit den Projektpartnern Mischek Bau AG, ÖKOTECHNA Entsorgungs- und Umwelttechnik GesmbH und Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds drei Demonstrationsvorhaben durchgeführt, die einerseits praktische Erfahrungen an Hand von Musterbaustellen und andererseits den Nachweis der Machbarkeit erbringen sollen. Erprobt werden hierbei die Verlagerung von Baustellenverkehr „von der Straße auf die Schiene“, Verringerung des Mischmaterials bei den Baustellenabfällen, Reduzierung von Staub- und Lärmbelastung, Einsatz von Photovoltaik für den stationären Energieverbrauch auf der Baustelle sowie Innovation bei der Materialauswahl (life cycle assessment).
- Im Berichtsjahr wurde das **Projekt Judenplatz** finanziell abgeschlossen.
- Das **Projekt „einfach-mehrfach“**, welches auf die Knappheit städtischer Freiräume für Jugendliche reagiert, wurde infolge seines nunmehr überwiegend operativen Charakters mit Jahresende in die MA 18 verlegt.

Der Aufgabenbereich der **Gruppe Hochbau und Haustechnik** umfasste die Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen für 20 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund EUR 83.210.000. An Projektbesprechungen im städtischen Wohnbau, der Planungskommission der Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien sowie der Schulraumkommission wurde beurteilend teilgenommen. Koordinierende Tätigkeiten waren sowohl bei der

Erstellung von Bauprogrammen für den Wohnhausbestand der Gemeinde Wien im Einvernehmen mit Stadt Wien - Wiener Wohnen als auch bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für bedeutende oder dienststellenübergreifende Probleme erforderlich. Insbesondere sind hier Maßnahmen für das zu errichtende Wohnheim Siemensstraße, die koordinierende Tätigkeit für das Projekt Judenplatz, die Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben für die Projektteile der Stadt Wien beim Museumsquartier sowie die Sanierung der Kirche am Steinhof und die Bemühungen im Zusammenhang mit der Vermietung und Nutzbarmachung des ehemaligen Verbindungsstückes U4/U6 zu nennen.

Weiters wurde ein Verein für die Erhaltung und Revitalisierung des Schlosses Neugebäude gegründet. In Zusammenarbeit mit der Stadtplanung wurden Grundlagen für die künftige Nutzung und den Verkauf der „Stadt des Kindes“ durch einen öffentlichen Wettbewerb erarbeitet.

Im Rahmen der Koordinierung und Steuerung des **Schulbauprogramms 2000** wurden weitere zwei weitere Neubauten fertig gestellt und Schulerweiterungen in Form von Zu- und Dachgeschoßausbauten übergeben. Für zwei weitere Schulbauten, welche in den nächsten zwei Jahren realisiert werden sollen, wurden Wirtschaftlichkeitsbesprechungen abgehalten. Im parallel verlaufenden Generalsanierungsprogramm konnten weitere neun Schulen fertig gestellt werden. Hervorzuheben ist die Verleihung des Bauherrenpreises an die Stadt Wien für die Erweiterung der Schule in Wien 22., Natorpgasse 1. Im parallel verlaufenden Generalsanierungsprogramm konnten weitere sieben Schulen fertig gestellt werden.

Die Gruppe ist auch an der Mitgestaltung, Entwicklung und Begleitung der Bauträgerwettbewerbe für Wohnbauvorhaben als Mitglied im Grundstücksbeirat beteiligt. Als Jurymitglied bei Planungswettbewerben und Gutachterverfahren zum Schulbau- und Wohnbauprogramm sowie für Kindertagesheime und sonstige Nutzbauten wird die Aufgabe der aktiven Mitwirkung bei der Umsetzung der Ziele der Stadtplanung ergänzt.

Die Entwicklung qualitätssichernder Maßnahmen in der Bauabwicklung wurde fortgesetzt, wobei u. a. das EDV-Programm „Kostenmanagement“ entwickelt wurde, welches über das Intranet abrufbar ist.

Im Rahmen des Aufgabengebietes der **Gruppe Tiefbau und Verkehr** und der damit verbundenen Tätigkeiten wurden im Wesentlichen Angelegenheiten, die den Bau, die Erhaltung sowie die Verwaltung von Straßen und Verkehrsbauwerken, die Kanalisation, die Wasserversorgung, die öffentliche Beleuchtung und die Verkehrsorganisation betreffen, durchgeführt. Dabei erfolgten, wie im vergangenen Jahr, die Koordinierung der Baumaßnahmen im Straßenbereich in Bezug auf eine Minimierung der Bauzeiten sowie auf eine möglichst umfassende Information der Bevölkerung über die Baumaßnahmen und den damit verbundenen Beeinträchtigungen sowie die Vorbereitung und Durch-

führung der Wirtschaftlichkeitsbesprechungen für Projekte der gruppenzugehörigen Magistratsabteilungen. Im Jahr 2001 sind 32 Vorhaben mit einem Gesamtrahmen von ca. EUR 79,285 Mio. nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten positiv beurteilt worden.

Einen hohen Stellenwert im Rahmen der Bewältigung der Aufgaben der Gruppe Tiefbau und Verkehr hatte wie bisher die Erarbeitung von Berichten, Stellungnahmen und Antwortentwürfen, vorwiegend für die politische Ebene betreffend Angelegenheiten des Tiefbaus und insbesondere des Verkehrs.

Wie in den vergangenen Jahren war auch im Berichtsjahr die Mitwirkung bei der Budgetplanung (Bund, Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs AG, Land, Bezirk) der zur Gruppe gehörigen Magistratsabteilungen ein wichtiges Betätigungsfeld. Hinzugekommen ist die Mitwirkung an den umfangreichen Vorbereitungen für die für 2002 vorgesehene „**Verlängerung**“ der **Bundesstraßen**.

Neben Koordinierungstätigkeiten im Zusammenhang mit Vorhaben der Österreichischen Bundesbahnen und der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG (Flughafenschnellbahn S 7, Schalltechnische Sanierung der Bahnstrecken in Wien, Lainzer Tunnel etc.) ist auch die Mitwirkung der Gruppe bei der Gestaltung der Förderungsbedingungen im **Arbeitskreis „Siedlungswasserwirtschaft“** des Bundes und der Länder hervorzuheben.

Die im Weiteren angeführten Tätigkeiten waren bis 30. Juni 2001 im ehemaligen Dezernat 1 angesiedelt und sind in der Folge der Umstrukturierung der MD-BD ab 1. Juli 2001 an die Gruppe Tiefbau und Verkehr übergegangen.

In den Stadterweiterungsgebieten (ca. 6.503 Wohneinheiten) wurden im Berichtsjahr entsprechend den politischen Zielsetzungen die Planung und Umsetzung der technischen Infrastrukturmaßnahmen einschließlich der Budgetvorsorge entsprechend koordiniert, d. h. dass zum Zeitpunkt der Besiedelung der Wohnungen die öffentliche Ver- und Entsorgung sowie die Straßen vollständig zur Verfügung stehen. In vierteljährlich anberaumten Besprechungen wurde die zweckgebundene Verwendung der Budgetansätze kontrolliert. Für künftige Stadterweiterungsprojekte wurde der fehlende Infrastrukturbedarf erhoben und alle Maßnahmen für die Errichtung öffentlich gewidmeter Verkehrsflächen koordiniert.

Die **Überplattung der Autobahn A 23 – Südosttangente** auf ca. 200 m (Absbergtunnel) im 10. Bezirk wurde Anfang Mai 2001 begonnen – die voraussichtliche Fertigstellung erfolgt Ende November 2002. Eines der wesentlichsten Projekte, und zwar die **Wohnhausanlage 11., „Gasometer Simmering“** konnte mit 30. August 2001 abgeschlossen werden. Weiters wurde für die zu realisierenden Stadterweiterungsgebiete die Koordination des Bedarfs und Verfolgung des zeitlichen Ablaufs des Grunderwerbs für gewidmete Verkehrsflächen unter Beiziehung der Rechtsdienststellen in gesonderten Besprechungen durchgeführt.

Für die Standortüberlegungen zu „**Wohnen im Grünen**“ wurden 21 Projekte kostenmäßig perlustriert und eine Neubewertung vorgenommen. Für die Infrastrukturkommission wurde der Anteil der technischen Aufschließung für 34 Stadtentwicklungsprojekte (ca. 2.817 Wohneinheiten) bearbeitet – weitere 46 Wohnbauprojekte mit 9.451 Wohneinheiten befinden sich in der Realisierungsphase.

Über die weitere „**städtebauliche Entwicklung des Nordbahnhofgeländes**“ sowie die Abstimmung des erforderlichen Planungsablaufs in Abhängigkeit zu den Vertragsverhandlungen über die Grundstücke für Schule und Park wurden intensive Gespräche mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) geführt. Ein Konzept für einen Vertrag zwischen den ÖBB und der Stadt Wien ist derzeit in Ausarbeitung. Zur Erstellung eines generellen Straßenprojektes für die Erschließung der Gesamtfläche wurde ein Planungsbüro extern beauftragt.

Im Bereich „**Wien Mitte**“ wurde mit dem Bau des City Towers Vienna an der Marxergasse und dem Umbau der Schnellbahnstation begonnen.

Der Spatenstich für die geplante **Bundesstraße 301** hat am 25. Oktober 2001 stattgefunden. Die Erfordernisse Wiens für die Anschlussstellen konnten abgeklärt werden.

Die Voraussetzungen für eine weitere Verbauung im Bereich der **Donau-City** konnten abgeklärt und mit dem Bau auf dieser Fläche bereits begonnen werden.

Die **Gruppe Planung** war verantwortlich für die inhaltliche und organisatorische Koordination der Vorbereitungsarbeiten für die aus verwaltungsökonomischen Gründen erfolgte Zusammenlegung der drei Stadtteilplanungs- und Flächennutzungsabteilungen (MA 21A, MA 21B, MA 21C) auf zwei Abteilungen mit 1. Jänner 2002.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gruppe Planung im Sinne der strategischen Steuerung war die Vorbereitung und Einleitung der Koordinationstätigkeit des im Jahr 2000 fertig gestellten „**Strategieplans für Wien**“ mit dem Titel „Qualität verpflichtet – Innovation für Wien“. Der Strategieplan umfasst 33 Projekte und legt die strategischen Ziele für die Entwicklung Wiens in den nächsten 10 bis 20 Jahren fest, behandelt Themen wie die Rolle Wiens in Europa, in einer zukünftig grenzüberschreitenden Europaregion, die Profilierung Wiens als Wirtschaftsstandort sowie die Weiterentwicklung Wiens als Stadt des Ausgleichs, als Stadt mit hoher Lebens- und Erlebnisqualität und des Zentrums des Wissens und der Kultur. Im Oktober 2001 wurde eine Koordinationsstelle unter Leitung des Bereichsdirektors für Stadtplanung eingerichtet, welche die sukzessive Umsetzung der im Strategieplan definierten strategischen Projekte in den nächsten drei Jahren vorantreiben soll. In den Umsetzungsprozess sind VertreterInnen aller Geschäftsgruppen eingebunden.

Unter Mitwirkung der Gruppe Planung wurde ein Entwurf zu einem „**Hochhauskonzept für Wien**“

erarbeitet, in dem Richtlinien und Kriterien enthalten sind, die künftig für die Errichtung von Hochhäusern in Wien gelten sollen. Dieser Entwurf soll 2002 einem politischen Beschluss zugeführt werden.

Weiters nahm die Gruppe Planung eine koordinierende Rolle im Zusammenhang mit der städtebaulichen Weiterentwicklung von maßgeblichen Bahnhofsarealen und -projekten ein. Dies betrifft beispielsweise den projektierten **Hauptbahnhof Wien** (neuer zentrumsnaher Durchgangsbahnhof mit Fern- und Nahverkehrsteil im Bereich des derzeitigen Süd- bzw. Ostbahnhofes) sowie das Areal des Westbahnhofs und den Bahnhof Wien Nord. Für die beiden letztgenannten wurden gemeinsam mit den ÖBB städtebauliche Wettbewerbe vorbereitet bzw. eingeleitet.

Mitte 2001 nahm unter Vorsitz des Gruppenleiters die neue „**Kommission für Parkraummanagement**“, in der – unter Mitwirkung sämtlicher Bezirksvorstehungen – weiterführende Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumsituation in Wien beraten werden sollen, ihre Arbeit auf.

Mit den Ländern Niederösterreich und Burgenland wurde ein Forderungskatalog bezüglich des weiteren Ausbaues der Eisenbahninfrastruktur in der Region Wien erarbeitet.

Unter Mitwirkung der Gruppe Planung wurde das Verfahren „**Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nord-Osten Wiens**“ („SUPer NOW“) mit dem Ziel verschiedene Szenarien einer umweltverträglichen und nachhaltigen Raum- und Verkehrsentwicklung im 21. und 22. Bezirk zu entwickeln und hinsichtlich ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen zu untersuchen und zu vergleichen, im Oktober 2001 gestartet.

Darüber hinaus wurde im Jänner 2001 das „**Mediationsverfahren Flughafen Wien**“ gestartet. Gegenstand dieses Verfahrens sind die gegenwärtigen Auswirkungen des Flughafens Wien, sowie dessen wesentliche umweltrelevanten Projekte und Ausbauvorhaben und deren Auswirkungen. In einem fairen Verfahren sollen einvernehmliche Lösungen erarbeitet werden, die zum Ziel haben, die Belastung durch den Flugverkehr für die betroffene Bevölkerung akzeptabel zu gestalten. Die Gruppe Planung vertritt in diesem Mediationsverfahren die Interessen des Landes Wiens.

Die **Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik** hat im Zuge der Koordination der Magistratsabteilungen 36 und 37 die einheitliche Handhabung der bau- und gewerberechtlichen sowie der feuerpolizeilichen Vorschriften sichergestellt. Sie hat auch Entscheidungen der Bauoberbehörde hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf baubehördliche Verfahren überprüft und dazu eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der wesentlichsten Bauoberbehördenentscheidungen und Erstellung einer Wissensdatenbank in der Magistratsabteilung 37 geleitet. In Arbeitsgesprächen „**Baubehörde - Planung**“ wurden Bauansuchen, die den

Bebauungsbestimmungen nicht vollständig entsprechen, sowie Großbauvorhaben und besonders schwierige Bauvorhaben erörtert und einer Entscheidung zugeführt. Die Gruppe hatte auch die Federführung bei Koordinationsgesprächen der Baubehörde mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten sowie mit der Wirtschaftskammer Wien - Landesinnung Wien der Baugewerbe. Mitarbeiter der Gruppe haben als Vertreter der Stadt Wien im Vorstand bzw. als Bauordnungsexperte im Österreichischen Institut für Bautechnik mitgewirkt.

Im Rahmen der Koordination der umwelttechnischen Magistratsabteilungen 42, 45, 48 und 49 hat die Gruppe dafür Sorge getragen, dass Maßnahmen und Projekte nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Mitgewirkt wurde insbesondere bei der technischen und budgetären Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal, bei der Forcierung der Altlastsicherungsprojekte „Siebenhirten“, „Lobau“ und „Mobil“, bei der Erneuerung von betrieblichen Einrichtungen der Dienststellen, bei der Gewässervernetzung Lobau-Donau, bei der Beratung von Entsorgungsproblemen, bei Altlastenerkundungs- und Sanierungsfragen, bei der Realisierung eines Abfallwirtschaftsplans, bei Fragen der Kompostierung und bei Fragen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Sicherstellung des Wiener Trinkwasserhaushalts sowie beim Projekt „Ökokauf“. Mitarbeiter der Gruppe haben als Vertreter der Stadt Wien im Vorstand des Österreichischen Baustoff-Recycling Verbandes mitgewirkt.

Die Gruppe hat auch an Sitzungen des Kontrollausschusses und der Gemeinderatsausschüsse Umwelt bzw. Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung teilgenommen, und die jeweiligen amtsführenden Stadträte in Fachfragen der Umwelttechnik, Gewerbeteknik und der Baubehörde beraten.

Weiters hat die Gruppe die Koordination der Kommission zur Beratung der grundstücksverwaltenden Dienststellen hinsichtlich der Eignung städtischer Objekte für die Errichtung von Mobilfunksendeanlagen, deren Vorsitzender der Herr Stadtbaudirektor ist, übernommen.

Der Aufgabenbereich des **Dezernats 1** umfasst die allgemeinen und EU-Angelegenheiten sowie die technische Fachaufsicht und das Prüfungswesen. Betreffend den Themenkreis „Europäische Union“ waren neben den Stellungnahmen der technischen Dienststellen zu den vom Bund bzw. von den Ländern im Hinblick auf die Umsetzung von EU-Richtlinien verfassten Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfen u.a. auch Stellungnahmen zu koordinieren, die auf Grund von einzelnen, spezifischen EU-Richtlinien abzugeben waren. Darüber hinaus erfolgte die Mitwirkung in den Beiräten zu den EU-Förderprogrammen Ziel 2 und Urban II.

Die in Vereinen und Institutionen im In- und Ausland nominierten VertreterInnen der technischen Dienststellen wurden evidentgehalten. Hinsichtlich des Österreichischen Normungsinstituts wurde auch die Delegation der Bediensteten durch das

Dezernat 1 wahrgenommen. Weiters wurden die von den Fachabteilungen des technischen Bereichs abgegebenen Stellungnahmen zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN zusammengefasst und nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen.

Die Diensterteilung und Organisation bzw. fachliche Betreuung für die Veranstaltungsstättenaufsichts- und Permanenzdienste wurde wahrgenommen, wobei seit 1. Oktober 2001 auch der juristische Permanenzdienst durch das Dezernat 1 betreut wird und dieser nunmehr gemeinsam mit dem technischen Permanenzdienst als **Permanenzdienst der Magistratsdirektion** geführt wird.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Dezernats 1 lag in der Abnahme von **Befähigungsprüfungen** u. a. für das Bau-, Elektro- und Installationsgewerbe. Weiters wurden auch Ziviltechnikerprüfungen abgehalten.

Seit 1. Juli 2001 wird vom Dezernat 1 die **Technische Fachaufsicht** durch Mitwirkung bei der Dienstaufsicht über das dem Bereich Bauten und Technik zugewiesene technische Personal wahrgenommen. Davor wurden diese Agenden vom ehemaligen Dezernat 6 wahrgenommen, welches seit 1. Juli 2001 in das Dezernat 1 integriert ist.

Zu den Aufgaben zählen u. a. die Mitwirkung bei der Besetzung freier Dienstposten und bei der Besetzung höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes, sowie die Mitwirkung bei der Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten und bei in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der Magistratsdirektion - Interne Revision und Personalressourcensteuerung durchzuführenden Revisionen.

Weiters wurden Anträge auf Förderungen vorbereitet und dem Stadtbaudirektor zur Entscheidung vorgelegt. Dem Dezernat 1 obliegen auch die Erledigungen von Personalangelegenheiten für sämtliche MitarbeiterInnen der MD-BD, wie z. B. Anträge auf Förderungen, auf Zuerkennung von Zulagen, auf Besetzungen höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes, etc.

Das **Dezernat 2** der MD-BD ist für die grundsätzlichen Angelegenheiten der Koordination sämtlicher EDV-Aktivitäten sowie für die Organisation von Verwaltungsvorgängen im technischen Bereich zuständig und unterstützt die technischen Dienststellen beim Einsatz moderner Arbeitsmethoden und -techniken, insbesondere auch hinsichtlich Projektmanagement und „New Public Management“. Im Jahr 2001 wurden insbesondere bei folgenden Projekten bedeutende Entwicklungsschritte gesetzt:

- **Informationssystem Bauen (ISBA):** Die bei der Stadt Wien verwendeten Leistungsbeschreibungen wurden im Internet allen Interessierten zugänglich gemacht. Den Unternehmen wird damit die Grundlage für eine Vorkal-

kulation geboten. Weiters wurden zur vertieften Angebotsbeurteilung zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten entwickelt.

- **Ausschreibungsbekanntmachungen im Internet:** Zu den seit Frühjahr 2000 im Internet angebotenen Bekanntmachungen von Offenen Verfahren wurden die organisatorischen Rahmenbedingungen abgeklärt und die EDV-Umsetzung betrieben, um zukünftig auch die Ausschreibungsunterlagen selbst zum Download anbieten zu können.
- **Public-Private-Partnership (PPP):** Zur Unterstützung und Förderung von PPP wurden Rahmenbedingungen und zu berücksichtigende Aspekte erörtert. Ziele sind die Schonung der Ressourcen der Stadt Wien, die Erhöhung der Innovations- und Breitenwirkung von Projekten sowie die Schaffung eines diesbezüglichen Zusammenarbeitsklimas.

Die Geschäfte des **Dezernats 3** umfassen folgende Aufgabengebiete:

- Prozessunabhängige **Querschnittsprüfung von städtischen Planungen und Bauvorhaben** im Hinblick auf ihre ordnungsgemäße Abwicklung in funktions-, wirtschaftlicher und terminlicher Hinsicht
- Durchführung von Einzelprüfungen in konkreten Anlassfällen
- Erstellung von Vorschlägen an den Stadtbaudirektor zur Beseitigung allfällig festgestellter Mängel und Optimierung der Vorgangsweisen bei der Planung und Abwicklung städtischer Bauvorhaben
- Evaluierung von Mängelmeldungen der Dienststellen bei der Auftragsabwicklung im Zusammenhang mit Eintragungen in den Auftragnehmerkataster Österreich
- Sammlung und Bewertung von Informationen hinsichtlich schwerer Verfehlungen von Unternehmen in deren beruflicher Tätigkeit im Rahmen der Leistungserbringung für die Stadt Wien sowie Beantragung der Genehmigung durch den Stadtbaudirektor zur Eintragung bzw. Aufhebung (nach Setzung vertrauensbildender Maßnahmen) von Statushinweisen im Auftragnehmerkataster Österreich
- Koordination des weiteren Aufbaus sowie die Durchführung des **Konzerncontrollings**
- Aufbau und Wahrnehmung des MD-BD internen Controllings (Zentrales Controlling).

Im Berichtsjahr konnten insgesamt 123 Projekte geprüft werden, deren Investitionsvolumen ca. EUR 145 Mio. umfasst. Darüber hinaus wurden in eigenen Prüfgängen die Gebarung mit Bestellscheinen, der Vollzug der Dienstabweisung für Bauaufsicht (DAB) sowie die Einhaltung des Erlasses MD-BD – 6114/99 (Vergabereferenten bzw. Vergabereferate) einer Betrachtung unterzogen. Die von den Prüfteams festgestellten Abweichungen stellen die Basis für das anschließende Risikomanagement dar. Start der Pilotierungsphase zur Implementierung von QM-Systemen in der MA 28 und der MA 42. Um den Implementierungsprozess zu gewährleisten, wurden den o.a. Abteilungen je ein Mitarbeiter des Dezernates 3 dienstzugeteilt.

Beginn der Konzeptionierungsphase eines einheitlichen Datenbanksystems mit dem Ziel der Zusammenfassung von Datenbeständen aus verschiedenen EDV-Applikationen, wie z.B. aus dem Bestellclient der MA 6 oder aus dem Rechnungsarchivierungssystem PAM-Storage, zur Erkennung von Projektveränderungen.

Im Rahmen der mit Wirksamkeit 1. Juli 2001 erfolgten Umstrukturierungen der MD-BD ging u. a. aus dem bisherigen Dezernat 2 - Stadterneuerung, Bauvorbereitung und Baukoordination die **Geschäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung** hervor.

Die der nunmehrigen Geschäftsstelle übertragene Aufgabe der Sicherstellung der sozialen Infrastruktur sowie die Koordination der dafür zuständigen Dienststellen in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht wurde auch im Berichtsjahr im Rahmen der ISK fortgesetzt. Sowohl für das modifizierte Programm „Neue Siedlerbewegung“ als auch für eine Reihe größerer, mittellängerfristig wirksamer städtebaulicher Entwicklungen wurden die jeweiligen Versorgungspotenziale und Erfordernisse dargestellt. In Zusammenwirken mit MA 11A und MA 18 wurden Aspekte zur Bedarfseinschätzung von Betriebskindergärten erarbeitet.

Im Zuge der Steuerung von Stadterneuerungsprozessen durch die Geschäftsstelle stand die Sicherung der hohen Qualitätsstandards bei der Erneuerung innerstädtischer Bereiche im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung vorhandener Instrumente im legislativen und im Förderungsbereich sowie von Stadtteilmanagementstrukturen wurde initiiert, zentral gesteuert und begleitet. Das Modell „**Blocksanierung**“ wurde gemeinsam mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) und den Stadtplanungsabteilungen weiterentwickelt und neue Beurteilungskriterien in der Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhausanierungsgesetz (WWFSG)-Kommission eingeführt. Im Rahmen der inhaltlichen Lenkung und Aufgabensteuerung der **Gebietsbetreuungen** wurde die Umsetzung der Ergebnisse der Aufgabenevaluierung weitergeführt.

Zu den der Geschäftsstelle zugewiesenen Aufgaben gehört auch das Betreiben von Maßnahmen zur Förderung von **Garagenprojekten**, die Koordination von **Park & Ride-Anlagen** und die Erarbeitung des Garagenprogramms. Im Berichtsjahr wurde eine gewerbliche Garage (201 Stellplätze) fertig gestellt. 14 Garagen (insgesamt rund 3.900 Stellplätze) sind in Bau bzw. wurden bis zur Baureife vorbereitet. Für 19 weitere Standorte (insgesamt ca. 3.700 Stellplätze) wurden Planungsüberlegungen eingeleitet.

Eine Park & Ride – Anlage (186 Stellplätze) ging in Betrieb. Für weitere 15 Standorte (insgesamt rund 9.500 Stellplätze) wurden Planungsüberlegungen weiterverfolgt bzw. stehen in Diskussion. Im Juli des Berichtsjahres wurde im Auftrag des Stadtrats für Stadtentwicklung und Verkehr die **Kommission für Parkraum-Management**, unterstützt durch 3 Arbeitsgruppen, eingerichtet, wobei der Ge-

schäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung die Leitung der Arbeitsgruppe „Garagenbauprogramm“ übertragen wurde. Als Schwerpunkt der Bearbeitung konnte im Berichtsjahr eine Modifizierung des „Wien-weiten Sonderprogramms zur Garagenförderung“ (Volksgaragen) innerhalb der Arbeitsgruppe erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Im Rahmen der federführend betriebenen Grundstücksbesprechungen wurde in Liegenschafts- und Immobilienangelegenheiten zwischen den strategischen und den operativen Ebenen wechselseitig agiert, um stadtentwicklungspolitische und ökonomische Interessen und Zielsetzungen abzuwägen und zu einem einvernehmlichen, optimalen Ergebnis zu führen.

Im Berichtsjahr wurden zu insgesamt 21 beantragten Raumprogrammen städtischer Dienststellen Raumprogrammvorbesprechungen und Raumprogrammgesprächen – letztere unter Vorsitz des Stadtbaudirektors – durchgeführt. Darüber hinaus wurde an der Erstellung von Standardraumprogrammen des KAV mitgewirkt, sowie eine Reihe von Sonderprojekten, wie z. B. Islamischer Friedhof und Chinesisches Kulturzentrum, federführend koordiniert.

Im Rahmen der aus dem ehemaligen Dezernat 4 hervorgegangenen **Geschäftsstelle Auftragswesen** wurden die Arbeiten an den Erlassentwürfen auf Basis der ÖNORMEN-Generation 2000 für folgende Bestimmungen abgeschlossen:

- Allgemeine Angebotsbestimmungen für materielle Leistungen
- Allgemeine Angebotsbestimmungen für immaterielle Leistungen
- Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Leistungen
- Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Bauleistungen
- Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für immaterielle Leistungen

Weiters erfolgte die Mitwirkung im Beratungsgremium der öffentlichen Auftraggeber zur Durchführung von Preisberichtigungen im Bundesministerium für Finanzen, wobei die Geschäftsstelle Auftragswesen wesentlichen Anteil an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse hatte. Die Grundlagenentwicklung zur Führung von Baupreisspeichern auf Basis standardisierter Leistungsbeschreibungen wurde abgeschlossen. Des Weiteren wurden die Verständigungen über Insolvenzen von Auftragnehmern der Stadt Wien, bedingt durch die Ausgliederung des Auftragnehmerkatasters, zentral durch die Geschäftsstelle fortgeführt.

Die weiteren Aufgabenbereiche umfassten die Führung eines Verzeichnisses geeigneter Befugter zur Überprüfung intern erstellter Ausschreibungsunterlagen, Intensivierung und Ausdehnung der Beratungstätigkeit auf alle Dienststellen, welche Vergaben durchzuführen haben und die Mitwirkung an Schulungsprogrammen für das Vergabewesen der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie.

Die **Leitstelle alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen** setzte einen Arbeitsschwerpunkt in der Weiterführung des Strategischen Projekts „**Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen**“. Durch einen Expert-Innenarbeitskreis „Geschlechtssensible Parkgestaltung“ aus PlanerInnen und JugendpädagogInnen wurde ein Kriterienkatalog aus den bisher vorliegenden Erfahrungen erstellt. Für die weitere Vertiefung wurde eine Gestaltungsanalyse von 14 bereits realisierten Parkanlagen beauftragt, die die Grundlage für eine Nutzungsbeobachtung der interessantesten Elemente und damit auch für eine Evaluierung des Kriterienkataloges darstellt. Betreffend zweier Mädchenbeteiligungsprojekte im 2. Wiener Gemeindebezirk wurden in Zusammenarbeit mit der MA 42 die konkreten Planungsarbeiten begleitet.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte das Thema **Gender Mainstreaming** in der Planung dar. Hier wurde für das Planungs- und Verkehrsressort ein Konzept für einen „Gender-Musterbezirk“ erarbeitet. 19 interessierten Bezirken soll Kartenmaterial und Beratung zur Entscheidungsfindung im Sinne des Gender Mainstreaming zur Verfügung gestellt werden. Für eine vertiefte Erprobung des Gender Mainstreaming im Sinne einer umfassenden und flächendeckenden Berücksichtigung bei Planungen und bei der Entscheidungsvorbereitung wurde die Vorgangsweise für einen Pilotbezirk ausgearbeitet.

Im Berichtsjahr wurden weiters 41 zur Förderung eingereichte Wohnbauprojekte mit ca. 2.731 Wohnungen für den Grundstücksbeirat des WBSF geprüft und statistisch ausgewertet.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2001 wurden die hoheitlichen Agenden aus der MA 49 – Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb ausgegliedert und als **Geschäftsstelle Landesforstinspektion** in der MD-BD eingerichtet. Die Hauptaufgaben der Geschäftsstelle umfassen in Amtssachverständigentätigkeiten Angelegenheiten der Forstwirtschaft, der Jagd, der Fischerei und des Baumschutzes, wobei die Haupttätigkeit in der Begutachtung von Rodungsansuchen, in der Waldfeststellung, periodisch in der Festlegung der Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete und der Fischereireviere im Bundesland Wien und in der Begutachtung der von der MA 42 gestellten Baumfällungsansuchen besteht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der laufenden Kontrolle des Waldzustandes.

Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen (MD-AB)

Kernaufgaben der MD-AB waren auch 2001:

- die Koordination unterschiedlichster Dienststellen bei internationalen Auftritten
- die Wahrnehmung Wiener Interessen bei Städtetzwerken und Kongressen
- die Betreuung der in Wien ansässigen Internationalen Organisationen und Internationalen Nichtregierungsorganisationen
- die Abwicklung der Auslandshilfe der Stadt Wien (seit 1. Juli 2001).

Neben all diesen Aufgaben ist die MD-AB auch Servicestelle für die unterschiedlichsten Anliegen der Dienststellen, ausländischer Besucher und Institutionen.

2001 sind in der MD-AB 2.643 Schriftstücke eingelaufen und 1.533 schriftliche Äußerungen (Auslauf) wurden versandt.

Koordination bei internationalen Auftritten

Schwerpunktveranstaltungen

Im Jahr 2001 wurden die Schwerpunkte bewusst auf die Nachbearbeitung von bereits in den Vorjahren ausgesuchten Destinationen gelegt. Die MD-AB koordinierte Veranstaltungen der MD-BD, MA 7, MA 18, MA 53, des WWFF, des WTV, der Wiener Wirtschaftskammer und des Museumsquartiers an den Schwerpunktdestinationen Tokyo, Warschau und Frankfurt.

Vom 14. bis 17. Mai 2001 fanden in Tokyo Tourismusworkshops, eine Präsentation des Museumsquartiers, eine WIEN PRODUCTS-Präsentation und Wirtschaftsworkshops statt.

In Warschau fanden vom 20. bis 21. Oktober 2001 „Wien-Tage“ statt. Diese wurden durch Planungsstadtrat DI Rudolf Schicker mit der Eröffnung der Architekturausstellung „Wien, Stadterhaltung - Stadterneuerung“ eingeleitet. Ein weiteres Highlight war die von Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny präsentierte Kunstausstellung „Gefesselt-entfesselt. Österreichische Kunst des 20. Jahrhunderts“. Der politisch-diplomatische Höhepunkt der „Wien-Tage“ in Warschau war die Unterzeichnung der Städtekooperation Warschau - Wien durch die Bürgermeister Mag. Pawel Piskorski und Dr. Michael Häupl. Inhalt dieser gemeinsamen Erklärung war die Übereinkunft der künftigen regen Zusammenarbeit in den Bereichen Europäische Integration, Straßenbau, Kultur und Umweltschutz. Eine Abendgala im Sheraton Hotel sowie eine Matinee in der Galerie Porczynski rundeten das Festival ab.

In Frankfurt hat sich die Stadt Wien am 15. November 2001 als Wirtschaftsstandort und Tourismusmetropole präsentiert. Neben einer medialen Vorstellung des neu eröffneten Wiener Museumsquartiers wurde das dichte Programm mit einer Wien-Show in Anwesenheit von Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien Komm.Rat Walter Nettig abgerundet.

Koordinierte Aktivitäten

Mit „Koordinierten Aktivitäten“ (Destinationen an denen mehr als eine Aktivität stattfindet) war die Stadt Wien in Leipzig (13.- 16. März 2001), Cannes (14.- 17. März 2001), Athen (20. März 2001), New Delhi/Bombay (16.- 24. März 2001), Belgrad (19.- 20. April 2001), Krakau (24.- 26. April 2001), Los Angeles (12.- 14. Juli 2001), Tokyo (30. September - 3. Oktober 2001), Hongkong (4.- 7. Oktober 2001), San Francisco (23.- 26. Oktober 2001), Los Angeles (26. Oktober 2001) und Bangkok (28.- 30. November 2001) präsent.

Städtekooperation und Städtenetzwerke

Städte Europas – Die Rolle der Hauptstädte im EU-Beitrittsprozess

Auf Initiative der Bürgermeister der Städte Berlin und Wien, Klaus Wowereit und Dr. Michael Häupl, wurden die Bürgermeister der Hauptstädte der EU-Beitrittskandidatenländer zur Konferenz „Städte Europas – Die Rolle der Hauptstädte im EU-Beitrittsprozess“ eingeladen. Gemeinsam wollen die Bürgermeister eine einheitliche Positionierung der Städte im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses erreichen. Weiters wurden konkrete Erfahrungen beim Lukrieren von EU-Fördermitteln oder im Umsetzen von New Public Management-Strategien ausgetauscht. 2002 werden Folgekonferenzen in Prag und Berlin stattfinden.

3. Donaukonferenz

Im April war Wien Veranstaltungsort der 3. Donaukonferenz mit dem Schwerpunkt Schifffahrt. In Zusammenarbeit des Managements für den Paneuropäischen Verkehrskorridor VII – Die Donau, dessen Vorsitz Wien inne hat, der ARGE Donauländer, der „via donau“ - Donau Transport EntwicklungsgesmbH, der internationalen Touristischen Werbegemeinschaft Die Donau, der Vienna International Council (VIC) und des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) u. v. a. wurden im Wiener Rathaus internationale Entscheidungsträger aus Politik, Schifffahrt, Logistik, Transportwirtschaft, Industrie, Tourismus und Verwaltung mit großem Erfolg zusammengeführt. Eine branchenspezifische Ausstellung in der Volkshalle und das Publikums-event „Schifffahrt zum Anfassen“ auf dem Wiener Rathausplatz ergänzten das sehr gut besuchte Programm.

ParlamentspräsidentInnenkonferenzen

Vom 19. bis 21. Februar 2001 fand in Wien die 2. Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der Hauptstadtregionen in der Europäischen Union statt, bei der u. a. die Anforderungen an die Planung und Entwicklung der Hauptstadtregionen im Hinblick auf Integrationsangelegenheiten ausführlich diskutiert wurden.

Die Erweiterung der Europäischen Union und eine entsprechende Entschließung war nur eines der Themen bei der Gemeinsamen Konferenz der PräsidentInnen der Landesparlamente der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich sowie Südtirols vom 2. bis 4. Mai 2001 in Wien.

Internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Wien

Vienna Service Office im Vienna International Centre

Für die in Wien ansässigen Internationalen Organisationen (IOs) und Internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs) ist die MD-AB Ansprechpartner der Stadt Wien. Die wohl bedeutendste In-

Magistratsdirektion

ternationale Organisation in Wien ist die UNO. Neben New York und Genf ist Wien Hauptquartier der Vereinten Nationen (UN).

Aus diesem Grund hat die MD-AB ein Vienna Service Office (VSO) im Vienna International Centre eingerichtet. 2001 wurde dieses Büro neu besetzt und eine Öffentlichkeitsinitiative zur besseren Vermarktung und Bewerbung gestartet. Schwerpunkt der Arbeit im VSO ist die individuelle Beratung bei Fragen und persönlichen Problemen der MitarbeiterInnen der UNO in Zusammenhang mit ihrem Aufenthalt in Wien. Großes Echo fand der Hospitality Afternoon im Herbst 2001. Seitdem wird das VSO mit steigender Frequenz besucht, die neu gestartete PR-Offensive und die – so wichtige – Mundpropaganda zeigten den gewünschten Erfolg.

Vienna Civil Society Award

2001 fand im Wiener Rathaus wieder die Verleihung des Vienna Civil Society Award statt. Der UN Vienna Civil Society Award wurde 1999 gestiftet und erstmals vergeben. Er unterstreicht die Arbeit des Wiener UN-Büros für Drogenkontrolle und Verbrechensbekämpfung und dient der Anerkennung außergewöhnlicher Initiativen und Projekte in diesem Bereich. Er ist mit jährlich US-Dollar 100.000 dotiert, die zu gleichen Teilen von den Vereinten Nationen, der Stadt Wien und dem Außenministerium getragen werden.

Die Preise werden an Personen und Organisationen verliehen, die sich in besonderem Maße um die Zivilgesellschaft, wie etwa auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs, der Drogenkriminalität, der Rehabilitation von Drogensüchtigen, der Betreuung von Entführten oder der Bekämpfung von Korruption verdient gemacht haben.

Eine Prominentenjury, der der Wiener UNO-Generaldirektor Pino Arlacchi, Bürgermeister Dr. Michael

Häupl, Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner, Königin Silvia von Schweden, der ehem. Schweizer Bundesrat Adolf Ogi sowie frühere Preisträger angehören, wählte 2001 die vier Preisträger: Frau Saida Benhabyles aus Algerien (Verteidigung der Rechte von Terroropfern); Herr Athanane Rwamo aus Burundi (Schutz von Kindern vor Hunger, Ausbeutung und Drogenmissbrauch); das Peruanische Instituto Mundo Libre (Integration von Straßenkindern); Frau Veronica Colondam (Information von Jugendlichen über Drogenmissbrauch).

Learning Your Way in Vienna

Der für MitarbeiterInnen Internationaler Organisationen von der MD-AB veranstaltete Deutschkurs fand 2001 zum ersten Mal auch für die französischsprachige Gemeinde in Wien statt.

Induction Courses

Als besonderen Service bietet die MD-AB für MitarbeiterInnen Internationaler Organisationen Vorträge über Wien-spezifische Themen an. Im Oktober 2001 fand der 3. Induction Course für die Internationale Atomic Energy Agency (IAEA) im Wiener Rathaus statt. Referiert wurde über die medizinischen Einrichtungen, Internetservices der Stadt Wien, das Vienna Service Office und allgemeine Sicherheitsaspekte in der Stadt.

Journalist Forum

Das Journalist Forum ist ein Kooperationsprojekt zwischen United Nations Information Service und der Stadt Wien. Es dient zur Intensivierung der Kontakte mit den Vereinten Nationen und war 2001 konkret dem großen Themenkomplex Umwelt gewidmet.

Auslandshilfe

Ab 1. Juli 2001 hat die MD-AB die Agenden der Auslandshilfe für die Stadt Wien übernommen.

Öffentliche Unterstützung für Auslandshilfsprojekte

2001 lagen die Hauptschwerpunkte der finanziellen Auslandshilfe der Stadt Wien auf der Verbesserung der Wasserversorgung in Belgrad, der Hilfe für strahlenerkrankte Menschen rund um Tschernobyl, der Soforthilfe für die Hochwasseropfer in Polen und der humanitären Hilfe für Afghanistanflüchtlinge. Darüber hinaus wurden aus Mitteln der Stadt Wien Krankenhäuser in Albanien und in der Stadt Nablus (Israel) mit dringend benötigten Spitalsgütern unterstützt, in einer Roma-Siedlung in Bulgarien Blockhäuser samt Gemüsegarten für die Selbstversorgung errichtet, in El Salvador Familienhäuser für die Erdbebenopfer wieder aufgebaut und der Ankauf von Augenuntersuchungsgeräten für Äthiopien finanziert.

Hilfe für Belgrad

Zur Verbesserung der Wasserversorgung in Belgrad hat die Stadt Wien im Rahmen ihrer „Hilfe für Belgrad“ technische Geräte für das Wasserleitungsnetz in Belgrad, wie Feuerhydranten, Großarmaturen, Absperrschieber, Rohrdichtschellen sowie Leitungs-



Foto: Blauensteiner / media wien

Magistratsdirektor Dr. Ernst Theimer und MitarbeiterInnen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), welche an einem „Induction Course“ im Rathaus teilnahmen. Diese von der MD – Auslandsbeziehungen organisierten Veranstaltungen bieten Vorträge über Wien-spezifische Themen für Beschäftigte bei in Wien ansässigen internationalen Organisationen an.

rohre samt diverserem Zubehör angekauft.

Hilfe für strahlenerkrankte Menschen in der Ukraine

Auch 15 Jahre nach der Tschernobylkatastrophe gilt es noch, die Opfer medizinisch zu versorgen. Mit Unterstützung der Stadt Wien hat das ukrainische Rote Kreuz rund 160 Krankenschwestern mit Visiting-Nurses-Service-Kits (Einwegspritzen, Operationsscheren, Pinzetten, Urin-Teststreifen) ausgestattet und versorgte rund 4.000 Kinder in den Monaten Oktober bis März mit lebensnotwendigen Vitaminen.

Hochwasserhilfe für Polen

Im Sommer wurde der Großraum Krakau nach sintflutartigen Regenfällen von einem Jahrhunderthochwasser heimgesucht. Nach Rückgang des Wassers wurden vom Roten Kreuz Desinfektionsmittel, Säuberungsgeräte und Medikamente mit Geldern der Stadt Wien angekauft.

Hilfe für Flüchtlingslager an den Grenzen Afghanistans

In Afghanistan herrscht laut Augenzeugenberichten das größte Flüchtlingsdrama seit dem Zweiten Weltkrieg. In den Grenzregionen zu Taschikistan entstehen unkontrollierte Flüchtlingslager. Medizinische Betreuung, die Trinkwasserversorgung sowie die Errichtung von sanitären Anlagen sind derzeit die dringendsten Anliegen. „Ärzte ohne Grenzen“ koordinierten mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien die Versorgung der Lager vor Ort.

Entwicklungshilfe

Drei Wiener Vereine, die Entwicklungshilfe in Lateinamerika, der Türkei, Zentralasien und Kaukasien leisten wurden 2001 finanziell unterstützt.

Hilfslieferungen über die Donau nach Belgrad

15 Gelenkbusse der Wiener Linien sowie eine Reihe weiterer Fahrzeuge wurden per Schiff nach Belgrad gebracht und konnten dem Leiter der Belgrader Verkehrsbetriebe übergeben werden. Es handelt sich dabei um den 2. Hilfstransport von Kommunalfahrzeugen aus Wien, der auch im Jahr 2001 unter tatkräftiger Unterstützung der Wiener Linien und des Wiener Hafens zu Stande gekommen ist.

Krankenwägen, Müllfahrzeuge und Spitalsgüter für humanitäre Hilfe

Neben der finanziellen Unterstützung konnte die Stadt Wien auch vielen Menschen mit Sachgüterspenden helfen. Güter, die in der kommunalen Verwaltung auf Grund des technischen Fortschrittes als überaltert und nicht mehr zweckmäßig gelten, verrichten weltweit in humanitären Einrichtungen noch nützliche Dienste. 2001 spendete die Stadt Wien Krankenwägen an Spitäler in Weißrussland und Serbien, Müllfahrzeuge gingen nach Bulgarien und in die Slowakei, Schulmöbel nach Albanien, medizinisch-technische Geräte wurden an Krankenhäuser

in Syrien, Sri Lanka, Rumänien, den Kosovo und der Ukraine verschenkt.

Delegationsbetreuungen

Neben all diesen Hauptaufgaben hatte die MD-AB auch 2001 hochrangige ausländische Delegationen als Gastgeber für die Stadt Wien zu betreuen, die unterschiedlichsten Wünsche ausländischer Fachbesucher zu erfüllen sowie Empfänge im Auftrag des Herrn Bürgermeister zu organisieren.

So hat unter anderem der Präsident des Moskauer Stadtparlaments, Wladimir Platanow, seinen Amtskollegen in Wien, Herrn Landtagspräsident Johann Hatzl, zu einem Arbeitsgespräch besucht und wurde von Herrn Bürgermeister Dr. Michael Häupl im Wiener Rathaus empfangen. Der stellvertretende Oberbürgermeister von Moskau, Herr Anatolij Petrow, informierte sich in Wien umfassend über das Abfallwirtschaftsmanagement und die Volkszählung 2001.

Neben der Betreuung dieser Spitzenpolitiker hat die MD-AB wöchentlich mehrere Politiker- und Beamtendelegationen, vor allem aus den Städten Mittel- und Osteuropas, zu betreuen. Hauptschwerpunkt der Anliegen waren Fragen in Bezug auf das Wiener Verwaltungssystem, Gesundheitsmanagement und die Abfallwirtschaft.

Interna

Die MD-AB war 2001 jedoch nicht nur ausschließlich mit der Erfüllung der ihr in der Geschäftseinteilung des Magistrats übertragenen Aufgaben betraut, sondern stand auch dem Kontrollamt zu einer Überprüfung zur Verfügung. Dieses stellte fest, dass die MD-AB „ihre Koordinationsfunktion in umfassender Weise wahrnahm und mit den Leitlinien 1999 bis 2001, den Jahresplänen und den laufenden Gesprächsrunden mit den Dienststellen und Einrichtungen der Stadt Wien sowie den kooperierenden Partnern erfolgreich bemüht war, durch Vorgaben und Koordinierung bei den verschiedenen Aktivitäten nicht nur in diesem Bereich, sondern auch durch Verbindung zu den Bereichen Kultur und Tourismus Synergieeffekte im Interesse eines vielschichtigen Wien-Images zu erzielen“.

Auch 2001 wurde von der MD-AB ein Bericht über die internationalen Aktivitäten der Stadt Wien im Vorjahr herausgegeben. Dieser Bericht erschien erstmals in neuem Layout und fand auch dadurch große Beachtung.

Magistratsdirektion – Europäische Integration und Wissensmanagement (MD-EIW)

Im Zuge der Neuorientierung der Magistratsdirektion wurde mit Wirksamkeit 1. Juli 2001 an Stelle der „MD-Koordinationsbüro“ im Rahmen des Geschäftsbereiches „Internationale Beziehungen“ das Referat „MD-Europäische Integration und Wissensmanagement (MD-EIW)“ neu geschaffen.

Die MD-EIW befasste sich 2001 schwerpunktmäßig mit Fragen der EU-Erweiterung, mit der Vertretung der Interessen Wiens in europäischen Städtenetzwerken, mit Vorbeitrittshilfen für osteuropäische

Magistratsdirektion

Nachbarstädte, mit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien sowie - im Bereich Wissensmanagement - mit der Koordination der Grundlagenforschung der städtischen Dienststellen.

Als **Geschäftsstelle der „Europakommission“** des Wiener Gemeinderats und Landtags wurden von der MD-EIW insbesondere Fragen der Vorbereitung der Hauptstädte der osteuropäischen Nachbarländer auf die künftige EU-Mitgliedschaft, Möglichkeiten der Teilnahme an EU-Förderprojekten, Fragen einer gemeinsamen Städtepolitik auf europäischer Ebene, die Vermittlung der Wiener Erfahrungen von fünf Jahren EU-Mitgliedschaft sowie grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung behandelt. Zwecks Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen hat die MD-EIW die im Jahr 2000 für Politiker und Stadtverwaltungen von Prag, Harghita/Rumänien, Brunn, Warschau und Kattowitz in Vorbereitung einer künftigen EU-Mitgliedschaft abgehaltenen „Informationseminare“ im Jahr 2001 mit Veranstaltungen für Bratislava, Brunn und Krakau fortgesetzt. Des Weiteren absolvierten MitarbeiterInnen aus Vilnius, Prag, Krakau und Warschau im Rahmen der EU-Beitritts Hilfen der Stadt Wien von der MD-EIW organisierte so genannte „Beamtenpraktika“ in Wien. Im Rahmen der „Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der Wallonischen Region und dem Land Wien“ hielt sich im Dezember 2001 auch eine Delegation aus diversen wallonischen Regierungsämtern in Wien auf, die von der MD-EIW betreut wurde.

Im Mittelpunkt des von der MD-EIW vierteljährlichen publizierten Newsletters „Euro-News“ standen ebenfalls aktuelle Fragen der EU-Erweiterung.

Die Zusammenarbeit mit Städten der Beitrittsländer wurde überdies durch die Mitgliedschaft Wiens im Städtenetzwerk „Eurocities“ und hier vor allem im „Ost-West-Komitee“, in dem die MD-EIW die Stadt Wien vertritt, gefördert. Am 26. Oktober 2001 hat

amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker bei der Generalversammlung in Kopenhagen die Bewerbung Wiens in das 12 Städte umfassende Exekutivkomitee von Eurocities präsentiert, in das Wien mit einer deutlichen Mehrheit gewählt wurde. Für Wien ergibt sich aus dieser neuen Funktion gerade auch im Hinblick auf den Erweiterungsprozess die Chance, die Position als wirtschaftlicher und kultureller Brennpunkt in einem größer werdenden Europa abzusichern und einmal mehr zu verdeutlichen. Die MD-EIW nimmt auf Verwaltungsebene (im Exekutivkomitee) die Vertretung Wiens wahr.

Überdies oblagen der MD-EIW interne Vorbereitungsarbeiten sowie die Koordinierung mit den anderen österreichischen Bundesländern bezüglich der Sitzungen des „**Ausschuss der Regionen (AdR)**“. Dabei hat sich Wien insbesondere bei städterelevanten Themenbereichen, wie z. B. Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs oder Fördermaßnahmen für städtische Problemgebiete im Rahmen des EU-Förderregimes engagiert.

Im Rahmen der **Mitgliedschaft bei der „Versammlung der Regionen Europas (VRE)“** hatte die MD-EIW die Interessen der Stadt Wien in der Kommission A - Institutionelle Angelegenheiten und Ost-West-Zusammenarbeit zu vertreten. Auch die inhaltliche Vorbereitung und die interne Koordinierung der Wiener Mitgliedschaft im Vorstand der VRE, in dem Wien durch amtsführenden Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker vertreten ist, oblag der MD-EIW. Die von der MD-EIW präsentierte praktische Unterstützung für die MOEL-Städte und Regionen durch EU-Info-Seminare und Praktikanten-Austausch fand bei der Sitzung der Kommission A in Berlin großen Anklang.

Im Rahmen der Mitgliedschaft im **Europarat** stand die Mitarbeit der MD-EIW im „Lenkungsausschuss des CDLR (Steeringcommittee on Local and Regional Democracy)“ in Strasbourg im Vordergrund, wobei eine Mitarbeiterin der MD-EIW als gemeinsame Ländervertreterin fungierte. Im Jahre 2001 wurden insbesondere Fragen der Teilnahme der Bürger am öffentlichen Leben sowie der lokalen und regionalen Selbstverwaltung diskutiert.

Intensive Bemühungen wurden von der MD-EIW im Jahre 2001 in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen des Bundes zur Ansiedlung der Welt Anti-Doping Agentur (WADA) und des **Sekretariats der Migrations- und Asylnitiative (MAI)** des Stabilitätspakts Südost-Europa gesetzt, wobei das wichtige Projekt der Ansiedlung des MAI-Sekretariats tatsächlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das Sekretariat der Migrations- und Asylnitiative (MAI) wurde am 22. Oktober 2001 in Wien 4., Möllwaldplatz 5 offiziell eröffnet.

Ziel dieses beim Internationalen Zentrum für Migrationsentwicklung (ICMPD) in Wien eingerichteten Sekretariates ist es, im Sinne des Beschlusses des Europäischen Rates vom 13. September 1999 zum Stabilitätspakt Südost-Europa einen nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung der Bereiche Asyl, Migration und Grenzkontrolle in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Föderalis-



Foto: media wien

Zum Thema Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft fand im Rathaus ein von der MD – Europäische Integration und Wissensmanagement organisiertes Informationsseminar für Bürgermeister der Slowakei statt.

tische Republik Jugoslawien zu leisten.

Darüber hinaus führte die MD-EIW gemeinsam mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten intensive Gespräche mit Vertretern der **Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC)** wegen der Sanierung der an diese in Wien 2., Obere Donaustraße 93 überlassenen Räumlichkeiten.

Im Bereich **Wissensmanagement** wurde das mittelfristige Forschungsprogramm der Stadt Wien für die Jahre 2002 bis 2004 mit allen in Frage kommenden Dienststellen erarbeitet. Die quartalsweisen Übersichten der abgeschlossenen Forschungsprojekte wurden im Jahr 2001 den Dienststellen sowie den Klubs der im Gemeinderat vertretenen Parteien erstmals auch elektronisch zur Verfügung gestellt. Weiters fungierte die MD-EIW als Geschäftsstelle des „Bund/Land Wien-Komitees für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung“ und sorgte auch in dieser Eigenschaft für die Abstimmung der gemeinsam durchgeführten Forschungsprojekte.

Das in Zusammenarbeit mit der MA 27 in Auftrag gegebene, von der MD-EIW kofinanzierte **Interreg II A-Projekt „Center of Legal Competence (CLC)“** betreffend Investitionsleitfäden für die Slowakei und Ungarn wurde 2001 fertig gestellt und auch in Buchform veröffentlicht. Überdies wurde ein umfangreicher Bericht über alle abgeschlossenen bzw. bestehenden Kooperationen zwischen Niederösterreich und Wien seit 1. November 1994 erarbeitet.

Zur Unterstützung der MA 66 waren im Rahmen der **Volkszählung 2001** auch MitarbeiterInnen der MD-EIW bei den zahlreichen Anfragen an die „Volkszählungs-Hotline“ der Stadt Wien zur Erteilung von Rechtsauskünften eingesetzt.

Weiters wurden die Beiträge Wiens zu dem vom Europarat deklarierten **„Europäischen Jahr der Sprachen 2001“** koordiniert. Insgesamt 16 Dienststellen haben im Europäischen Jahr der Sprachen mehr als 30 Projekte in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Österreichischen Komitee durchgeführt, wie z. B. die am 26. September 2001 – am Europäischen Tag der Sprachen – am Wiener Rathausplatz durchgeführte Veranstaltung, bei der 500 Wiener SchülerInnen selbst verfasste Botschaften des Friedens per Luftballon in alle Welt versandten.

Ein wichtiges Aufgabengebiet der MD-EIW war auch die Wahrnehmung der **Partei- bzw. Beteiligtenstellung der Gemeinde Wien** als Standort- oder Anliegergemeinde bei diversen Großprojekten. Dabei waren neben der Vertretung der Interessen der Stadt Wien bei öffentlichen Erörterungen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren auch Stellungnahmen zu eisenbahnrechtlichen Konzessionserteilungen und Trassenbewilligungen sowie in grenzüberschreitenden Umweltangelegenheiten abzugeben.

Die Aktivitäten des von der MD-EIW geführten **„Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel (VBB)“** standen überwiegend im Zeichen der Beschäftigung mit dem Kommissionsvorschlag über

die Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Mitteilung der Kommission über Leistungen der so genannten Daseinsvorsorge. So wurden vor allem auch Fragen der **Liberalisierung des Wassermarktes** aufgrund des Druckes verschiedenster Regionalorganisationen einschließlich des Verbindungsbüros der Stadt Wien **nicht** als Forderung in eine Entschließung des Europäischen Parlaments übernommen. Mit Erfolg verhindert wurde bisher der Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission über **die Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs**, der ein zentrales und langjähriges Lobbyingthema des Verbindungsbüros darstellt.

Die **Wahrnehmung der Berichtspflichten** rund um die Fachkommission 5 und die Plenartagungen des Ausschusses der Regionen, um EUROCITIES und den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), aber auch die Teilnahme an Hearings des Europäischen Parlaments und der Kommission sowie fortgesetztes Lobbying für den Weiterbestand der in Wien angesiedelten Wiener TINA-Bürobetriebs-GmbH. rundeten die Aktivitäten des Verbindungsbüros ab. Die weit reichende Berichtstätigkeit bezog sich weiters auch auf allgemeine Themen, wie z. B. die Verhandlungen rund um die Neustrukturierung der EU-Institutionen („Regierungskonferenz“) im Hinblick auf die Erweiterung der EU und den Einfluss von Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen auf die Politiken der EU.

Für das Wien-Haus als **Plattform für fachliche, gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten**, stellte ein Empfang in Brüssel durch Bürgermeister Dr. Häupl anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Wien-Hauses in Anwesenheit der Herren Thielemans – Bürgermeister von Brüssel, de Donnea – Ministerpräsident der Region Brüssel, Chabert – Präsident des AdR, Wartenberg – Staatssekretär der BRD und Hans Niessl – Landeshauptmann des Burgenlandes, den gesellschaftlichen Höhepunkt des Jahres dar. Im Kulturbereich fanden unter anderem auch zwei **„Wiener Vorlesungen“** im Wien-Haus in Brüssel statt.

Mit Vorträgen über die Aufgaben eines Regionalbüros in Brüssel bzw. über Organisation und Arbeitsweise der EU war das Verbindungsbüro auch Anlaufstelle für zahlreiche **Besucherguppen** aus Wien, u. a. von der Diplomatischen Akademie und vom Europarechtsinstitut der Universität Wien. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Mitwirkung des Verbindungsbüros bei der Organisation der Besuche von Bürgermeister Dr. Häupl, anlässlich der Teilnahme beim 2. Kohäsionsforum in Brüssel, von amtsführendem Stadtrat Dipl.-Ing. Schicker, aus Anlass der Teilnahme an einem informellen Ministerrat für Regionalpolitik und des Besuches von amtsführendem Stadtrat Vizebürgermeister Dr. Rieder bei der AdR-Tagung im September 2001 zu verweisen.

Bei den Aufgaben des Verbindungsbüros hat die **Ausbildung und Schulung** von durchwegs sehr hoch qualifizierten MitarbeiterInnen aus diversen Verwaltungen der Beitrittskandidatenländer stark an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2001 absolvierten, neben MitarbeiterInnen aus der Wiener Stadtverwal-

tung, im Sinne einer Heranführungshilfe an die EU und in Vorbereitung des angestrebten EU-Beitrittes auch BeamtInnen aus den Städten Prag, Lodz und Warschau, Bratislava, Laibach, Krakau sowie aus Tallinn so genannte „Praktika“ im Wien-Haus in Brüssel. Die Schulungen umfassten die theoretische Behandlung des gesamten Primärrechtes der EU und sollen helfen, die Funktionsweise und Entscheidungsstrukturen der EU-Institutionen zu verstehen.

Im Oktober 2001 wurde im Rahmen der MD-EIW eine eigene „**Koordinationsstelle Europäische Verkehrswege TINA-Vienna (MD-EIW, KEV)**“ zur Zusammenarbeit mit der Wiener Transport Infrastructure Needs Assessment (TINA) Bürobetriebs-GmbH eingerichtet. Die TINA-GmbH, die im Eigentum der Stadt Wien steht, wirkt - entsprechend den verkehrspolitischen Zielsetzungen der EU - im Rahmen der von dieser angestrebten Projekte, bei der Planung eines zusammenhängenden, aus verschiedenen Modulen bestehenden Verkehrsnetzes (Korridore) in Osteuropa mit. Durch die enge Zusammenarbeit der MD-EIW, KEV mit der TINA-GmbH besteht für die Stadt Wien die Möglichkeit, ihre Interessen bereits in der Planungsphase in die Formulierung der Verkehrspolitik der Europäischen Kommission für die EU-Erweiterung einfließen zu lassen.

Im Jahr 2001 hatte die neue Koordinationsstelle die Interessen der Stadt Wien vor allem in folgenden Institutionen zu vertreten: ARGE Donauländer, Steering Committee des Corridor VII Management, Vereinigung Südosteuropäischer Hauptstädte und ARGE-Koordinationsstelle der Korridore IV, VII und X.

Magistratische Bezirksämter (MBÄ)

Die magistratischen Bezirksämter (MBÄ) sind im Wesentlichen mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk - somit näher an den BürgerInnen - durchgeführt werden können. Sie sind **bürgernahe Außenstellen des Magistrats** der Stadt Wien in den Bezirken. Diese Aufgaben erledigen sie möglichst freundlich, schnell und unbürokratisch. Während der allgemeinen Parteienverkehrszeiten (Montag bis Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr, Donnerstag auch 15.30 bis 17.30 Uhr) sind die MitarbeiterInnen der MBÄ bemüht, allen Rat und Hilfe Suchenden zielführende Auskünfte und Anleitungen zu geben, wie **die jeweiligen Probleme** - seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. - **gemeinsam mit den BürgerInnen** unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der **Bedienung der KundInnen** durch die Erledigung von Anträgen der BürgerInnen, die Parteien eines Verfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in Bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären Übelständen zum Ausdruck. Zur Durch-

setzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den MBÄ obliegt im Interesse des **Kunden- und Konsumentenschutzes** die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u. a. in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt der Stadt Wien. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, dass die bezeichneten Bestimmungen - die den **hohen Standard des Lebensmittelrechts in Österreich** ausweisen - auch entsprechend eingehalten werden.

Zur möglichen **Beschleunigung des Kundendienstes** für die BürgerInnen stehen den magistratischen Bezirksämtern moderne EDV-Geräte zur Verfügung. Vernetzung und wienweit wirkende Softwareprogramme machen es möglich, dass Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagengenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standorteignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbebeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. In allen MBÄ ist seit August 2001 die **Gewerbebeanmeldung-online** möglich. Diese erspart den KundInnen zusätzliche Amtswege und die Stadt Wien konnte dadurch ihren Vorsprung in bürgernahe Verwaltung weiter ausbauen.

Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat, Umweltschutz sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der/die BezirksvorsteherIn zwingend vorgesehen.

Um künftigen UnternehmerInnen eine weitere Hilfestellung zu geben, wurde in den Bezirksämtern ein eigenes **Unternehmerservice** in Form von **Projektsprechtagen** eingerichtet. Einmal monatlich stehen rechtskundige Beamte des magistratischen Bezirksamts, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservice gleichzeitig zur Auskunftserteilung an Unternehmer und Personen, die sich selbständig machen wollen, zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wurde den magistratischen Bezirksämtern mit 1. Jänner 2000 auch die Genehmigung von Schanigärten (Gastgärten auf öffentlichem Grund) übertragen, um den Gewerbetreibenden und BürgerInnen weitere Amtswege zu ersparen.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung der Verfahrensbeschleunigung ist die Verbindung mit dem Zentralen Gewerberegister, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht.

Das in den Bezirksämtern eingesetzte **Beschleunigungsprogramm** zeigt entsprechende Erfolge. So werden - bei gründlicher Vorbesprechung - **Betriebsanlagengenehmigungen** innerhalb von 21

Tagen ab kompletter Einreichung erteilt. Ein spezielles Controlling-Programm für den Ablauf und die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens hat sich besonders bewährt. Auch auf Grund dieser Erfolge konnte die Stadt Wien ihre Stellung als **gefragter Wirtschaftsstandort** weiter ausbauen.

Die magistratischen Bezirksämter orientieren sich am **One-Stop-Prinzip**, das den BürgerInnen zusätzliche Amtswege ersparen soll. Als Beispiel möge dienen, dass die MBÄ nunmehr auch **Staatsbürgerschaftsnachweise** ausstellen. Dieses Service erfreut sich bei der Bevölkerung zunehmender Beliebtheit. Betriebswirtschaftliche Methoden, wie Projektmanagement, Controlling und Kostenrechnung sowie fachübergreifende Betrachtungsweise erzeugen nicht nur zentral (wie z. B. in geschäftsgruppengebundenen Abteilungen), sondern auch dezentral in den MBÄ wirkungsintensivierende Effekte.

Die Bezirksämter vollziehen insbesondere folgende **Bundesgesetze**: Die Gewerbeordnung (Erteilen von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildienstler), das Bäderhygienegesetz, einen Teil der Straßenverkehrsverordnung und des Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes sowie die Beurkundung des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden **Landes- bzw. Gemeindevorschriften** kommen beispielsweise hinzu: Die Reinhalteverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierhalte- und Tierschutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbesondere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabengesetz u. a. In all diesen Bereichen sind die MBÄ auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig.

Die magistratischen Bezirksämter sind somit die kompetente Kontaktstelle für die BürgerInnen vor Ort, die rasch und nahe dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort für die sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Als Überblick über die Tätigkeiten der Bezirksämter seien einige Zahlen über die in diesen Dienststellen **im Jahr 2001 angefallenen Geschäftsfälle** in den nebenstehenden Tabellen angeführt.

Die Aufteilung dieser beispielhaft angeführten Agenden ist naturgemäß von Bezirk zu Bezirk je nach Bevölkerungs-, Betriebs- und Baustruktur verschieden. Von den magistratischen Bezirksämtern sind daher innerstädtische Bereiche mit einem hohen Althausbestand ebenso zu betreuen, wie Bezirke mit ausge-

Administrativverfahren

Betriebsanlagenverfahren, die mit Bescheiden abgeschlossen wurden (Neugenehmigungen, Genehmigungen von Änderungen, Verschreibung weiterer Auflagen usw.)	2.070
Betriebsanlagenüberprüfungen	2.878
Gewerbebeanmeldungen	12.798
Gewerbeentziehungen	1.584
Religionsaustritte	11.059
Baumschutzverfahren	2.525
Ersatzpflanzungen	1.809
Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe für Zivildienstler	888
Sanitäre Übelstände	1.498
Buschenschankangelegenheiten	138
Einsprüche gegen Kostenvorschreibungen bei Abschleppung von Kraftfahrzeugen	884
Ausnahmebewilligungen gemäß § 45 Abs. 4 StVO (Parkpickerl) in den Bezirken 1 bis 9, sowie 20	73.225

Strafverfahren

Ausländerbeschäftigungsgesetz	2.050
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz	127
Unbefugte Gewerbeausübung	1.694
Nicht genehmigte Betriebsanlagen	243
Gewerbeausübung ohne gewerberechtlichen Geschäftsführer	473
Übertretung des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes	127
Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz	1.878
Verstöße gegen die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung	1.965
Wiener Baumschutzgesetz	107
Bauordnung für Wien	1.065
Straßenverkehrsordnung (insbesondere Kfz, die ohne Kennzeichen abgestellt wurden)	4.087
Gebrauchsabgabengesetz	8.178
Bundesstatistikgesetz	945

dehnten Gewerbe- und Industriezentren, aber auch Bezirke mit großen Grünflächen, Waldgebieten, ländlichen und landwirtschaftlich genutzten Bereichen. Dienst am Bürger ist heute für die MBÄ in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen Verfahren so durchgeführt werden, dass einerseits der Bürger nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen muss und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der **Zugang zum Recht** für die BürgerInnen **verbessert und erleichtert** wird.

Die magistratischen Bezirksämter nutzen die Möglichkeiten der modernen Computertechnologie für die einfache und rasche Aufgabenerfüllung als **KundInnenservice**. Die Möglichkeit **Wahlkarten oder Stimmkarten für Volksbegehren** ebenso wie **„Parkpickerl“ per Internet** zu beantragen sowie die **Gewerbebeanmeldung-online** sind Beispiele dafür.